Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnement-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetragene in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1901 unter Nr. 7671.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Er erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Bedingungen
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen
 jeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Sonnabend, den 30. November 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Die Viehzoll-Erhöhdungen.

Bei der Bekämpfung des Zolltarif-Entwurfs richtet sich die
 Wucht des Angriffs vornehmlich gegen die beabsichtigte Erhöhung
 der Getreidezölle, insbesondere gegen ihre Festsetzung durch Mindest-
 sätze; kaum minder wie die Getreidezölle gefährden aber die in dem
 Entwurf eingestellten exorbitanten Vieh- und Fleischzölle sowohl die
 in langen, opfervollen Kämpfen erreichte Höhe des Lebensunterhalts
 der deutschen Arbeiterschaft, wie das Zustandekommen von Nutzen für
 die deutsche Industrie versprechenden Handelsverträgen.

Bekanntlich sind die geplanten Zollserhöhungen folgende:

	Vie- heriger allge- meiner Zollsatz pro Stück Mk.	Vie- heriger Ver- tragsatz pro Stück Mk.	Neuer pro- jektiertes Zollsatz pro Stück Mk.
Rinder und Kühe	9,00	9,00	25,00
Jungvieh	6,00	5,00	15,00
Kälber	3,00	3,00	4,00
Schafe	1,00	1,00	2,00
			pro Doppel- centner Lebendgew.
Dahsen	30,00	25,50	12,00
Schweine	6,00	5,00	10,00
Fleisch, einschließlich des Schweine- speck, und genießbare Eingeweide von Vieh:			
frisch, auch gefroren	pro Doppelcent. 20,00	pro Doppelcent. 17,00	pro Doppelcent. 30,00
Schweinefleisch (eigl. Speck) andres Fleisch	—	15,00	—
einfach zubereitet	20,00	—	35,00
mit Ausnahme von Speck	—	17,00	—
zum feineren Tafelgenuss zubereitet	60,00	60,00	75,00

Rechnet man, wie die Berliner Viehhofverwaltung, für Dahsen
 ein Durchschnittsgewicht von 6 und für Schweine gegen 1 1/2 Doppel-
 centner, ergibt sich nach dem projektierten Zollsatz für Dahsen ein
 Stückzoll von 72 Mk., für Schweine ein Stückzoll von 15 Mk., und
 wenn man weiter das Lebendgewicht in Schlachtgewicht umrechnet,
 pro Doppelcentner (100 Kilogramm) folgende Zollbelastung:

	nach jetzigem Zollsatz Mark	nach dem geplanten Zollsatz Mark
Kühe	3,33	9,06
Stiere (Vullen)	3,85	10,88
Dahsen	9,26	22,22
Jungvieh bis zu 2 1/2 Jahren	3,57	8,81
Kälber unter 6 Wochen	9,68	12,90
Schweine	5,00	12,50
Spanferkel unter 10 Kilogr.	14,81	13,33
Schafvieh	4,26	8,51
Lämmer	6,49	12,99

Es erhöhen sich also für die wichtigsten Fleischarten die Zölle
 um das Zweieinhalb- bis nahezu Dreifache. Wes-
 halb diese Erhöhung, welche Gründe sind für sie entscheidend ge-
 wesen? Kann für die Getreidezollerhöhungen immerhin noch mit
 einigem Ansehen von Recht geltend gemacht werden, daß die Ge-
 treidepreise mehr und mehr gesunken sind, und daß die Getreide-
 einfuhr in Deutschland zugenommen hat, so vermag diese von der
 agrarischen Presse bis zum Ueberdruß wiederholte Argumentation
 gegenüber den Viehzöllern gänzlich. Sowohl der Viehstand,
 als die Vieh- und Fleischpreise sind in Deutsch-
 land in dauernden Steigen begriffen.

Tatsächlich giebt es in der offiziellen „Begründung“ zum Zoll-
 tarif-Entwurf denn auch kaum eine equaltere, nichtsagendere
 Motivations als jene, die sich auf die Viehzölle bezieht. Irigend
 etwas Plausibles ließ sich trotz alles Suchens in Statistiken und den
 agrarischen Angaben nicht finden, das auch nur den bescheidensten
 Anforderungen genügt hätte; und so blieb den Ausarbeitern des
 offiziellen Aktenstückes schließlich in Erfüllung der Aufgabe
 nichts andres übrig, als ein Opfer des Intellekts zu bringen und
 Folgerungen zu ziehen, bei deren Veltüre man nicht recht weiß, ob
 man mehr ihre Sinnlosigkeit bestaunen, oder die armen geheim-
 rätlichen Kulis bedauern soll, die nach jahrelangen Studien sich auf
 Befehl in derartigen Fieselsangereien versuchen müssen.

Womit die Begründung einsetzt, ist eine Jeremia-Klage über den
 Niedgang der Schafzucht; 1873 gab es in Deutschland noch beinahe
 25 Millionen Schafe, 1883 nur noch 19 189 715 und 1892 gar nur
 noch 13 589 612. Zwar versorge, heißt es, die deutsche Schafzucht
 noch immer den einheimischen Markt mit Hammel- und Lammfleisch,
 ja selbst im letzten Jahr habe Deutschland noch 163 892 Schafe aus-
 geführt; aber der Niedgang der Schafzucht sei unverkennbar.

Also Deutschland versorgt noch immer den eigenen Markt, es
 exportiert sogar nicht unbedeutend; aber dennoch muß der Zoll von
 1 Mk. auf 2 Mk. erhöht werden. Warum? Vielleicht zu dem Zweck,
 im Inland die Preise zu erhöhen, die Schafzucht wieder zu ver-
 mehren, den Export zu heben und England sowie
 Belgien auf Kosten des deutschen Volkes mit
 billigen Hammeln zu versorgen? Ein anderer
 Zweck kann doch mit der Erhöhung nicht verfolgt werden;
 denn von einer fremden Konkurrenz auf dem deutschen
 Markt kann absolut keine Rede sein, hat doch im letzten
 Jahr die ganze Einfuhr an Schafen und Lämmern nur 1008 Stück
 betragen, also noch lange nicht ein Hundertstel der
 Ausfuhr.

Feiner aber ist denn die Vermehrung der Schafzucht von volks-
 wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu wünschen? In ausgedehnten

Maße ist die Schafzucht nur dort möglich, wo noch die Landwirt-
 schaft eine extensive ist, in Rußland, in Australien etc. Sobald der
 Bodenwert steigt, das Weideland zum Auhau genommen wird, er-
 fährt sie stetige Einschränkungen. Anstatt Anlaß zu einer Jeremia-
 klage giebt deshalb der Niedgang der deutschen Schafzucht vielmehr An-
 laß, von einem Fortschritt der Landwirtschaft zu sprechen, da er den
 Beweis einer steigenden Intensität liefert. Zudem aber betrifft der
 Niedgang nicht alle Teile der Schafzucht gleichmäßig. Stark ab-
 genommen hat nur die unrentable Aufzucht von Wollschafen; die
 Zahl der Fleischschafe ist von 1883 bis 1892 nur um ungefähr
 6 Proz. zurückgegangen.

Für die Regierung ist übrigens nicht nur die Abnahme des
 Viehstandes, sondern weit mehr noch die Zunahme ein zu-
 reichender Grund, Zollserhöhungen zu fordern. Im Gegensatz zur
 Schafzucht hat die Rind- und Schweinezucht sich in den letzten
 zwanzig Jahren stetig ausgedehnt; die Folge ist, daß für Rindvieh
 und Schweine der Entwurf noch weit maßlosere Zollserhöhungen
 fordert, als für Schafe: eine Erhöhung um ungefähr
 150 Prozent.

Es kamen auf je 100 Einwohner in Deutschland:

	1883	1897
an Rindvieh	34,5 Stück	35,4 Stück
an Schweinen	20,1	27,3

Auf den Quadratkilometer entfielen:

	1883	1897
an Rindvieh	29,2 Stück	34,2 Stück
an Schweinen	17,0	26,4

Dabei kommt noch in Betracht, daß in diesen zwanzig Jahren
 die Aufzucht und Mastung wesentliche Fortschritte gemacht hat; das
 Lebendgewicht des einzelnen Kindes und Schweines ist heute ein
 wesentlich höheres. Bei der Viehzählung 1892 wurde konstatiert,
 daß gegenüber 1883 die Schweine durchschnittlich um 30, das Rind-
 vieh um 18 Proz. schwerer war als neun Jahre vorher. Seitdem
 ist eine weitere Gewichtszunahme erfolgt. Schafen wir diese nur
 ganz niedrig von 1883 bis 1900 auf 50 bezug, 25 Proz., so ergibt
 sich, daß heute von der deutschen Gesamt-Fleisch-
 produktion ungefähr 25 Proz. mehr Rindfleisch
 und 100 Proz. mehr Schweinefleisch auf den Kopf
 der Bevölkerung kommen als vor zwei Jahr-
 zehnten.

Trotz der Zunahme des deutschen Fleischkonsums ist der Bezug
 von Rindvieh und Schweinen aus fremden Ländern denn auch mehr
 und mehr gesunken. Nicht man von der Einfuhr in Deutschland
 die Ausfuhr ab, ergibt sich als Netto-Bezug:

im Jahre	Rindvieh Stück	Schweine (einschließlich Spanferkel) Stück
1890	187 853	823 960
1891	262 332	911 618
1892	259 853	980 528
1893	197 727	884 665
1894	372 556	710 096
1895	275 359	285 002
1896	204 567	77 937
1897	204 952	84 990
1898	178 108	70 604
1899	192 214	64 391
1900	207 652	64 678

Von den sämtlichen Schweinen, die jährlich in Deutschland ge-
 schlachtet werden, stammen 99 1/2 Proz. aus deutscher
 Zucht, von dem Rindvieh etwa 97 1/2 Proz. Und trotz dieses
 Aufschwunges der Viehzucht sollen die Zölle enorm erhöht werden!
 Aber vielleicht sind die Fleischpreise ähnlich den Getreidepreisen
 gesunken? Die sommers offizielle „Begründung“ läßt diese Seite der
 Frage unberührt; sie giebt nur vier Preise für Rindfleisch bis zum
 Jahre 1890; das folgende Jahrzehnt scheint merkwürdigerweise für
 sie nicht mehr zu existieren. Holen wir das Verbliebene nach. Es
 kostete nach der deutschen Reichsstatistik gewöhnliche marktgängige
 Mittelware durchschnittlich pro 1 Kilogramm (= 2 Pfund):

	in Berlin	in Breslau	in Magdeburg	in Hannover
1. Rindfleisch				
1885	1,17 Mk.	1,20 Mk.	1,18 Mk.	1,29 Mk.
1890	1,26	1,28	1,25	1,30
1895	1,25	1,25	1,25	1,35
1900	1,26	1,29	?	1,29
2. Schweinefleisch				
1885	1,21 Mk.	1,25 Mk.	1,30 Mk.	1,10 Mk.
1890	1,44	1,47	1,32	1,30
1895	1,25	1,31	1,28	1,20
1900	1,34	1,27	?	1,23

Von einem Zurückgehen der Preise kann demnach nicht ge-
 sprochen werden; vielmehr sind die Preise und mit ihnen die Vieh-
 preise in den letzten beiden Jahrzehnten langsam gestiegen; die
 obigen Angaben für das Jahr 1890 sind nicht mit Berücksichtigung
 zu ziehen, da dieses Jahr bekanntlich für die Provinzen östlich der
 Elbe ein sogenanntes Teneringjahr war. Welche Gründe bleiben
 aber dann noch übrig? Der Viehbestand nimmt zu, die
 Einfuhr ab, neuere technische Fortschritte erleichtern
 die Aufzucht, und die Preise steigen! Die Ausarbeitern
 der Begründung befinden sich in ratloser Verlegenheit. Indes
 schließlich haben sie doch einen Grund gefunden. Da, sagen
 sie, die Einfuhr im Verhältnis zur deutschen Produktion ja nur
 gering sei, wäre anzunehmen, daß es schon bei einer verhältnis-
 mäßig unbedeutenden Steigerung der einheimischen Viehproduktion
 der deutschen Landwirtschaft gelingen würde, allein den Bedarf zu
 decken. Dazu sei aber ein „ausreichender Schutz“ erforder-
 lich und folglich die geforderten Zollserhöhungen notwendig. Der
 reine Rumpst!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. November.

Der Reichstag

hielt am Freitag die hundertste Sitzung in dieser Session ab.
 Die Schriftführer hatten das wichtige Ereignis nicht übersehen
 und dem Präsidenten ein Blumenarrangement aus Rosen,
 Rosen und Nelken gestiftet, das er huldvoll entgegennahm.
 Während oben auf dem Präsidentensitze die Blumen
 dufteten, wurde unten um sehr reale Dinge ge-
 fochten: um die Ausdehnung oder Einschränkung der
 Ausdehnungsgrenze für die Seeleute. Man ist jetzt zu jenen
 Paragraphen in der Seemannsordnung gelangt, die die
 Arbeitszeit auf den Schiffen im Hafen und auf offener See,
 im gemäßigten Klima und in den Tropen, die Sonntags-
 ruhe und die Entschädigung für Ueberstundenarbeit be-
 handeln. Erfolgreich waren heute unsere Bemühungen
 nicht, günstigere Bedingungen für die Seeleute zu
 erzielen, ja selbst die Kommissionsfassung konnte in zwei
 Punkten nicht gerettet werden; sie wurde von einer Mehrheit,
 die sich unter die Führung des Reichsparteilers Stodmann
 stellte, kräftig verschlechtert. Da das Haus heute sehr schlecht
 besetzt war, ist es vielleicht möglich, daß sich bei der dritten
 Lesung das Bild wieder etwas verschiebt. Wann aber wird
 es zu einer dritten Lesung kommen?

Den ersten Sieg erkocht der seebefahrene Konsistorialrat
 beim § 33, der die regelmäßige zehnstündige Arbeitszeit für
 das Schiffpersonal in den Tropen auf acht Stunden festsetzt.
 Herr Stodmann will den Stewarts diese Vergünstigung nicht
 gönnen und auch die Arbeiter, die den Aufsichtsdienst
 verrichten, davon ausschließen. Auch eine Bezahlung der
 Ueberstundenarbeit erachtete er für diese Arbeiter-
 kategorien als überflüssig. Eigentümliche Vorstellungen
 sind es, die die Herren von der Arbeitsleistung eines
 Kellners haben. Ein Regierungsvertreter erklärte kurzer
 Hand jede Einschränkung der Arbeitszeit für Kellner
 überflüssig; er mußte sich dafür von unsern Genossen Wolfen-
 buhr den derben Rat gefallen lassen, es doch einmal selber
 mit diesem leichten Verufe zu versuchen.

Trotz der Erklärung unfres Genossen Wegger, daß das
 Interesse unserer Partei am Zustandekommen der Seemanns-
 Ordnung verschwinden würde, wenn die Stodmannschen Ver-
 schlechterungen bei diesem Paragraphen angenommen würden,
 fand sich doch eine schwache Mehrheit für die Anträge zu-
 sammen. Die freisinnige Vereinigung stimmt unter Herrn
 Tresch' Vortritt geschlossen für alle Reederwünsche.

Zum zweitenmale wurde die Kommissionsfassung beim
 § 35 aufgegeben, der den Dampfschiffen in transatlantischer
 Fahrt an Sonn- und Festtagen die planmäßige Ausreise ver-
 bietet und nur für die Reichs-Postdampfer eine Ausnahme
 macht. Für die Beseitigung dieser Sonntagsruhe trat Graf
 Posadowski selbst in die Schranken, ja er drohte mit dem
 Scheitern des ganzen Gesetzes, wenn auf die Wünsche der
 Großreeder hier nicht Rücksicht genommen würde.

Genosse Wegger wies darauf hin, daß auch in New
 York kein Schiff am Sonntag den Hafen verlassen dürfe und
 daß die Furcht vor der amerikanischen Konkurrenz unbedeutend
 sei. Genosse Schwartze betonte, daß wir für das Auslaufen
 der Dampfer am Sonntag zu haben wären, wenn man
 sich entschließen wollte, den Seeleuten in diesem Falle
 einen Ruhetag in der Woche zu gewähren. Aber
 davon ist natürlich keine Rede und so stimmten wir im
 Interesse der Sonntagsruhe der Seeleute mit dem Centrum
 für die Kommissionsfassung, nachdem unsere weitergehenden
 Anträge abgelehnt waren. Alle übrigen Parteien schlossen
 sich dem Antrag Stodmann auf Streichung des Paragraphen
 an, der denn auch fiel.

Bei § 41 wurde die Weiterberatung auf Sonnabend
 vertagt.

Der Wuchertarif.

Graf Bälou ist eifrig am Werke, in vertraulichen Be-
 sprachungen mit Reichstags-Abgeordneten sein Auftreten für den Wuchertarif
 in Scene zu setzen. Trotz der Sicherheit einer erheblichen
 Majorität will er sich durch freundliche Heimlichkeiten einen guten
 Empfang im Reichstage vorbereiten. Vielleicht mag der Kanzler der
 blumigen Rede selbst nicht völlig der Einsicht mangeln, daß das Mittel-
 maß seines Fiskalionsgepländers denn doch nicht herabreicht an die
 Aufgabe, die ihm nun bevorsteht, an die Begründung einer großen, zukunfts-
 entscheidenden Vorlage. Aber die Freunde des Zollwuchers werden
 dem Reichskanzler schnell und gern verzeihen, wenn seine demüthige
 Begründung des Tarifs bar sein wird aller sachlichen Kenntnis des
 Stoffes; sie werden bereit sein, dem holden Schwall seiner Worte
 freudig zuzuhören und einige wohlgemeinte agrarische Rederei wird
 die allgemeine Freundlichkeit reizvoll erhöhen.

Die konservativere Presse.

Nast sämtliche Fraktionen des Reichstages haben in diesen Tagen
 Beratungen über den Zolltarif gepflogen. Ueber die Entschlüsse der
 Nationalliberalen ist noch nichts bekannt, das Centrum ist in den
 Beratungen noch nicht zu Ende gelangt; nur die konservativere
 Fraktion ist ohne den Vorzug einer eingehenden Erörterung zu dem
 Ergebnis gelangt, die Fosse der agrarischen Gegenwarts gegen die
 Regierungsvorlage fortzuspülen. Eine Korrespondenz berichtet
 hierüber:

Es wurde über die allgemeine Stellungnahme völlige
 Uebereinstimmung erzielt, vor allem dahin, daß die

im Entwurf festgesetzten Zölle für die Landwirtschaftlichen Haupterzeugnisse von der Fraktion nicht als ausreichend erachtet werden. Als Redner für die erste Lesung im Hause wurden bestimmt in erster Linie Graf v. Schwerin-Löwitz mit Rücksicht auf seine Eigenschaft als Mitglied des Landesökonomie-Kollegiums, sodann der Vorsitzende des Bundes der Landwirte Freiherr v. Wangenheim und als Dritter Graf v. Kanitz.

So ernst der konservativere Brothändler ist, so lächerlich erscheint die erschöpfte Pose, als sei die ungeheure Verteuerung der Lebensmittel noch immer unzureichend. Wäre dieses konservative Spiel nicht allzu plump, so dürften wir uns des Augenblicks freuen, da Agrarier und Socialdemokraten in feindschaft-gemeinschaftlichem Ansturm gegen die Vorlage sich fänden und das Schmachtspiel zu Falle brächten.

Im sächsischen Klassenparlament.

Aus Dresden wird uns telegraphisch gemeldet: Im sächsischen Landtage wurde am Freitag die Regierung durch den konservativen Abgeordneten Hänel interpelliert über den Reichs-Zolltarif. Der Abg. Hänel meinte, man mache so viel Aufhebens von den Sägen des Zolltarifs bezüglich des Getreides, der Tarif bringe aber nichts Neues, sondern nur die Einsetzung in den alten Stand von 1887.

Minister des Innern v. Meißner erklärte, daß die sächsische Regierung, obgleich nicht alle ihre Wünsche Berücksichtigung gefunden, dem Entwurf des Zolltarifgesetzes und des Zolltarifs zugestimmt hat in der Ueberzeugung, daß die Neugestaltung des Tarifwesens die richtige Bahn einschlägt für die Schaffung und Erhaltung gesunder Zustände unseres Wirtschaftslebens. Oekonomierat Braunsdorf sagte, daß durch die Erhöhung der Zölle eine Erhöhung der Lebensmittelpreise eintreten würde, kann man nicht ableugnen. Bei hohen Arbeiterlöhnen spielen diese aber keine Rolle. — Rittergutsbesitzer Löpfer erklärte, daß es der deutschen Landwirtschaft ganz gleichgültig sein könne, ob die deutsche Industrie gedeihe oder nicht. Die Landwirtschaft könne ihre Maschinen aus dem Auslande beziehen; nichtsdestoweniger sei sie so selbstlos gegenüber der Industrie, daß sie ihr nichts Ables wünsche. Landesgerichtsrat Kollfuß-Bittau wandte ein, daß die deutsche Landwirtschaft nicht so unabhängig sei von der Industrie. Justizrat Oppig erklärte im Namen der konservativen Fraktion: Herr Löpfer habe sich wohl falsch ausgedrückt. (Heiterkeit.) Die konservative Fraktion lege großen Wert auf ein gutes Einvernehmen zwischen Industrie und Landwirtschaft.

Eine große That

steht freisinnige Unentwegtheit in dem Plane, das statistische Amt zu erweitern. Die Socialpolitik hat gewandelt und gleich formuliert das „Berliner Tageblatt“ daraus „die beste Widerlegung der besonders von den Socialdemokraten in der letzten Zeit oft aufgestellten Behauptung, daß von einem Ausbau der Socialpolitik bei dieser Regierung überhaupt keine Rede mehr sei.“

„Höchstens könnte bei manchen Politikern die Auffassung bestehen, daß die Regierung nicht weit genug gehe.“

Diese ewig gleiche freisinnige Kindstüpfelheit! Da hat die „Post“ doch einen schärferen Blick für die socialpolitischen Absichten unserer Regierung. Sie sieht in dem Plane in erster Linie die Aufhebung der Kommission für Arbeiterstatistik und ist überzeugt, daß durch Eingliederung der Einrichtung in den „ordentlichen Behördenorganismus“, der nur noch ein Veil auf dem Gesicht hat, in Zukunft der Schwerpunkt auf die statistische Thätigkeit fallen werde, während die bisherige Kommission „den Drang in sich fühlte, um jeden Preis etwas leisten zu wollen... und mit Vorschlägen die Reichsregierung und die gesetzgebenden Körperschaften zu Altonien anzutreiben.“

Ein Reichs-Arbeitsamt, wie wir es wünschen, soll nun gerade in erster Linie diese der „Post“ so unangenehme Thätigkeit in viel größerem Umfang wie die bisherige Kommission ausüben. Es soll als selbständige Behörde auf demokratischer Grundlage, an deren Zusammenfassung die Arbeiter gebührend beteiligt werden müssen, nicht bloß das Recht zu Anregungen, sondern in weitem Maße das Recht zu Anordnungen haben. Das statistische Amt, das nicht einmal aus eigener Initiative irgend eine Erhebung vornehmen kann, mit seiner Beiratsabteilung, hat mit den Aufgaben und dem Charakter eines Reichs-Arbeitsamtes gar nichts gemein. Umgekehrt denken wir uns die Sache. Das statistische Amt muß die Erhebungen ausführen, die das Reichs-Arbeitsamt anordnet.

Wir verlernen nicht den Wert der Erweiterung der Arbeiterstatistik. Ganz im Gegenteil. Wir haben seit Jahren wichtige Erhebungen gefordert; so über die Arbeitszeit, Arbeitslöhne, Untersuchungen über die Lage einzelner Arbeiterkategorien, die weit mehr sein müßten, als die jetzige „Enquete“ der Kommission für Arbeiterstatistik. Aber wir wollen, daß eine Stelle geschaffen werde, die das Recht hat, solche Erhebungen anzuordnen, deren Aufgabe es ist, das zu thun, und die vermöge ihrer Zusammenfassung geeignet und gewillt ist, ihrer Aufgabe gerecht zu werden.

Ihre Hauptaufgabe aber soll die Wahrung der Arbeiterinteressen auf dem ganzen weiten Gebiete der Arbeiterfrage sein. In ihren Händen soll die Ueberwachung der Beobachtung der Arbeitergesetzgebung konzentriert sein.

Was jetzt geplant ist, sind auch nicht einmal die Anfänge zu einem solchen Reichs-Arbeitsamt; weit eher ist es das Gegenteil davon: Beseitigung der Anfänge dazu, wenn etwa jemand diese in der Kommission für Arbeiterstatistik gesehen haben sollte.

Nachrichten über die China-Blünderungen.

Ueber den Umfang des Plünderens in China machte der ehemalige französische Gesandte in Peking, also ein Augenzeuge, dem Mitarbeiter des „Echo de Paris“, Marcel Guin, gegenüber interessante Bemerkungen. Der Journalist richtete an Pichon die Frage, ob das hauptsächlichste Motiv der Weigerung Waldeck-Rousseaus, den Bericht Boyrons bekannt zu geben, nicht darin bestünde, daß in ihm auch das Benehmen der fremden Soldaten und Missionare, besonders im Sommerpalast, einer scharfen Kritik unterzogen wurde. Dieser Palast, der reichste und mit den kostbarsten Gegenständen ganz Chinas ausgestattete, sei nach dem Abzug seiner russischen Verteidiger völlig leer gewesen. Pichon antwortete:

„Ihre Frage ist zu delikater; ich ziehe vor, sie nicht zu beantworten. Fragen Sie lieber den General Boyron selbst; er wird es vielleicht bestätigen.“

Auch auf die andern Fragen des Interviewers über die Rolle der Soldaten und Missionare der andern Nationen nach der Befreiung der Gesandtschaften in Peking antwortete Pichon ausweichend, doch gab er zu, daß ihr Benehmen diese Thatsachen vorgekommen seien, an denen alle vertretenen Nationen einen Anteil hätten. Da aber die andern diese Schwächen nicht entziffert hätten, hätte man sich das auch in Frankreich ersparen können.

Alle Nationen waren nach Pichon also am Plündern beteiligt. Und Boyron erklärte sogar, daß die französischen Plünderungen gegenüber den Plünderungen der andern Mächte noch mehr heftig und harmlos gewesen seien. Mit Einzelheiten hält man jedoch zurück, man denkt über begangenes Unrecht diplomatisch den Mantel christlicher Nächstenliebe. Frankreich freilich war nicht ganz so disret, wie gewisse „verbündete“ Mächte. Es listete ein wenig den Zipfel, gerade genug, um schweren Verdacht gegen diese

Mächte zu erwecken. Je gefälliger man anderweitig das Lobschweigschweigen beobachtet, desto schuldiger mag man sich selbst fühlen! —

Deutsches Reich.

Warum der Eifer? Die Meier Rede, die der „Lokal-Anz.“ neulich den Kaiser halten ließ, war gewiß unter den zahlreichen Ansprachen, die Wilhelm II. Jahr für Jahr hält, am wenigsten geeignet, irgend welches Aufsehen zu erregen. Höchstens hätte man in der Erwähnung des deutsch-französischen Krieges eine kleine Spitze gegen Chamberlain finden können.

Es ist nun recht charakteristisch, mit welchem Eifer gerade diese belanglose Rede demontiert wird, insbesondere die Stelle vom deutsch-französischen Kriege. Die „Deutsche Zeitung“ hätte sich über diesen übermäßigen amtlichen Eifer, ganz beschränkt, ausgehalten. Darüber ist die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ ihrerseits höchst aufgebracht. Sie wundert sich, daß „selbst in einem so klaren und einfachen Fall die prompte Abwehr einer übertriebenen und unwahren Verleumdung Anlaß zu thörichter Rörgelei“ gebe.

Und pathetisch fügt das Regierungsbüro hinzu: „Dem Worte fehlt augenblicklich das Verständnis dafür, daß es nicht sowohl auf den Inhalt der angeblichen Allerhöchsten Äußerungen ankommt, als vielmehr darauf, daß seiner Majestät überhaupt erhabene Äußerungen bei einer im militärischen Kreise gehaltenen Rede in den Mund gelegt worden sind. Dieser Fall lag vor, und es ist das unantastbare Recht seiner Majestät des Kaisers, solche apokryphe Reden dementieren zu lassen.“

Niemand wird dieses Recht dem Kaiser absprechen, durch dessen Geltendmachung jetzt allerdings indirekt vom Kaiser selbst bestätigt wird, daß alle die früheren Reden, selbst die Humen- und die Alexandrinerrede, wirklich so gehalten worden sind.

Im übrigen wird die „R. A. Z.“ auch uns die thörichte Rörgelei gestatten müssen, daß der Aufwand von Dementierungskraft gerade bei einem so harmlosen Fall äußerst merkwürdig wirkt. Man kann ihn nur daraus erklären, daß der Kaiser auch den leisesten Verdacht abzuwehren wünscht, als habe er gegen England Mißstimmung — in einem Augenblick, wo sein ältester Sohn sich ansetzt, eine Reise durchs britische Weltreich zu unternehmen, als ein Zeichen der tiefen Freundschaft zwischen Wilhelm II. und Edward VII. Die Zeiten des Telegramms an Krüger sind eben vorüber! —

Der Reichshaushalts-Etat für 1902 wird, wie die „Kreuz-Ztg.“ erfährt, dem Reichstage Ende nächster Woche zugehen, bis zu welcher Zeit man die bezüglichen Beratungen im Bundesrat beenden zu haben hofft.

Aus dem Etat. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ fährt fort, Mitteilungen aus dem Etat zu machen. Aus dem Etat des Reichs-amts des Innern ist zu bemerken, daß 4 Millionen Mark gefordert werden zur Förderung der Herstellung geeigneter Kleinwohnungen für Arbeiter und gering-besoldete Beamte des Reiches durch Gewährung von Darlehen an Private und an gemeinnützige Unternehmungen, sowie zum Erwerb geeigneten Baugeländes zur Herstellung solcher Wohnungen.

Der Entwurf des Etats für die Expedition nach Ostasien auf das Rechnungsjahr 1902 legt als Haupttitel der Einnahmen die am 1. Januar 1902 fällige erste Rate der Entschädigung von China im Betrage von 11 504 824 M. an. Bei den Ausgaben ist eine größere Mehrauswendung gegenüber dem Vorjahre zur Entschädigung deutscher Privatpersonen und Gesellschaften angeführt, die anlässlich der Wirren in China Verluste erlitten haben, und zwar wird beantragt, aus den ersten von China eingehenden Zahlungen die deutschen Privatforderungen vorab zu befriedigen. Die Gesamthöhe dieser Forderungen ist auf 13 184 644 M. festgestellt worden, doch wird eine Erhöhung bis auf höchstens 15 Millionen durch Nachtragsermächtigungen in Rechnung zu ziehen sein. Die Summe der geforderten Ausgaben, unter denen noch 341 000 M. zu Pensionen, Witwen- und Waisengeldern in der Verwaltung des Reichsheeres und 150 000 M. zu solchen in der Marineverwaltung zu erwähnen sind, beträgt 30 238 824 M.

Der Bismarckische Briefwechsel mit Kaiser Wilhelm I. und andern ist jetzt vom Cottischen Verlag herausgegeben worden, und liegen die beiden Bände noch nicht vor. Was die bürgerliche Presse an Ausgaben veröffentlicht, ist so wenig interessant, daß man einen Mißerfolg der buchhändlerischen Weihnachtsspekulation annehmen sollte.

Die Anstrengen. In der Universitätsbewegung kommt es, wie vorausgesehen war. Ein paar Universitäten, auch vereinzelte preussische, schieden zwar Herrn Kommissen Zustimmungskundgebungen, dagegen erhebt sich für den tapferen Protest des Prof. Michaelis keine Stimme. Im Gegenteil: Verschiedene Professoren, so der christliche Herr Harnod, beeilen sich, dem angegriffenen Direktor Althoff ihre huldigenden Anerkennungen in Demut zu Füßen zu legen.

Ob die „Gleichen“, die einst in Göttingen protestierten, wohl heute an sämtlichen Universitäten zusammen kämen? —

Zur Revision im Krobat-Prozess wird von angeblich unterrichteter Seite mitgeteilt, daß sich die Revisionsbegleitung lediglich auf die eine Thatsache stützt, daß das Oberkriegsgericht wider Worten und Genossen zu spät berufen sei. Demnach kommt, heißt es in der Mitteilung, für die Verhandlung vor dem Reichsmilitärgericht nur dieser juristische Grund in Betracht. Wenn der in der Revisionschrift angezogene § 68 betreffend die Bestellung von Offizieren als ständige Richter vor dem Oberkriegsgericht vor Beginn des Geschäftsjahres für die Dauer desselben in der That verlegt wurde, so sind die Voraussetzungen des § 69 des Militär-Strafgesetzbuches, welcher sich über die Gründe der Zulässigkeit der Revisionsanträge ausspricht, erfüllt. Dann aber wäre der Revision ohne weiteres stattzugeben, weil die vom § 400 geforderte unabweisliche Rechtsvermutung für den Anlaufzusammenhang zwischen gewissen Verletzungen des Kriegsgesetzes, zu denen die nicht vorchriftsmäßige Besetzung eines Militärgerichtes gehört, und dem Urteilsinhalt vorliegt. Wenigstens hat die Praxis des Reichsgerichts sich dahin ausgesprochen, daß bei Fehlern dieser Art der Anlaufzusammenhang anzunehmen ist, wenn nicht aus den Umständen das Gegenteil erhellt. Im Falle Marten wäre aber zweifellos das Gericht nicht vorchriftsmäßig besetzt gewesen, wenn die Vorschriften über die Heranziehung zum Richterdienste nicht genügend beachtet worden sind. Das bei einem Zurückverweisen an die Vorinstanz vorgebrachte Bedenken, es könnte der gleiche Revisionsgrund auch dann wieder in Frage kommen, ist durch die Verzögerung des Prozesses hinfällig, da im Jahre 1902 das königliche Oberkriegsgericht sicherlich vorchriftsmäßig ernannt sein dürfte. Im übrigen wird noch berichtet, daß die Vorarbeiten zum Prozeß im Reichsmilitärgericht nach Möglichkeit gefördert werden, so daß der Verhandlungstermin sobald als möglich, wahrnehmlich noch in diesem Jahre, stattfinden wird.

Der neue Präsident des Kaiserlichen Statistischen Amtes, Geheimler Ober-Regierungsrat Dr. Wilhelm I., ist vom Reichs-Langler zum ständigen Mitgliede der Kommission für Arbeiterstatistik ernannt worden.

Ein Ausnahmegericht hat die bayerische Kammer am Freitag beschlossen; sie nahm mit 77 gegen 51 Stimmen einen Antrag Heim (C.) an, wonach in die Justizverwaltung Israelliten nur im Verhältnis der israelitischen Bevölkerung zur Gesamtbevölkerung aufgenommen werden sollen.

Im Laufe der Beratung erklärte der Justizminister Freiherr v. Leonrod, er könne Gesetgebenden halber dem Antrag keine Folge geben, werde aber der Stimmung der Bevölkerung so weit als möglich Rechnung tragen. Es ist sehr interessant, daß dasselbe Centrum, dessen ganze Agitation in ihrem Zammer über die ausnahmegerichtliche Behandlung der Katholiken besteht, jetzt selbst ein konfessionelles Ausnahmegericht

durchgesetzt hat. Wie werden sie jetzt noch die Aufhebung des Jesuitengesetzes begründen können?

Doch auch die bayerische Regierung den Grundsatz der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung preiszugeben bereit ist, zeigt die schöne Solidarität, die zwischen dem Norden und Süden der herrschenden Reaktion obwaltet. Ganz wie Herr Schöndelb, will sein bayerischer Kollege das gesetzlich Unzulässige auf dem Wege der Verwaltungswillkür durchsetzen. —

Eine Interpellation über den Fall Bredendek. Wie verlanget, will der Dortmunder Stadtverordnete Redacteur Lenning im Kollegium die Zeitung der städtischen Polizei über die Beförderung des Hauptmanns Tilly interpellieren und dabei die Forderung des Redacteurs Genossen Bredendek auf dem Transport vom Gericht trägt.

Scheiden thut weh. Wenn man nicht mehr Großherzogin sein darf, so kommt man um alle Ehr'. Wegen der bevorstehenden Ehescheidung des hessischen Großherzogs wird das in Mainz garnisonierende Infanterie-Regiment Nr. 117, welches den Namenszug der Großherzogin Victoria von Hessen trägt, demnächst neue Ausrüstungskappen erhalten, die lediglich die Nummer „117“ tragen. Den Schmerz wird hoffentlich die nun nicht mehr hohe Frau mit Fassung zu ertragen vermögen. —

Nationalsozialistische Werbungen. Aus München wird uns geschrieben: Die bayerische Hauptstadt erfreut sich eines nationalsozialistischen Vereins, zu dessen Mitgliedern hauptsächlich Studenten gehören. Vor längerer Zeit versuchten die Anhänger Raumanns mit den katholischen Gewerkschaften Fühlung zu bekommen. Die Freundschaft erhielt aber gar bald ein Loch, als ihr damaliger Führer in einer christlichen Gewerkschafts-Versammlung die Forderung aufstellte und gegen die Getreidezölle Stimmung zu machen versuchte. Das konnten die christlichen Führer absolut nicht vertragen und seitdem scheint der Verkehr abgebrochen zu sein. Nun haben die Herren neuerdings Anschluss bei den Jungliberalen gesucht, die auf der Tagesordnung ihrer letzten Versammlung einen Vortrag über den Nationalsozialismus hatten. Der Referent stellte aber ebenfalls den Nationalsozialisten keine Genugthuung und bestärkte ihnen gewissermaßen die Existenzberechtigung. Der Nationalsozialismus habe im Laufe des letzten Jahres einen unverkennbaren Frontwechsel vollzogen, und das bedeute das Eingeständnis völliger Ohnmacht gegenüber der Socialdemokratie.

Der Vorstand des Vereins der Hilfsworte machte darauf den Jungliberalen den Vorwurf, daß sie nicht genug auf die Fragen des Tages eingehen, und gab der Zuvorsticht Ausdruck, die Socialdemokratie werde sich mit der Zeit durch die Einwirkung der Verschiedenen zu einer Reformpartei umwandeln, die die Kriegsgesellschaft für Socialpolitik einhandelt. Der Redner bot den Jungliberalen einen „christlichen Bund“ an und schloß mit der Versicherung, auch er glaube „an die Gerechtigkeit des Liberalismus“. Der Führer der Jungliberalen antwortete, die Nationalsozialisten seien als Partei noch zu jung; auch unter ihnen würden Mißbilligungen eintreten, wenn sie einmal wie die Liberalen! unter dem Vorkast der Wählermassen zu leiden hätten! Im übrigen wolle man trotz der trennenden Momente gute Freundschaft pflegen.

Nun, man wird ja bald erfahren, wie lange diese zarte Freundschaft hält. Wenn sich aber die Liberalen und zwar gerade die bayerischen Liberalen noch einbilden, daß sie unter dem Vorkast ihrer Wählermassen „leiden“, so möge ihnen ein gütiges Geschick diesen Optimismus erhalten. Man wird dann bei den nächsten Wahlen uns so leichter mit ihnen fertig werden. —

Zur Abkühlung unserer Prüglergermanisatoren. Eine Berliner Lokalkorrespondenz meldet: Flugblätter, die zum Boykott deutscher Waren auffordern, werden nicht nur in Galizien in Massen verbreitet, sondern sind teilweise auch schon über die Grenze gedrungen. Selbst unter den Berliner Polen gehen die Aufkäufer mit der Ueberschrift „Kauft nicht bei Deutschen!“ von Hand zu Hand. In den Flugblättern wird besonders zur Boykottierung der deutschen Kaufleute und Fabrikanten bei den bevorstehenden Weihnachtsinkäufen aufgefordert. Die Boykottaufforderung enthält folgenden Passus: „Brüder, Landsleute, denkt an die preussischen Greuel, an die Schmach, die man uns angethan, hütet Euch wohl, in die Hand Eurer Kinder Sachen zu legen, die von denen stammen, welche die Hände polnischer Kinder blutig gefärbt haben.“ Zu der That haben verschiedene hiesige Firmen aus Galizien und Rußland schon Abbestellungen bereits bestellter Waren erhalten, verschiedenlich sogar Schreiben ihrer dortigen Kunden, daß sie sich aus nationalen Beweggründen veranlaßt sehen, alle Geschäftsbeziehungen mit Preußen abzurücken.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. In den in der gestrigen „Vorwärts“-Nummer enthaltenen Nachrichten über den wegen Majestätsbeleidigung verhandelten Prozeß gegen den Dichter Spieckmann ersucht und der Verteidiger des Angeklagten um die Nichtigstellung, daß nicht der Schuhmacher Trade, sondern einer der übrigen Zeugen der Denunziant war.

Ausland.

John Burns über den Boykott Englands. London, 24. November. (Fig. Ver.)

Von John Burns ist mir unter dem 20. November folgendes Schreiben zugegangen:

Der vorgeschlagene Boykott ist meines Erachtens unlogisch im Ziele, unpraktisch in Taktik, nachteilig im Geiste und würde in seinen wirtschaftlichen Folgen den europäischen Arbeitern, die mit Recht diesen unheilvollen Krieg verdammen, nur Schaden bringen. Ein nur teilweise erfolgreicher Boykott würde die holländischen Arbeiter, die Frieden und ehrenvolle Bedingungen für die um ihre Freiheit heroisch kämpfenden Republiken wünschen, diesem Ziele nicht näher bringen. Ihr ehrenvolles Bestreben kann durch eine internationale Verhörung, die ein solcher Boykott hervorruft, nicht ausgeführt werden. Außerdem ist es gar nicht nötig, einen Boykott zu erklären, um die britischen Arbeiter und die ganze Nation auf die Irrthümer der Vergangenheit und die Verblendung der Gegenwart aufmerksam zu machen. Dieser Zweck ist bereits erreicht durch die zunehmende Arbeitslosigkeit in der Gegenwart, durch die trübe Aussicht in die Zukunft und das erbärmliche Prekäre Englands unter den Völkern der Welt. All diesen Erscheinungen könnte nur der Friede Einhalt thun. Um sich dieser Sachlage ganz bewußt zu werden, bedarf England der Toleranz, der Vergebung und der Rücksicht im Rate der internationalen Arbeiterschaft. Ein internationaler Boykott würde die entgegengekehrte Wirkung haben.

Die britischen Arbeiter haben diesen Krieg nicht gemacht. Sie waren nur vorübergehend die Betrogenen hochgestellter Projektentwerfer und ehrsüchtiger Demagogen, die ein Boykott gar nicht befürchten könnten. Ihr heillosen Plan für die Ausrottung einer Klasse würde thatsächlich durch eine Verhörung der Arbeiter Europas und durch die Leiden, die ein solcher Boykott über die Armeen aller Länder bringen müßte, nur gewinnen.

Noch mehr! Wir müssen unter „höheren“ Klasse nicht gleich thun. Die herrschende Klasse Großbritanniens allein ist für diesen infamen Krieg verantwortlich. Sie hat das Land in diese nicht weniger als demüthigende Lage gebracht durch ihren Mangel an Umsicht, Ehre, Takt, gesundem Menschenverstand und politischer Begabung. Diesem Beispiele sollen wir Arbeiter nicht folgen, wenn wir unsere sozialen Ziele, humanen Pflichten und internationalen Verpflichtungen nicht unterwerfen wollen, denn „nur des Ehrgeizes Hände wäshen sich im Blute“ (Byron). Das Ziel der Arbeiter auf internationalem Gebiete ist Friede, Einigkeit, schiedsrichterliches Verfahren, Austausch industrieller

Ergebnisse, aber nicht Janz. Wenn Großbritannien vor zwei Jahren auf dem Haager Kongresse die Errichtung eines ständigen internationalen Schiedsgerichts beantragt und jetzt sein Versprechen und seine Traditionen schmählich verstoßen hat, so ist dies noch kein Grund für die Holländer, in deren Hauptstadt der Kongress tagte, ihren Pflichten und Versprechen, den Krieg durch den Entschluß der Vernunft unmöglich zu machen, untreu zu werden.

Der Vorkott der englischen Schifffahrt ist weder vernünftig, noch ausführbar oder wünschenswert. Er ist eine Waffe von zweifelhaftem Werte im Kampfe zwischen Personen und Massen; er ist wirkungslos oder gefährlich im Kampfe der Völker.

Zu Hinblick auf die großen und ständigen Interessen der Arbeiter aller Länder erkläre ich mich gegen den Vorkottvorschlagn.
John Burns.

Die Korrespondenz über die Umfrage ist zu Ende. Sie hatte einen doppelten Zweck: erstens, die Meinung englischer Socialpolitiker, Gewerkschaftsführer und politischer Arbeitervertreter über den Vorkott zu hören. Alle sprachen sich gegen den Vorkott aus. Kein Zweifel, er würde seinen Zweck vollständig verfehlen. Die ganze Nation und höchst wahrscheinlich auch manche Teile des Empires würden wie ein Mann für die rücksichtslose Fortsetzung des südafrikanischen Krieges eintreten. Die Regierung würde diese Entschlossenheit zur Schaffung einiger neuer Freiwilligen-Regimenter ausnutzen. Dann hat die Korrespondenz den Zweck gehabt, den deutschen Arbeitern einen Begriff vom socialistischen Denken ihnen mehr oder weniger bekannter und nahestehender Männer zu geben. Webb's Ausführungen waren die eines Kathedersocialisten. G. W. Shaw, der jetzt in England eine der namhaftesten Persönlichkeiten ist, wurde von der Redaktion gebührend gewürdigt. Keir Hardie ist einer der englischen Socialisten, die Proudhon, Marx, Kropotkin, Engels, Zaurds und Tolstoj auf eine Stufe stellen — alle wollen sie die Befreiung der Menschheit. John Burns schrieb wie ein ehrlicher liberaler Politiker, dem auch das Wohl der Arbeiter am Herzen liegt. Ueber Sam Woods und Steadman ist nicht viel zu sagen, gute Trades-Unionisten von kleinerer oder größerer politischer Reife. Zusammen genommen repräsentieren sie die Ansichten der überaus großen Mehrheit der englischen Arbeiter und der gebildeten, aufgeklärten Mittelschichten.

Österreich-Ungarn.

Der Abgeordnete Wolf hat, wie er dem Präsidium des Abgeordnetenhauses mitteilte, sein Mandat niedergelegt. Als Ursache der Mandatniederlegung deutet man eine Ehebruch-affaire an. Jedenfalls hatte Wolf vor einigen Tagen ein Duell mit dem Schwiegersohn eines mit Wolf bisher sehr eng befreundeten alldeutschen Abgeordneten. Um einem Skandal vorzubeugen, sei dann die Mandatniederlegung erfolgt. — Wolf ist bekannt als Lungenarzt und der berüchtigtste parlamentarische Schreiber der Alldeutschen. Sonst verliert der Reichsrat nicht viel an ihm.

Frankreich.

Ueber die Abstimmung über die China-Anleihe werden noch folgende Einzelheiten bekannt: Die Socialisten stimmten teilweise gegen das Ministerium, die Radikalen gehörten der Beschwörung Brissons und Bourgeois' an und standen mit verschwindenden Ausnahmen zum Kabinett, die Republikaner blieben gespalten, 46 folgten Pellain, 18 fielen von ihm ab, etwa 12 enthielten sich der Abstimmung.

Keine Werkzeuge gegen den „inneren Feind“. Aus Gahre wird berichtet: Eine Anzahl Soldaten des 129. Linien-Infanterie-Regiments unterzeichneten eine Erklärung, worin es heißt, sie würden sich nicht entschließen können, gegen ihre Brüder vorzugehen, vielmehr die Kolben hochhalten, falls man sie zwingen sollte, an die Ausständigen zu schießen.

Die Amtsenthebung Herzogs wurde von der liberalen Professorenschaft der Universität Dijon mit 17 gegen 6 Stimmen beschlossen. Herzog ist 18 Monate seines Amtes enthoben, 1/3 seines Gehaltes werden ihm einbehalten. Ist er nach Ablauf dieser Zeit nicht wieder angestellt, so verliert er seinen vollen Gehalt. Herzog wird sich an die höchste Instanz, den hohen Rat des öffentlichen Unterrichts wenden.

Italien.

Interpellation Stietenron.

In der Sitzung der Deputiertenkammer am Freitag wünschte Alessio zu wissen, ob und welche Vorstellungen bei der deutschen Regierung anlässlich der Führung und des Ausganges des Prozesses gegen den Baron Stietenron aus Niederweiler in Vorhingen gemacht worden seien, welcher einen italienischen Arbeiter getötet hatte. Der Unterstaatssekretär des Meisters Vaccelli erwiderte, so wenig die italienische Regierung die Einmischung eines andern Staates in die Rechtssprechung der italienischen Gerichte zulassen würde, so wenig könne man hier die Urteile deutscher Gerichte einer Besprechung unterziehen. Der Minister des Meisters habe alles, was er konnte, getan, um den Erben des Opfers zur Erstreitung einer Entschädigungssumme das Armenrecht zu verschaffen. Die bezüglichen Verhandlungen seien noch nicht abgeschlossen.

Alien.

Chinesische Kriegslegenden.

Die der „Frankf. Jtg.“ aus Shanghai gemeldet wird, verbreitet die Regierung zur Erhöhung ihrer Autorität allerhand Legenden über den Verlauf des Krieges. Daß die Mächte Seling und Tientsin besetzt hatten, kann sie nicht gut leugnen, aber sie führt die Nennung des Landes auf die Schwäche der Mächte zurück, die das occupierte Gebiet auf die Dauer nicht besetzt zu halten vermocht hätten. Die Entsendung der Truppen in Peking werde nicht auf die betreffende Bestimmung des Friedensvertrages zurückgeführt, sondern auf die — Einräumung der großen Opamankalle. Die Flucht des Hofes nach Sincanfu werde zu einer Inspektionsreise umgelogen. Man sieht, die Mandarins-Dynastie steht im Verbreiten von Geschichtslegenden hinter europäischen Dynastien nicht zurück. Der Korrespondent des „Frankfurter Blattes“ berichtet, daß diese Legenden auch unter Millionen Sincanfu fänden, was freilich den moralischen Eindruck, den der Sühnekrieg noch auf Jahrhunderte hinaus im himmlischen Reiche erwecken sollte, bedeutend abschwächt. Das Hinschlachten der paar-malshunderttausend Opfer hätte also seinen Zweck verfehlt.

Amerika.

Die Union als Friedensschlichter. Aus Colon wird vom 29. November gemeldet: Kapitän Perry, der Kommandant des amerikanischen Kriegsschiffes „Towa“ und Dr. Alban sind hier in einem Panzerzuge angekommen. Sie hatten sofort eine Besprechung mit den Kapitänen der fremden Kriegsschiffe und den Führern der Liberalen an Bord des amerikanischen Kanonenbootes „Mortera“. Man einigte sich dahin, daß die zwischen Colon und Sincanfu stehenden Truppen der Liberalen sich ergeben sollten, wogegen ihnen Leben und Freiheit verbürgt wird. — Die fremden Kriegsschiffe werden heute abend oder morgen eine starke Truppenmacht hergeben, um die Ordnung in der Stadt aufrecht zu erhalten.

Partei-Nachrichten.

Zur Wahlbewegung im Kreise Wittenberg-Schweinitz. Unsere Genossen haben am vergangenen Sonntag die Agitation mit der Verbreitung eines Flugblattes (25 000 Exemplare) begonnen. Das Flugblatt beschäftigt sich zunächst mit dem drohenden Ver-

wücher und der Wichtigkeit des Abschlusses der Handelsverträge. Es zeigt die Stellung der Konservativen zu diesen Fragen, weist darauf hin, daß auch vom Freisinn eine durchgreifende Hilfe für das Volk nicht zu erwarten ist, schließend mit einer kurzen Vorstellung dessen, was die Socialdemokratie zu diesen Dingen den Wählern zu sagen hat. Das Flugblatt ist im allgemeinen sehr gut aufgenommen worden — einige Fanatiker, die die Parteivertheiler mit Beleidigungen reagieren, werden sich ja immer finden. Mit der Verteilung an einem Sonntag in dem weit ausgedehnten Kreise fertig zu werden, ist nicht möglich. Es wurde also im Laufe der Woche und kommenden Sonntag Fortsetzung gemacht, und da, wo das Flugblatt „Verheerung des Hungers“ noch nicht verbreitet ist, dieses mitgenommen.

Die mündliche Agitation ist nur zu sehr beschränkt. Bis jetzt ist im ganzen Kreise noch kein einziger Saal mit Sicherheit zu haben! In der Versammlung, welche die „Liberalen“ zur Aufstellung ihres Kandidaten Dr. Barth in Wittenberg abhielten, sind unsere Genossen ebenfalls zu Wort gekommen, und daher wird es auch für die Zukunft sein Verwenden dabei haben, daß wir die gegnerischen Versammlungen benutzen, denn der eine „Saal“, der in ziemlich sichere Aussicht steht, ist — die Privatwohnung eines Wädelmeisters! Unser Kandidat, Genosse Koptlad, hat erst ein einziges Mal sprechen können, und das war im — Rathausaale des Städtchens Jagna zu dem Punkt „Verschiedenes“, in einer Versammlung, die zur Beratung kommunaler Angelegenheiten einberufen war. Zu anderen Dingen ist auch in Jagna kein Saal zu haben. Darüber, daß die „Koten“ das Rathaus „entweicht“ haben, herrscht bei den Gegnern blinde Wut, bei uns eitel Freude.

Es wird nun noch ein zweites Flugblatt folgen und die Vermählungen, Säle zu erlangen, werden fortgesetzt. Trotz aller dieser großen Hindernisse hoffen wir auf einen bedeutenden Erfolg. Mögen unsere Genossen nur ihre Kräfte zur Verfügung stellen, ganz gleich, ob sie im Kreise oder außerhalb desselben wohnen!

Totenliste der Partei. Zwei alte Wirtkämpfer sind der Partei wieder entzogen worden: in Leipzig der Genosse Gustav Gaudig und in Dresden der Steinweg Genosse Georg Pau. Beide haben jahrelang ihre besten Kräfte in den Dienst der Partei gestellt. Pau erlag der Verurteilung der Steinwegers, der Lungenschwindsucht, und Gaudig einem schweren Nervenleiden.

Beide Verstorbene haben Anspruch auf das dauernde Gedenden der Parteigenossen.

Als Landtags-Kandidat für Pforzheim (Ersatzwahl für Oppficus) wurde Genosse Adolf Ged vom socialdemokratischen Verein aufgestellt.

Die Angst vor der Socialdemokratie. Rann sind in Krimmischau (Sachsen) einige Socialdemokraten ins Stadtverordneten-Kollegium gewählt worden, so kommt auch schon ein Antrag auf Aenderung des Wahlrechts. Es soll sofort das schon bestehende Privilegien-Wahlrecht noch mehr eingeschränkt werden. Andre Mittel als polizeiliche Verdrängungen und Rechtslosmachung des Volkes hat man nicht mehr gegen die Socialdemokratie. — Die beabsichtigte Entziehung der Arbeiter Krimmischau wird schnell genug „Geheh“ sein.

Polizeiliches, Gerichtliches u. s. w.

Zu unnütze Kosten stürzt sich die Amtshauptmannschaft Auerbach (Sachsen) stets für socialdemokratische Versammlungen in Klingenthal-Grundbüra. Sie schickt dazu aus Auerbach nicht weniger wie drei Beamte, die allem 7 M. Fahrgeld brauchen. Dann müssen sie übermächtig, weil wenig Plätze verkehren, so daß die Kosten einer solchen Versammlungsüberwachung stets gegen 30 M. betragen.

Könnte das Geld nicht nützlicher angewendet werden wie zu solcher überflüssigen Staatsrettungsdaktion?

Die verehrliche sächsische Amtshauptmannschaft sollte sich den Amtsvorsteher in Krimmischau bei Gumbinnen zum Muster nehmen. Ihm verurtheilt es schwere Sorge, daß in einer Versammlung, die ein Parteigenosse kürzlich bei ihm anmeldete, etwa 1000 Umsitzer getrieben werden könnte. In seiner Verurtheilung bemerkte ihm der Anmelde, daß ja wohl ein Gendarm anwesend sein werde, der den Umsitzer schon verhindern würde.

„Ein Gendarm? Wer sollte denn den schämen?“
„Nun, ich denke, Sie, Herr Amtsvorsteher?“
„Ach? Ich schäme keinen. Wenn Sie einen brauchen, dann gehen Sie nur selbst hin und bitten ihn, daß er kommt!“
Natürlich brauchte der Einberufer keinen und so wurden die Kosten gänzlich gespart. Umsitzer gab's auch nicht.

Aus Industrie und Handel.

Ueber den Beschäftigungsgrad im rheinisch-westfälischen Industriegebiet geht uns folgende Uebersicht zu: Die Arbeiterentlassungen begannen am frühesten im Eisengewerbe; die großen Betriebe haben bis zu 10 Proz. ihrer Arbeiter entlassen. Auf der Dortmunder Union waren z. B. am 30. Juni 1900: 12412, dagegen zur nämlichen Zeit dieses Jahres nur noch 9829 Mann beschäftigt. Die Abnahme beträgt bei diesem ein Werk also nicht weniger als 2583 Personen, was einer Bevölkerung von mindestens 6—7000 Köpfen entspricht. Auf dem Halber Schahworf ist die Zahl der Arbeiter von 942 Ende Juni 1900 auf 854 gesunken. Vereinzelt Zählungen von Gewerkschaften über den Rückgang der Beschäftigten haben ergeben, daß ganz besonders in den Betrieben der Maschinenfabrikation die Zahl der Entlassungen erheblich war. So war z. B. in Barmer die Zahl der in solchen Betrieben beschäftigten Arbeiter im Juli 1900: 800, dagegen ein Jahr später nur noch 590. Viel später erst legten die Entlassungen im Bergbau ein, ja anfänglich war es vielfach noch möglich, daß die im Eisengewerbe entlassenen Arbeiter noch bis ins 1. Quartal dieses Jahres hinein im Bergbau Unterkunft fanden. Trotz der Produktionsbeschränkung im Kohlenbergbau hat nämlich die Zahl der Gesamtbeschäftigten im Oberbergamtsbezirk Dortmund gegenüber 1900 noch zugenommen. Im Jahresmittel 1900 waren in diesem Bezirk 220 031 Bergarbeiter beschäftigt, im 1. Viertel dieses Jahres aber 235 888 und auch im 2. Quartal waren noch immer 234 314 Bergarbeiter thätig. Die Abnahme vom 1. auf das 2. Quartal entspringt fast ausschließlich auf die nördlichen Kreiere des Oberbergamtsbezirks. Diese Zunahme der Bergarbeiter noch im Laufe des Jahres hat bei der fortgesetzten steigenden Förderbeschränkung der Begeben die Einlegung von Feierschichten zur Folge gehabt. Ja, in Bergarbeiter-Versammlungen wird sogar behauptet, daß auf der einen Seite vereinzelt noch Ueberschichten verfahren würden, während in anderer Teil der Bergleute durch die steigende Zahl der Feierschichten in ihrem Verdienst erheblich geschmälert würde. In allerjüngster Zeit sind nördliche Feierschichten die Regel geworden. Daneben nehmen die Lohnrücklagen wie auch die Entlassungen erheblich zu. Das Kruppische Establishment in Essen, das von der Krise fast in Willkürhaftigkeit gezogen wurde, hat durch Austräge aus dem Auslande eine Verringerung seines Beschäftigungsgrades erfahren; doch war diese Verringerung nur vorübergehend, und sowohl in den Kruppischen Betrieben, als in den Hütten und in den Werkstätten vermindert sich nunmehr wieder der Bestand der Beschäftigten. Obwohl das Textilgewerbe in Rheinland-Westfalen der Bedeutung von Bergbau, Hütten- und Eisenindustrie nachsteht, so muß doch hervorgehoben werden, daß auch hier die Beschäftigungsverhältnisse fortgesetzt zurückgehen. In einzelnen Gegenden, wie z. B. in Düsseldorf, sind die Löhne derart herabgesunken, daß sogar ältere Arbeiter, die 15 bis 20 Jahre auf einem und demselben Werk beschäftigt waren, lieber kündigten, als zu den gedrückten Löhnen weiter arbeiteten. Unter diesen ungünstigen Erwerbsverhältnissen ist es natürlich, daß die Arbeitskräfte in den Industriezentren, soweit sie nicht dauernd sich schon angesiedelt und einen Haushalt begründet haben, die Städte ihrer letzten Thätigkeit verlassen. Trotzdem bleibt aber die Zahl der Unbeschäftigten noch immer stark und nimmt von Woche zu Woche zu. Das merken vor allem die Krankenkassen, die in steigendem Grade in Anspruch genommen werden. Auch die

Arbeitslosen-Unterstützung zahlenden Gewerkschaften haben von Quartal zu Quartal höhere Leistungen zu erfüllen. Vom 3. Quartal 1900 ab bis zum 2. Quartal 1901 zahlte z. B. die Barmer Zastelle des Metallarbeiter-Verbandes folgende Summen:

1. Quartal 1901	2. Quartal 1901
12,85	262,24
748,67	877,20 Mark.

Reue Anleihen. Wie die „Frankf. Jtg.“ zu berichten weiß, steht die Begebung einer neuen Reichsanleihe für die ersten Monate des neuen Jahres in Aussicht. Der Geldbedarf ist durch die vermehrten Einnahmen dringender geworden und der Bedarf des Reiches an Geld drückt sich in den hohen Ausgaben von Schatzanweisungen aus, die bei der letzten Wochenübersicht der Reichsbank bemerkbar war. Voraussetzliche wird dann auch Versehen seinen Geldbedarf zu gleicher Zeit decken, nachdem die Ueberschüsse es ermöglichten, länger als ein Jahr hindurch von der Aufnahme einer neuen Anleihe abzusehen. Ueber die Verwertung der China-Anleihe hat man noch keinerlei Verhandlungen gepflogen; wie es scheint, will man damit noch geraume Zeit warten.

Verfehlte Spekulation. Die Aussicht, die städtische Verwaltung in Nürnberg werde die Nürnberg-Fürther Straßenbahn in Besitz nehmen, hatte eine starke Kurssteigerung hervorgerufen. Die unheimlichen Gerüchte waren in Umlauf gesetzt, man behauptete, die Stadt werde die Aktien zum Kurse von 200 in Besitz nehmen. Der Kurs stieg deshalb schnell auf 180, bis man offiziell mitgeteilt wird, die Stadt verzichte auf den Ankauf. Sofort ging der Kurs auf 174,50 zurück. Und auch diese Höhe wird er kaum behaupten können. Aber eins ist erreicht. Die Macher der Kurssteigerung haben Zeit und Gelegenheit gehabt, ihre Aktien zu dem erhöhten Preise loszuwerden. — Rann ist dieses Börsenmanöver zu einem glücklichen Abschluß geführt, so wird auch schon ein neuer Schwindel in Scene gesetzt. So ganz unmaßgeblich und nebenbei wurde im „Fr. Kur.“ der Vorschlag gemacht, die Stadt möge ihre neuen Aktien mit der Ludwigsbahn fusionieren bezw. die Ludwigsbahn kaufen. Auch hier schnellten die Aktien der Ludwigsbahn rapide in die Höhe. Das eben bei der Nürnberg-Fürther Straßenbahn in die Brüche gegangene Spiel wird bei der Ludwigsbahn mit gleich großem Erfolge wiederholt. Die „Großen“ lachen sich ins Häuschen, bei den kleinen Kapitalisten ist Heulen und Zähneklappern das Ende.

Deutschlands Rohstoffenerzeugung. Nach den statistischen Ermittlungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller belief sich die Rohstoffenerzeugung des Deutschen Reiches (einschließlich Preussens) im Oktober 1901 auf 645 127 Tonnen. Die Erzeugung im September 1901 betrug 625 220 Tonnen, im Oktober 1900 742 720 Tonnen. Vom 1. Januar bis 31. Oktober 1901 wurden hergestellt 6 516 996 Tonnen gegen 6 602 034 Tonnen im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Die Staatsaufsicht der preussischen Hypothekendarlehen soll nach einem Erlaß des Landwirtschaftsministers verschärft werden. Durchgeführt wird zunächst die Vermehrung der Bankinspektoren, dann soll die Aufsichtsbehörde an Stelle der jährlichen Verleihungszeugnisse vierteljährlich ein Verzeichnis einreichen werden. Der Geschäftsbetrieb soll von Zeit zu Zeit, mindestens aber alle zwei Jahre, einer eingehenden Revision unterworfen werden. Sodann soll über die Verleihung der Grundstücke, deren Eigentümer, Verkauf derselben usw., genaue Auskunft an die Aufsichtsbehörde erteilt werden.

Der auswärtige Handel der Schweiz betrug in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres in der Ausfuhr 612,16 Millionen Franken gegen 609,84 Mill. in der gleichen Zeit des Vorjahres, also um ca. 2 1/2 Mill. mehr, in der Einfuhr 706,09 gegen 818,13, um 22 Mill. weniger. Bezüglich der Ausfuhr ist bemerkenswert die Steigerung des Exports an londenfester Milch von 20,10 auf 21,88 Mill., die auf England bezw. Südafrika entfällt und bereits einen Mangel in der Schweiz bewirkt hat.

Schwedens Entwicklung zum Industriestaat. Nach der offiziellen Statistik lebten im Jahre 1899 von der 5 097 000 Personen betragenden Bevölkerung Schwedens 2 843 000 von Landwirtschaft und Fischerei, 1 961 000 von industrieller Thätigkeit, 528 000 von Handel und Transport und 365 000 werden als im Dienste der Allgemeinheit thätig bezeichnet. — Im Jahre 1870 wurde die von industrieller Thätigkeit aller Art und vom Handwerk lebende Bevölkerung auf 618 000 Personen berechnet, oder 14,7 Proz. der Gesamtbewölkerung; 1899 war die Zahl auf 1 361 000 angewachsen, gleich 26,7 Proz. der Bevölkerung. Die von der Landwirtschaft lebende Bevölkerung machte 1870 noch 71,9 Proz. der gesamten Volksmenge aus, war dagegen 1899 auf 55,8 Proz. gesunken.

Aus der Frauenbewegung.

Auch die Dienstbotenfrage wird, wie man behauptet, schon durch die Krise stark beeinflusst. Der Mangel an Arbeitssuchenden habe aufgehört, ihre Zahl wachse zusehends. Diese betrübende Thatsache kann vielleicht die gute Folge haben, daß eine größere Zahl von Dienenden sich findet, welche an den Bestrebungen zur Hebung ihrer Lage regen Anteil nehmen. In dem Verein von Dienstherren und Dienstangestellten wächst die Mitgliederzahl der Letzteren zusehends, und die Vereins-Versammlung in der Steglitzerstraße am 28. November war sehr zahlreich besucht. Frau Wally Fepler sprach über den Wert der Organisation, mit Bezug auf die besondern Verhältnisse der Dienstboten, welche ihr spätes Eintreten in die allgemeine Bewegung erklären. Die lange Zeit der fast ausschließlichen Dienstbarkeit, aus der ehemaligen Hörigkeit und Sklaverei hervorgegangen, die gewohnte Unterwürfigkeit in Wort und That macht es dieser Klasse doppelt schwer, ihre Ansprüche zu verfechten. Die Abschaffung der veralteten Befindeordnung sei kein Ziel, kaum ein Anfang für eine große Bewegung, die sich würdig den andern befreienden Arbeiterorganisationen zur Seite stellen soll. Die Abschaffung aller der zahlreichen Anstände, unter denen die häuslichen Bediensteten leiden, die teilweise wahrhaft grauenhaften Zustände, welche sich in der häuslichen Stille und Enge verstreuen, ist die nächste Aufgabe der Organisation, welche nicht eifrig genug gepflegt werden kann. An ihr ist es dann, die rasche Agitation zu entfalten, deren Erfolge dem Verein stets neue einflussreiche Mitglieder zuführen werde. Da jede Organisation nur durch die imponierende Zahl der entschlossenen Anhänger wirken kann, ist die Anwerbung dieser Kampfgenossen Pflicht aller derer, welche dieser sozialen Not ein Ende machen wollen. Auf eine höhere Stufe wird der dienende Stand gehoben werden, wenn die unbegrenzte persönliche Dienstbarkeit aufgehört, die einem fortschrittlichen sozialen Empfinden nicht entspricht. Eine nach Tagen und Stunden bezahlte Lohnarbeit, wie sie in verwandten Verufen schon gebräuchlich ist, würde eine sehr günstige Wirkung ausüben. Wenn auch über den weitergehenden Forderungen die Einigkeit zwischen Herrschaften und Dienenden in die Wege gehen müssen, so sei das kein Grund, nicht alle Hebel anzusetzen zur Erreichung des erstrebten Zieles — ein menschenwürdiges Dasein sich zu erlangen.

Die Diskussion brachte kaum mehr als eine Ergänzung des Referats durch zustimmende Mitteilungen; etwaige Gegenrinnen behielten, nach dem enthusiastischen Verlauf, welcher der Rede folgte, ihre Ansicht für sich. Die Vorsitzende, Frau Helga Dantsch, betonte die notwendige Hilfe der Gesetzgebung, zunächst für folgende drei Punkte: Abschaffung der Gesinde-Ordnung, Entschärfung von Straftatbeständen zwischen Herrschaft und Dienern durch das Gewerbegericht, obligatorische Fortbildungsschule für Mädchen. Lebhaftige Klagen mit passenden Beispielen aus der Praxis, gegen die Unvernunft mancher Herrschaften folgten; die Frage, ob Selbsthilfe oder Staatshilfe, wurde zu Ungunsten der letzteren beurteilt. Ein Mädchen rief mit untrüger Ueberzeugung: Wir haben geschlafen, jetzt sind wir aufgewacht! Alle Stimmen waren einig in der Forderung thätigen Zusammenlebens. Im Schlußwort erklärte die Referentin, daß Selbsthilfe und Staatshilfe durch Gesetzgebung sich nicht widersprechen, sondern sich notwendig ergänzen; ist doch das geforderte Gesetz nichts als der Ausdruck des Willens der Organisation. So schließt sich das

Woll mit Bewußtsein die notwendige Grundlage zur Weiterentwicklung der gegenwärtigen Verhältnisse, zur Herbeiführung höherer Formen des Daseins.

Im Frauen- und Mädchen-Bildungsverein Nixdorf findet am 2. Dezember, abends 8 Uhr, bei Mercier, Steinmehlestr. 113, eine Versammlung statt. Referat wird in der Versammlung bekannt gegeben. Es wird gebeten, das Mitgliedsbuch mitzubringen. Der Vorstand.

Gewerkschaftliches.

Verlust und Umgebung.

An die organisierte Arbeiterschaft Berlin und der Vororte!
Kaum sechs Monate sind ins Land gegangen, seit die wirtschaftlich am schlechtesten gestellte Berufsgruppe der Arbeiter in den Kampf zog zur Verbesserung ihrer erbärmlichen Lebenslage. Die rückständigste Arbeiterschaft gegen sich, die, ohnehin gut organisiert, jede Regung ihrer Arbeiter in blinde Wut versetzte und die alles aufbot, diese mündlos zu machen. Jedoch die glänzende bewiesene Solidarität der Klassenkämpfer machte die Anstrengungen der Reiter zu nichts. Die Strafe sollte jedoch nicht ausbleiben. Nicht im offenen Kampfe, sondern hinterhinein, falsche Verleumdungen, Entlassungen von organisierten Gehilfen und Anstellung unorganisierter von auswärtig herbeigeholter Arbeitskräfte, die unter dem Vorwand Einigungsamt vereinbarten Tarif arbeiten. Das waren und sind die Mittel, mit denen man den Gehilfen entgegentrat. Um nun den Arbeitern eine Kontrolle zu geben, wo die Forderungen der Gehilfen bewilligt sind, führten diese die grüne Kontrollkarte ein. Wir erlauben daher die Arbeiterschaft, bei Inanspruchnahme von Barbiergehäften nach der Karte zu fragen (48. Woche muß gestempelt oder mit Marke besetzt sein). Nur wo der Gehilfe im Besitze dieser Karte ist, sind die Forderungen bewilligt. (Vom 2. Dezember ab ist die Karte gelb.)
Die Lohnkommission der Barbier.
Paul Lieve, Rosenhalestraße 57.

Achtung! Delegierte der Anwaltskasse! Am Montagabend 8 1/2 Uhr findet die Generalversammlung und Neuwahl der auscheidenden Vorstandsmitglieder bei Buske, Grenadierstr. 33, statt. Von Seiten einer hiesigen größeren Versicherungsgesellschaft wird alles Mögliche versucht, um sich der Leitung der Kasse zu bemächtigen und die Vorstandsmänner mit den ihr genehmen Personen zu besetzen. An alle Delegierten der Anwaltskasse ergibt deshalb die dringende Mahnung, vollständig und pünktlich zur Stelle zu sein und für die Liste der Bureauangestellten-Organisation zu stimmen.

Deutsches Reich.

Der Zentralrat der deutschen Gewerkschaften (Hirsch-Duisend) hat dem Reichstage und gleichzeitig auch dem Bundesrat eine Petition eingereicht, in der um Untersagung bzw. Einschränkung der gewerblichen Nachtarbeit erklart wird. Die Forderungen zielen im wesentlichen in unbedingten Verbot der Nachtarbeit für Kinder unter 14 Jahren und für Arbeiterinnen jeglichen Alters. Das prinzipielle Verbot der Nachtarbeit soll für jugendliche Arbeiter vom 16. auf das 18. Lebensjahr ausgedehnt werden. Die Vorschrift, daß Tag- und Nachtschicht wöchentlich, mindestens aber vierzehntägig wechseln müssen, soll auch auf erwachsene Arbeiter ausgedehnt werden. Die Nachtarbeit soll acht Stunden auch für erwachsene männliche Arbeiter nicht überschreiten. — Zur Begründung bezieht sich die Petition auf den Bericht über „Das Verbot der Nachtarbeit“, welchen der Verbandsanwalt Dr. Max Hirsch an den Internationalen Kongreß für gesetzliche Arbeiterschaft erstattet hat.

Der Vorkott — kein „grober Unfug!“ Die Firma C. E. Käppler, Verlegerin des amtlichen Kreisblattes in Dortmund, stellte an die bei ihr beschäftigten organisierten Buchdrucker das Ansuchen, aus dem Verbandsausgängen, widrigenfalls ihnen die Kündigung bevorstehe. Mit diesem Angriff auf das Koalitionsrecht befahte sich eine Versammlung in Dortmund, in der auch die Buchdrucker Gasse und Bäumgen als Redner auftraten. Beide forderten in verblühter Weise die Anwesenden auf, sowohl das Abkommen auf die in obigen Verlage erscheinende „Dortmund. Ztg.“ aufzugeben als auch bei den Inserenten derselben nicht zu kaufen. Dafür wurden beide vom Schöffengericht in Dortmund zu je 60 Mark Geldstrafe oder 30 Tagen Haft verurteilt. In der Urteilsbegründung heißt es unter anderem:

„Die Angeklagten haben hierdurch ohne Zweifel öffentlich den Vorkott gegen die „Dortmund. Ztg.“ sowie deren Inserenten proklamiert. Daß diese Aufforderung zum Vorkott, zumal sie von einer 300 Personen starken Versammlung mit großem Beifall ausgenommen, geeignet war, die Inserenten der „Dortmund. Ztg.“ in Aufregung zu versetzen, mithin die Ordnung eines Kreises von Personen zu gefährden, kann nicht zweifelhaft sein. Dieses genügt aber bereits zum Teilbestand des großen Unfugs gemäß § 300 11 Str.-G.-B. Keineswegs wird hierzu erfordert, daß der Eintritt dieser Störung zu dem Fall nachgewiesen werden muß.“

Gegen dieses Erkenntnis legten die Angeklagten Berufung ein, so daß sich dieser Tage auch die Strafkammer in Dortmund mit der Angelegenheit zu befassen hatte. Die Verhandlung war nur von kurzer Dauer. Der Verteidiger der Angeklagten, Rechtsanwalt Kohn aus Dortmund, führte aus: Die Angeklagten hätten nur ihre Rechte als Mitglieder des Verbandes deutscher Buchdrucker gewahrt. Wenn nötig ist weiter niemand worden, wie die Inhaber der Firma Käppler. Aus einem großen Unfug müsse ein physisches Mißbehagen der Betroffenen hervorgehen sein. Daß dies hier nicht der Fall. Die Inserenten hätten sich durchaus nicht beunruhigt fühlen können. Das Gericht schloß sich dem an und sprach beide Angeklagte kostenlos frei, da es die Voraussetzung des großen Unfugs nicht habe in den Reden der beiden Angeklagten finden können.

Der Vorkott, der schon Tausende von Malen „grober Unfug“ war, ist nun also bis zum nächsten Male kein „grober Unfug“; doch dagegen wollen wir nichts einwenden, weil es in ganz unserer Meinung ist. Aber auf eine charakteristische Nachlässigkeit in dem Prozeß müssen wir noch hinweisen: Demselben öffentlichen Kullager, der in der verblühten Aufforderung der beiden Angeklagten zum Vorkott einen strafbaren „groben Unfug“ sah, kam es nicht zum Bewußtsein, daß logischerweise doch in der ganz unverbildeten Vorkottierung einer nach Tausenden von Mitgliedern zählenden Organisation seitens der Verlagfirma Käppler auch ein strafbarer Unfug vorliegen müßte. Mit völlig ehrlich geminderter Entrüstung fiel er über die kleinen Sünder her, um die großen vor ihren Angriffen zu schützen. Aus solchen Fällen erfährt man, wie ohne bewußte Rechtsbeugung, lediglich als Produkt gesellschaftlicher Vorurteile, jene Klassenjustiz zu Stande kommt, unter der die Arbeiterschaft so zu leiden hat.

Die Lohnfunktionen in der Metallbranche zu Offenbach a. M. scheinen mehr um sich zu greifen, nachdem die Fahrradfabrik von Gebr. Giese den Anfang gemacht. In den letzten Tagen wurden in der Hütelwaren-Fabrik von E. Th. Hinkel Abzüge bis zu 50 Prozent vorgenommen. Dies war auch nur möglich, weil der größte Teil der dort Beschäftigten nicht organisiert ist. Die von diesen Abzügen Betroffenen sind dagegen bei der Fabrikleitung schriftlich vorstellig geworden, jedoch hat man bis jetzt von einer Antwort noch nichts gehört. — In der Leitung der Fabrik von Gebr. Giese scheint man nun doch angesichts der Einigkeit der Streikenden zu anderer Ansicht gekommen zu sein, denn am Donnerstag vor diese das Gewerbeamt als Einigungsamt an, nachdem sie vorher noch alle Vermittlungsversuche von Seiten der Metallarbeiter-Organisation völlig ignoriert hatte. In den nächsten Tagen wird jedenfalls das Offenbacher Gewerbeamt in dieser Angelegenheit eine Entscheidung fällen, da auch die Streikenden wohl bestimmt auch das Einigungsamt annehmen werden.

Ausland.

Der Gasarbeiterstreik in Mailand dauert fort. Die Elektrizitätsarbeiter wollen mit den Streikenden gemeinsame Sache machen, ein Teil derselben hat bereits die Arbeit eingestellt. Viele industrielle Betriebe mühen die Arbeit einzustellen, weil die Motoren nicht in Funktion treten konnten.

Versammlungen.

Für den 32. Kommunal-Wahlbezirk, wo bekanntlich wegen der Doppelwahl des Genossen Karl Liebnecht eine Nachwahl erforderlich ist, fand am Donnerstag in der Brunnenstr. 34 eine gut besuchte Wählerversammlung statt. In wirkungsvoller Rede erörterte Genosse Liebnecht die sozialen Aufgaben der Gemeindevvertretung und legte dar, daß die Freiwahligen nicht im Stande sind, diese Aufgaben zu erfüllen. Wenn auch unsere Parteigenossen im 32. Bezirk nicht mit einem Gegner zu kämpfen haben und der Sieg ihnen sicher ist, so gelte es doch, womöglich mit einer größeren Stimmenzahl als bei der Hauptwahl unseren Kandidaten zum Siege zu bringen, um durch die Wucht einer großen Zahl sozialdemokratischer Stimmen Protest einzulegen gegen das in der Politik herrschende System und gegen die schwächliche Haltung des Freistums gegenüber der Regierung in kommunalen Angelegenheiten. — Den Ausführungen Liebnechts schloß sich Genosse Karl Leid an, worauf ihn die Versammlung, dem Vorschlage des Wahlkomitees gemäß, als Kandidaten für den 32. Bezirk proklamierte.

Eine Mitgliederversammlung des Verbandes der Tapezierer tagte am 25. November im Gewerkschaftshaus. Nachdem Genosse Rosenow einen mit vielem Beifall aufgenommenen Vortrag über den deutschen Bauernkrieg gehalten hatte, erstattete Leo Schmidt Bericht über die Gaukonferenz. Die Versammlung war der Meinung, daß es im gewerkschaftlichen Interesse und um erfolgreich arbeiten zu können, notwendig sei, den Sitz des Gauvorstandes in Berlin zu belassen. Auch von einer Teilung des Gaues müsse zur Zeit abgesehen werden. Als Delegierte zur Gaukonferenz in Bromberg wurden Wels und Bönnicke gewählt, als Schriftführer für den Gauvorstand Lüd. Nachdem die Abrechnung vom Stiftungsfest gegeben, teilte Wels als Ergebnis der Sitzung der Abzweiger-Kommission mit, daß dieselbe mit 10 gegen 2 Stimmen entschieden haben, Kollege Schiffer von der Firma J. C. Pfaff sei als gemahregelt zu betrachten. Betreffend des Kollegen Konrad von der Firma Fort u. Kreschmar hat die Ortsverwaltung mit allen gegen 1 Stimme den Verfallsbeschluss der Kollegen dieser Firma zu ihrem eignen gemacht und ist auch dieser Kollege als gemahregelt zu betrachten.

Der Verband des technischen Bühnenpersonals hielt am Sonnabend, den 23. d. Mts., seine Mitgliederversammlung ab. In derselben erstattete die Agitationskommission ihren Jahresbericht. Es haben 51 Sitzungen und Theaterveranstaltungen stattgefunden. Auch mit den auswärtigen Kollegen trat die Kommission in Verbindung, die Breslauer Kollegen schlossen sich dem Verband daraufhin an. Auch mit den Stettiner Kollegen wurde eine Verständigung versucht, jedoch bis jetzt ohne Erfolg. 1500 Flugblätter wurden verteilt und 1000 Handzettel. Die eingekaufte Agitationsmarke a 10 Pf. ergaben eine Einnahme von 62,10 M. Die Ausgaben betragen 53,45 M., verbleibt ein Bestand von 8,65 M. Darauf fand die Ersatzwahl des zweiten Vorsitzenden statt. Ein Kollege wurde in die Agitationskommission gewählt. Ein Antrag, daß arbeitslose Kollegen, die sich in drei Tagen nicht wieder im Arbeitsnachweis schriftlich oder mündlich gemeldet haben, ohne weiteres aus der Liste der Arbeitslosen zu streichen seien, wurde angenommen.

Nixdorf. Am Freitag, den 22. d. Mts., fand bei Mercier eine Versammlung des Nixdorfer Gewerkschafts-Kartells statt. Buchdrucker Baath erstattete Bericht über die vom 23. bis 28. September d. J. stattgefundenen Tarifverhandlungen der Buchdrucker; er ist der Meinung, daß die Buchdrucker Deutschlands mit den Erfolgen, die dort erzielt wurden, zufrieden sein können. In der Diskussion tadelten die meisten Redner die Beteiligung der Gehilfenvertreter an der Ablehnung des bekannten Telegramms. Sodann gab der Delegierte der Barbier Bericht über den augenblicklichen Stand der Bewegung im Barbiergehäfte; das Kartell nahm Kenntnis davon. Hierauf wurde von Seiten des Obmanns die Arbeitslosenfrage angetagt und wurde nach lebhafter Diskussion ein Antrag angenommen, am 15. Dezember eine Arbeitslosen-Zählung von Haus zu Haus per Zählkarte vorzunehmen. Vorher wird noch ein diesbezügliches Flugblatt verbreitet. Geheft haben die Vertreter der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter, Gastwirtsgehilfen und städtischen Arbeiter.

Humanitäre Gemeinde, Niedervallstr. 12, in der Aula der Friedrich-Werderschen Ober-Realschule. Nächsten Sonntagvormittag 10 1/2 Uhr, Herr Dr. Rudolf Benzig: Stenographischer Vortrag des Vortragsschreibers: „Das Vaterland.“ 7. Erlösung. Damen und Herren haben freien Zutritt.
Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, 1. Dezember, vormittags 9 1/2 Uhr, in der Aula der 68. Gemeindegasse, Kleine Franziskanerstraße 6: Versammlung: Freireligiöse Vorlesung. — Am 10. Uhr, vormittags ebenfalls: Vortrag des Hrn. J. von Ullmann: „Der Tod sterben, lebt nicht, das Leben verachten.“ Soli und Kapell auf dem Parlier Musik-Harmonium. Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

Gerichts-Beilage.

Abermals ein prügelnder Schuhmann. Wegen Vergehens im Amte durch Mißhandlung eines zur Wache Esfirten stand gestern der Schuhmann Heinrich Ellerbrod vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I. In der Nacht zum 21. Mai d. J. wurden der Dachbeder Karl Berndt und der Arbeiter Philippeit wegen Lärmens auf der Straße von dem Angeklagten nach der Wache des 16. Polizeireviere gebracht. Besonders machte Berndt dem Beamten viel zu schaffen. Als er mit Not und Mühe nach dem Bureau gebracht worden war, benahm er sich so ungeduldig, daß er gefesselt werden mußte. Der Angeklagte war durch die Bewältigung des Widerwilligen so erregt geworden, daß er am ganzen Leibe zitterte und außer Stande war, den Vorfall ins Journal einzutragen. An seiner Stelle mußte dies von einem Kollegen besorgt werden. Als dieser mit der Eintragung beschäftigt war, stand der Angeklagte zwischen ihm und dem Gefangenen. Wütend stieß der letztere einen Schmerzschrei aus. Er behauptete dann, daß Ellerbrod ihm ohne jede Veranlassung oder wohl nur, weil er sich für die ihm gemachten Umstände rächen wollte, einen Faustschlag ins Gesicht versetzt habe. Der Mißbilligte Philippeit, der neben Berndt saß, bestätigte dies. Berndt bestand darauf, vom Polizeilientenant vernommen zu werden. Diefem zeigte er, daß ihm ein Vordergahn ausgefallen worden und ihm die Unterlippe geplatzt war. Er blutete heftig. Der Angeklagte Ellerbrod war trotz aller Vorhaltungen des Vorsitzenden nicht zu bewegen, einzuräumen, daß er es an der nötigen Selbstbeherrschung habe fehlen lassen und den Schlag geführt habe. Er behauptete vielmehr, daß der Zeuge während der Fesselung mit dem Gesicht auf den Fußboden gefallen wäre und sich dadurch die Verletzungen zugezogen haben müsse. Als belastend gegen den Angeklagten wurde angeführt, daß derselbe nach dem Vorfall eine Verletzung an dem Knöchel seiner rechten Hand aufzuweisen hatte, die auf den Schlag zurückgeführt wurde, den der Angeklagte gegen den Mund des Gefangenen geführt hatte. Der Beschuldigte behauptete, daß er diese Verletzung schon auf der Straße erdulden haben müsse, er habe sie erst wahrgenommen, nachdem der ganze Anfall erledigt war. Staatsanwalt Hirschfeld hielt es auf Grund der stattgehabten Beweisaufnahme für zweifellos, daß der Angeklagte sich im Sinne der Anklage verhalten habe. Wenn einerseits die Sachgenote bei Ausfertigungen des Publikums entschieden in Schutz genommen würden, so müßten andererseits auch Hebergriffe der Beamten streng geahndet werden. Der Angeklagte habe sich durch sein hartnäckiges Verhalten widerwärtige Umstände verurteilt. Der Staatsanwalt beantragte 3 Monate Gefängnis. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Leonhard Friedmann, führte aus, daß die Möglichkeit, der Angeklagte habe nur fahrlässig gehandelt, keineswegs ausgeschlossen sei, jedenfalls rechtfertigten die begleitenden Umstände die Zubilligung mildernder Umstände.

Der Gerichtshof hielt den Angeklagten für zweifellos überführt, verurteilte ihn mit Rücksicht auf sein hartnäckiges Verhalten die Zubilligung von mildern Umständen und verurteilte ihn zu einer Gefängnisstrafe von 4 Monaten. Auch wurde dem Angeklagten die Fähigkeit abgeprochen, während der Dauer eines Jahres ein öffentliches Amt zu bekleiden.

Ungültige Regierungs-Polizeiverordnung, betreffend die Annahme und Beschäftigung ausländischer Arbeiter. Die in vielen andern Regierungsbezirken ist auch im Regierungsbezirk Magdeburg eine Polizeiverordnung vom Regierungspräsidenten erlassen worden, die die Annahme und Beschäftigung ausländischer Arbeiter ohne behördliche Erlaubnis verbietet. Andre Bestimmungen der Verordnung beziehen sich auf die Anmeldung usw. der beschäftigten ausländischen Arbeiter. Der Richter Heine war in erster Instanz wegen Vergehens gegen die Verordnung zu einer Geldstrafe verurteilt worden, weil er im Winter 1900/1901 russische Polen beschäftigt hatte, ohne die polizeiliche Erlaubnis hierzu zu besorgen. Das Landgericht als Berufungsinstanz sprach ihn jedoch frei und das Kammergericht verwarf die Revision der Staatsanwaltschaft, indem es von folgenden Erwägungen ausging: Soweit die Polizeiverordnung den Arbeitgebern das Beschäftigen und das Beschäftigen ausländischer Arbeiter nur mit polizeilicher Genehmigung gestatten wolle, sei sie rechtswidrig. Mit dieser Genehmigung werde das polizeiliche Verwaltungsrecht überschritten. Die Annahme von Arbeitern gehöre nicht zu den Gegenständen polizeilicher Vorschriften, die in § 6 des Polizeiverwaltungsrechts aufgeführt seien. Auch könne nicht § 6i herangezogen werden, wonach außer den unter 6a bis h aufgeführten Gegenständen der Regelung durch Polizeivorschriften unterliegen: alles andre, was im besondern Interesse der Gemeinden und ihrer Angehörigen polizeilich geordnet werden muß. Mit einem besondern Interesse der Gemeinden im Sinne von § 6i habe man es hier nicht zu thun. Da die Zustimmung, die der Angeklagte übertraten haben solle, rechtswidrig sei, so rechtfertige sich seine Freisprechung. — Den Reklamevorschriften der Polizeiverordnung des Regierungspräsidenten müsse dagegen die Rechtswidrigkeit zugesprochen werden.

Die Gültigkeit der Wahl von sechs Stadtverordneten in Stegitz war von unsren dortigen Parteigenossen wegen verschiedener Unregelmäßigkeiten angefochten worden. Der Bezirksausführer wies aber die Klage ab und legt bei das Ober-Verwaltungsgericht, vor dem Rechtsanwalt Dr. H. Heinemann die Kläger vertrat, die Berufung unserer Genossen verworfen. Begründend wurde ausgeführt: Dem Vertreter der Kläger sei zuzugeden, daß man bei der Wahl nicht ganz richtig verfahren sei. Allerdings habe man bei der Wahl gedruckte Hilfslisten verwenden dürfen. In diesen Hilfslisten müßten aber alle diejenigen Personen bezeichnet sein, welche die offengelegte und dann festgestellte Original-Wählerliste enthalte. Deshalb müsse es als eine erhebliche Unregelmäßigkeit betrachtet werden, wenn die Verwahrung 163 in die Originalliste mit verzeichnete Personen, die zum größten Teil vor der Wahl verzogen waren, in die gedruckten Hilfslisten nicht mit aufgenommen habe. Die Annahme der Verwahrung, daß die verzogenen Personen nicht mitstimmen könnten, sei ein Irrtum. Entscheidend sei die festgestellte Original-Wählerliste; wer darin stehe, könne wählen, selbst wenn er verzogen sei. Ferner sei es nicht richtig gewesen, daß bei der Wahlhandlung die Original-Wählerliste nicht im Besitz des Wahlvorstandes gewesen sei, sondern eine Treppeliste im Stadtkleinerat gelegen habe. Denn wenn jemand die Originalliste zur Zeit der Offenlegung eingesehen und sich seine Nummer gemerkt habe, so müsse er sich im Zweifelsfalle daran berufen können. Der Wahlvorstand müsse dann die Originalliste zur Hand haben und selber auf Grund derselben entscheiden, ob die betreffende Person wählen dürfe oder nicht. Es sei unstatthaft, diese Arbeit auf den Stadtkleinerat abzuschieben, der mit der Originalliste in einem ganz andren Namen stehe. — Es lägen also zwei erhebliche Unregelmäßigkeiten vor. Solche zögen nun aber nicht ohne weiteres die Ungültigkeit der Wahl nach sich, sondern nur dann, wenn zum mindesten die Möglichkeit einer Beeinflussung des Wahlergebnisses stattfände. Dies sei zu verneinen, denn nach einer Berechnung des Senats hätte derjenige der Gewählten, der von diesen die wenigsten Stimmen erhielt, immer noch die absolute Majorität, selbst wenn die in die in den Hilfslisten fehlenden verzogenen Wähler, die nicht stimmten, zu Gunsten der Gegner der Gewählten berücksichtigt würden. Da andre Unregelmäßigkeiten nicht anzunehmen wären, so seien die Wahlen für gültig zu erklären.

Der Boeren-Krieg.

Seht Kitchener?

In einem Brief an seine Schwester erklärt Lord Kitchener, daß er müde sei und das Bedürfnis habe, sich auszurufen. Man schließt hieraus, daß Kitchener demnächst seine Demission geben wird. Wie aus Kapstadt gemeldet wird, ist General Hamilton, der Generalstabschef der Kriegsmarine, daselbst eingetroffen. Derselbe gilt als der Nachfolger Kitcheners.

De Wet Generalinspektor der Boerenarmee.

Nach einer Meldung des „Standard“ aus Brüssel verlautet in Boerenkreisen, daß General De Wet zum Oberinspektor der Boerenarmee ernannt worden sei und daß er jetzt die Streitkräfte der Boeren in allen Distrikten, in denen Kommandos stehen, inspiciere.

Verunglückter englischer Pferdetransport.

Der Transportdampfer „City of Lincoln“, welcher aus Australien mit Pferden nach Kapstadt unterwegs war, wurde vom Unwetter überköpft, von 700 Pferden wurden 200 vom Blitz getötet.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Repräsentantenkammer.

Brüssel, 29. November. (B. Z. W.) Die Kammer nahm eine von der Regierung vorgelegene Regelung der Tagesordnungen an, wonach zunächst das Militärgesetz erledigt und sodann die Beratung des Budgets der „Mittel und Wege“ stattfinden soll. Dann soll ein Antrag auf gerichtliche Verfolgung eines sozialistischen Mitgliedes des Hauses und schließlich die Vorlage betreffend das allgemeine Wahlrecht für Kommunal- und Provinzialräte zur Verhandlung gelangen. — Sodann legte die Kammer die Beratung des Militärgesetzes fort.

Hebergabe Colons.

New York, 29. November. (B. Z. W.) Aus Colon wird telegraphiert: Heute um 11 Uhr vormittags nahmen die Kommandanten der Kriegsschiffe, die von starken Militärabteilungen begleitet waren, die Hebergabe Colons von den Liberalen entgegen und übergaben alsdann die Stadt dem Dr. Alban. Es herrscht vollständige Ruhe.

Frankfurt a. M., 29. November. (B. Z. W.) Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Zürich: Der Stadtbibliothekar Biedermann aus Winterthur hat in einem Boot auf dem See seine Frau, sein Kind und dann sich selbst erschossen. Als Ursache der That wird eine geistige Störung angenommen.

Madrid, 29. Nov. (B. Z. W.) Depuierterkammer. Der Justizminister erklärt, er habe mit dem Vatikan Verhandlungen eingeleitet, um eine Herabminderung des Budgets für die Geistlichkeit zu erlangen. Der Minister fordert die Konservativen auf, die Regierung in dieser Angelegenheit zu unterstützen.

Washington, 29. November. (B. Z. W.) Das Hauptdepartement erhielt von dem Gesandten der Vereinigten Staaten in Bogota die Mitteilung der Notifikation Kolumbiens an Venezuela, daß die diplomatischen Beziehungen abgebrochen seien.

Reichstag.

100. Sitzung vom Freitag, den 29. November 1901, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Bosadowsky. Der Platz des Präsidenten ist aus Anlaß der 100. Sitzung in der laufenden Session mit einem Blumenarrangement geschmückt. Präsident Graf Ballestrem spricht den Schriftführern hier für seinen Dank aus.

Die zweite Lesung der Seemannsordnung wird fortgesetzt. Die Beratung beginnt bei § 33, der von der Arbeitszeit bei Schiffen handelt, die sich im Hafen oder auf der See befinden.

Die Kommissionsfassung sieht in Absatz 1 des § 33 für Schiffleute eine Arbeitszeit von 10 Stunden vor, die nur in dringenden Fällen überschritten werden darf. In den Tropen wird diese Zeit auf acht Stunden beschränkt.

Ein Antrag Dr. Stodmann (Sp.) will in dem letzten Satze hinter „Zeit“ einschließen „soweit es sich nicht ausschließlich um Aufsichtsdienst oder Arbeiten zur Verpflegung und Bedienung der an Bord befindlichen Personen handelt“.

Ein Antrag Albrecht (Soz.) will vor „acht“ das Wort „höchstens“ einschließen.

Weiter bestimmt die Kommissionsfassung im Abs. 1: „Diese Vorschriften finden auf Schiffsoffiziere keine Anwendung.“ Für diese wird eine Ruhezeit von mindestens acht Stunden innerhalb jeder 24 Stunden vorgesehen.

Ein Antrag Dr. Stodmann (Sp.) will diese Bestimmungen als neuen Absatz anfügen und den Anfang ersetzen durch die Worte „die Vorschriften des Abs. 1 usw.“

Der zweite Absatz des § 33 lautet nach den Kommissionsbeschlüssen: „Arbeit, welche über die im Absatz 1 bestimmte Dauer von 10 oder 8 Stunden geleistet wird, ist als Ueberstundenarbeit zu vergüten.“

Ein Antrag Dr. Stodmann (Sp.) will diesem Absatz hinzufügen: „soweit sie nicht zur Verpflegung und Bedienung der an Bord befindlichen Personen zum Seemannsamt des Schiffes oder zur Sicherung des Schiffes in dringender Gefahr erforderlich ist.“

Abg. Meyer (Soz.):

Wir halten die Beschränkung der Arbeitszeit in den Tropen auf 8 Stunden für noch nicht weitgehend genug, daher haben wir unsern Antrag gestellt, sie auf höchstens 8 Stunden zu normieren. Die Arbeit in den Tropen ist eine ganz besonders schwere und ich bitte Sie dringend, unsern Antrag anzunehmen. Die Anträge Stodmann und Albrecht sind nicht besonders bedenklich, bedeuten aber doch für die Mannschaft des Verpflegungsdienstes, die in den Tropen ebenfalls keine leichte Arbeit haben, eine Verschlechterung. Der letzte Antrag Stodmann ist für uns ganz unannehmbar.

Abg. Dr. Stodmann (Sp.): Ich erkenne durchaus an, daß unsere Seeleute einen schweren Dienst haben, wir haben daher auch eine große Reihe von Bestimmungen zu ihrem Schutze in der Seemannsordnung gebracht. In einzelnen Punkten gehen und aber die Beschlüsse der Kommission zu weit, und ich bitte Sie daher, meine einschränkenden Anträge anzunehmen.

Unterstaatssekretär Nothe wendet sich gegen den Antrag Albrecht, der in den Tropen eine Arbeitszeit von „höchstens“ acht Stunden wünscht. Dieser Antrag kann nur meinen, daß durch freie Vereinbarung in dem Schiffsvertrage die Arbeitszeit in den Tropen auch auf weniger als acht Stunden festgesetzt werden kann. Gegen solche freie Vereinbarungen, durch die gesetzliche Bestimmungen umgangen werden, wenden sich sonst die Herren Sozialdemokraten stets selbst. Ich bitte Sie daher, diesen Antrag abzulehnen, die Anträge Stodmann jedoch anzunehmen.

Obg. Ober-Regierungsrat v. d. Sagen befragt, ob die Anträge Stodmann im Interesse der kleinen Reedereien.

Abg. Schwarz-Lübeck (Soz.):

Wir wollen mit unserem Antrag nur vermeiden, daß die Arbeitszeit in den Tropen länger als acht Stunden dauern kann. — Was in dem Antrag Stodmann das Wort „Aussichtsdienst“ bedeuten soll, ist nicht recht klar. — Die Verpflegungsmannschaften haben auf den großen Dampfern oft 16 bis 20 Stunden zu thun, sie werden außerordentlich überanstrengt, daher ist es ganz unangebracht, daß gerade für diese Kategorie von Arbeitern Ausnahmsbedingungen vorgezogen werden. Wenn die Arbeitsteilung in diesem Teile des Schiffes richtig durchgeführt wird, so läßt sich die Arbeit sehr gut in der vorgesehene Zeit bewältigen. Heute ist es häufig so, daß die einen Stewards sich überfordern müssen und nicht wissen, wie sie mit ihrer Arbeit fertig werden sollen, während andre mäßig herauskommen müssen. Ich bitte Sie daher nochmals den Antrag Stodmann abzulehnen.

Abg. Naab (Ant.) wendet sich gegen die Anträge Stodmann und will auch den Antrag Albrecht als überflüssig ablehnen.

Abg. Borgmann (fr. Sp.) wendet sich gleichfalls gegen die Anträge Stodmann, da deren Klassifizierung der Schiffsmannschaft in der Praxis zu Unzutrefflichkeiten führen würde.

Abg. Meyer (Soz.): Der Begriff des Seemannsamtens ist absolut unklar. Die Offiziere sind in dieser Beziehung häufig ganz verschiedener Meinung, als die Mehrzahl der Seeleute. Es ist vorgekommen, daß Seeleute nur allein zum Seemannsamt den ganzen Sonntag über, in der Nacht einige Stunden und auch noch den halben Sonntag herangezogen wurden. Unser Antrag, die Arbeit in den Tropen auf höchstens 8 Stunden festzusetzen, entspricht vielfach an uns gelangten Klagen der Mannschaft über die Anstrengung in den Tropen. Wir halten für so wichtig, daß die Beschlüsse der Kommission in diesem Falle aufrechterhalten werden, daß wir bei Annahme der Anträge Stodmann gegen das ganze Gesetz stimmen werden. (Weilfall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Kirch (C.): Wir lehnen zwar den Antrag Albrecht ab, sind aber der Meinung, daß schon die Fassung der Kommission eine längere als eine achtstündige Arbeitszeit in den Tropen im allgemeinen verbietet. Von den Anträgen Stodmann können wir nur dem letzten und auch diesem nur in dem Teile zustimmen, der sich auf die Rettung aus Seefahrt bezieht.

Abg. Frese (fr. Sp.) erklärt sich für den Antrag Stodmann, da der Dienst der in demselben genannten Mannschaften des Verpflegungsdienstes und des Aussichtsdienstes ein verhältnismäßig leichter sei.

Abg. Stodmann (Sp.) meint, die Sozialdemokraten hätten keinen Grund, gegen das ganze Gesetz zu stimmen, wenn seine Anträge angenommen würden, da im übrigen eine große Reihe von Verbesserungen in der Vorlage enthalten seien.

Abg. Schwarz tritt nochmals entschieden für den Schatz der besonders mit Arbeit überhäufteten Verpflegungsmannschaften ein.

Obg. Rat v. Jonauderes: Ich bitte Sie, zu beachten, daß es sich bei diesem Paragraphen lediglich um den Aufenthalt der Schiffe im Hafen oder auf einer Meeresreise handelt. Der Dienst der Stewards ist etwa zu vergleichen dem Dienst der Kellner in einem Restaurant auf dem Binnenlande. Niemand wird es aber einfallen, zu verlangen, daß wenn ein Kellner zehn Stunden, etwa von morgens 8 Uhr bis nachmittags 6 Uhr, gearbeitet hat, er für die übrige Zeit Entgeltzahlung erhält.

Abg. Wolfenbühler (Soz.): Diese Keuherung des Herrn von Jonauderes ist sehr bezeichnend. Für Kellner wären doch die Schutzbestimmungen nicht zu verlangen, die für alle anderen Menschen zu verlangen sind. Interessant ist, daß er zugiebt, die Arbeitszeit von

10 Stunden solle eine ununterbrochene sein. Die Stewards werden aber gewöhnlich noch mit anderen Arbeiten, wie Peilungsvorgängen, Kartographenarbeiten usw. beschäftigt. Wenn das noch keine Arbeit ist, Herr Abgeordneter, so versuchen Sie es doch einmal selbst. Zwar strengen die Stewards ihre Köpfe nicht zu sehr an, aber dafür laufen sie Gefahr, sich die Beine einzureimen. Auch die Arbeitszeit ist viel zu lang; oft kommen sie erst um 12 Uhr zu Bett und müssen dann schon um 4 Uhr wieder aufstehen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Hiermit ist die Diskussion geschlossen. Nach einem Schlusswort des Referenten Abg. Semler (natl.) wird der Antrag Albrecht und Genossen (Soz.) abgelehnt gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, die Anträge des Dr. Stodmann (Sp.) dagegen förmlich in vollem Umfange angenommen, ebenso die hierdurch veränderten Kommissionsbeschlüsse.

§ 34 regelt die Arbeitszeit auf See und besagt in der Kommissionsfassung, daß die Mannschaft des Deck- und Maschinendienstes Wache um Wache geht. Die abgelöste Wache darf nur in dringenden Fällen zu Schiffsdiensten verwendet werden. Auf Dampfschiffen muß die abgelöste Maschinenwache das vor der Ablösung erforderliche Abschleifen besorgen. Diese Vorschriften gelten nicht für Fahrten von nicht mehr als zehnstündiger Dauer. Ein Antrag Albrecht (Soz.) will den letzten Satz „Diese Vorschriften“ usw. streichen.

§ 34 Abs. 2 sagt in der Kommissionsfassung: „Auf Dampfschiffen intransatlantischer Fahrt wird für das Maschinenpersonal der Dienst in drei Wachen eingeteilt.“ Ein Antrag Albrecht (Soz.) will „intransatlantischer Fahrt“ usw. streichen und nach „wird für“ hinzufügen: „Die den Dienst auf See versehenen Schiffsoffiziere, soweit nicht unter besonderen Umständen eine doppelte Besetzung des Wachdienstes erforderlich wird, und

Ein Antrag Herzfeld, Meyer, Schwarz (Soz.) will zu § 34 hinzufügen: „Die Mannschaft zur Bedienung und Verpflegung der an Bord befindlichen Personen ist nur in dringenden Fällen schuldig, länger als 10 Stunden zu arbeiten.“

Abg. Frese (fr. Sp.) bittet um Aufrechterhaltung der Kommissionsbeschlüsse.

Abg. Schwarz (Soz.) befürwortet die sozialdemokratischen Anträge.

Abg. Naab (Ant.) wünscht, daß statt „intransatlantischer Fahrt“ gesagt werde „Dampfer in großer Fahrt“. Nebener befragt weiter die Dreiteilung des Wachdienstes auch für Deckoffiziere. Der Untergang der „Graf“ ist lediglich herbeigeführt worden durch Ueberlastung der Deckoffiziere.

Abg. Schwarz (Soz.) bittet, den letzten Antrag Albrecht wenigstens hier anzunehmen, wo es sich um den Dienst der Verpflegungsmannschaften auf See handelt.

Abg. Frese (fr. Sp.) polemisiert gegen die Anträge der Sozialdemokraten.

Unterstaatssekretär Nothe bittet von den Beschlüssen der Kommission, die sehr eingehend auch die Anträge Albrecht diskutiert habe, nicht abzugehen. In allen Fällen einen dreifachen Wachdienst einzuführen, geht zu weit, für einzelne Fälle diese Dreiteilung zu bestimmen, wird ja im Absatz 3 dem Bundesrat anheim gestellt. — Für die Stewards, Köche usw. könnte höchstens eine bestimmte Ruhezeit festgesetzt werden, eine Herabsetzung der Arbeitszeit für dieses Personal ist nicht angängig. Auch die Kommission für Arbeiterstatistik hat sich nach ihren Erhebungen über die Verhältnisse der in Gastwirtschaften Beschäftigten in diesem Sinne ausgesprochen.

Abg. Wolfenbühler (Soz.): Die Stewards auf See werden noch mit vielen anderen Arbeiten beschäftigt als sonst die Kellner; sie dienen z. B. zugleich als Scheuerfrau. Die Vorschläge der Kommission für Arbeiterstatistik haben bei fast allen Parteien die schärfste Zurückweisung erfahren und ich glaube kaum, daß sie, falls sie als Vorlage wirklich eingebracht werden sollten, in diesem Reichstage jemals Annahme finden würden. § 34 wird hierauf unter Ablehnung aller Anträge in der Kommissionsfassung angenommen.

§ 35 Abs. 2 lautet: Dampfschiffe intransatlantischer Fahrt dürfen an Sonn- und Festtagen planmäßig innerhalb des Reichsgebietes die Ankreife nicht vornehmen. Ausgenommen sind die Dampfschiffe, welche die kaiserlich deutsche Post befördern.

Ein Antrag Albrecht und Genossen (Soz.) will die Worte „intransatlantischer Fahrt“ streichen. Ein Antrag Herzfeld (Soz.) will das Wort „planmäßig“ streichen.

Abg. Dr. Stodmann (Sp.) beantragt Streichung des ganzen Absatzes.

Senator Dr. Klugmann bittet den Antrag Stodmann anzunehmen. Die transatlantischen Dampfer werden hier gegenüber anderen Dampfern erheblich benachteiligt. In der ganzen Welt werden Sie es nicht finden, daß das Auslaufen von Schiffen am Sonntag verboten ist. Die Reedereien haben schon ohnehin schwer unter der Konkurrenz des Auslandes zu leiden, daher darf man nicht noch durch eine solche Bestimmung ihre Leistungsfähigkeit beschränken.

Abg. Cahensly (C.): Ich kann die Argumente des Herrn Vorredners nicht anerkennen. Wir legen besonderes Gewicht auf das Wort „planmäßig“. Damit keine Miverständnisse entstehen, beantrage ich, hinter „die“ einzuschalten „vom Deutschen Reich subventionierten“. Nur diese Dampfer haben wir im Auge, denn nur sie kommen hier in Betracht. Die Hamburg-Amerika-Linie ist die einzige in ganz Europa, die am Sonntag ihre Dampfer auslaufen läßt.

Abg. Stodmann (Sp.):

Die Kommissionsfassung differenziert die transatlantischen Dampfer, die nicht das Glück haben, einen Vertrag mit der deutschen Postverwaltung geschlossen zu haben, zu Gunsten der vom Reich subventionierten transatlantischen Postdampfer. Diese Differenzierung ist unbillig und erreicht für die Sonntagsruhe nicht das, was sie erstrebt. Die elektrischen Bahnen, die Eisenbahnen, die Reichspost — sie alle arbeiten am Sonntag. Warum also diese unbillige Ausnahme für die transatlantischen Dampfer? Man verachtet dadurch einer Anzahl von Seeleuten die Sonntagsruhe zu Ungunsten des deutschen Erwerbs und verlegt andererseits alle Vorbereitungsarbeiten für die dann am Montag stattfindende Ausfahrt auf den Sonntag. Ich bitte Sie, § 35 Absatz 2 abzulehnen.

Staatssekretär Graf Bosadowsky:

Nach dem neuesten Reichsdruckbuch laufen verschiedene ausländische Dampferlinien regelmäßig am Sonntag aus. Die Autorität des Reichsdruckbuchs muß ich für unüberleglich halten, bis mir das Gegenteil nachgewiesen wird. (Heiterkeit.) Das Auslaufen der großen transatlantischen Dampfer hat eine so große wirtschaftliche und internationale Bedeutung, daß sich diesen Interessen selbst diejenigen der Sonntagsruhe unterordnen müssen. Ich bin in einem fremden Lande gewesen, — ich will es nicht nennen — in dem am Sonntag ein von mir am Sonnabend aufgegebenes Brief nicht befördert wurde, weil die Post nicht arbeitete. Solche Zustände können wir in Deutschland nicht aufkommen lassen. Wir würden die fremde Konkurrenz durch ein solches Vorgehen zu Ungunsten unserer deutschen Schifffahrt außerordentlich begünstigen. Es ist allgemein bekannt, daß gegenwärtig fremde Kapitalisten den internationalen Seeverkehr in die eigene Kontrolle zu übernehmen trachten und es stehen diesen fremden Bemühungen so außerordentlich große Kapitalkräfte zur Seite, daß darin eine sehr ernste Bedrohung unserer heimischen Heberseefahrt zu erblicken ist. Die fremden Seefahrtsgesellschaften brauchen also einfach nur ihrerseits ihre Schiffe am Sonntag ausfahren zu lassen, um dadurch auch den deutschen Verkehr von Hamburg und Bremen aus an sich zu bringen. Ich sehe durchaus auf dem Standpunkt, daß den Arbeiterklassen die Sonntagsruhe möglichst zu erhalten ist. Wir werden da

in manchen Gebieten noch viel weiter gehen müssen, als bisher. Die Sonntagsruhe ist für den Arbeiter nicht nur eine wirtschaftliche und hygienische, sondern eine sittliche und Familienfrage. Aber wir können nicht soweit gehen, um die Interessen der Sonntagsruhe über die Interessen der großen internationalen Seeverbindungen zu stellen. Deshalb bitte ich Sie dringend, den Antrag Stodmann anzunehmen. Ich spreche hier im Namen der verbündeten Regierungen und ich kann auf das ernste versichern, daß die Aufrechterhaltung der Bestimmungen im Gesetz für die verbündeten Regierungen die allerernstesten, vielleicht unübersteiglichen Schwierigkeiten im Gefolge haben wird. (Hört! hört!)

Abg. Frese (fr. Sp.) bittet gleichfalls dringend um Annahme des Antrages Stodmann. Heute steht unser Postdampferverkehr zum Ruhm Deutschlands und zum Reide anderer Nationen an erster Stelle; das würde sich in unheilvoller Weise ändern, wenn dieser Postverkehr würde. Ich hoffe, daß das hohe Haus nicht in dem Maße verkehrsfreudlich sein wird, um nicht zu dem Entschluß zu kommen, den Paragraphen zu streichen.

Abg. Schwarz-Lübeck (Soz.): Der Antrag Stodmann ist nur annehmbar, wenn Sie sich entschließen könnten, in der Woche einen gesetzlichen Ruhetag einzuführen! Da davon aber keine Rede ist, werden wir für den Paragraphen stimmen. Zugleich bitte ich Sie, unsern Antrag dazu anzunehmen, da eine große Anzahl kleinerer Dampfer fast nie Sonntags ausfährt.

Abg. Rettich (t.): Die Kommissionsfassung erreicht nicht das, was sie erstrebt. Gerade die Vorbereitungen der Ausfahrt, die durch ein Auslaufen der Dampfer am Montag oder Dienstag auf den Sonntag verlegt werden würden, mit ihrer Unruhe, ihrem Wagnis, ihrem Aufwand usw., würden eine viel erheblichere Störung der Sonntagsruhe bewirken, als die Ausfahrt der Dampfer selbst am Sonntag.

Abg. Hübsch (natl.): Ich bitte ebenfalls, den Kommissionsbeschlüsse abzulehnen.

Abg. Borgmann (fr. Sp.) spricht sich ebenfalls gegen die Annahme des § 35, 2 aus.

Abg. Meyer (Soz.): Der Absatz 2 mit unserem Amendement würde keineswegs die deutsche Seefahrt so sehr schädigen, wie es behauptet wird. Aus dem Hafen von New York, der doch wohl auch in Betracht kommt, laufen planmäßig überhaupt keine Schiffe am Sonntag aus. Warum soll sich das nicht auch für Deutschland erreichen lassen. Die Vorbereitungsarbeiten würden dann auch nicht auf den Sonntag, sondern auf den Sonnabend fallen. Ich bitte also, Absatz 2 mit unserem Amendement anzunehmen.

Abg. Cahensly (C.): In England sind allerdings einzelne Dampfer während des letzten Jahres am Sonntag angefahren, aber dies ist keineswegs planmäßig geschehen. Der Antrag der Sozialdemokraten, das Wort „planmäßig“ zu streichen, geht mir allerdings zu weit.

Damit schließt die Debatte. Die Anträge Albrecht und Dr. Herzfeld werden abgelehnt, ebenso der Antrag Cahensly gegen die Stimmen des Centrum und der Sozialdemokraten. Der Antrag Stodmann auf Streichung des § 35 Abs. 2 wird darauf angenommen.

§ 35 Abs. 3 bestimmt nach dem Kommissionsbeschlusse: „Mit Böden und Läden dürfen, so lange das Schiff innerhalb des Reichsgebietes im Hafen oder auf der See liegt, die zur Schiffbesatzung gehörigen Personen an Sonn- und Festtagen nicht beschäftigt werden. Diese Vorschrift gilt nicht für die Ladung derjenigen Dampfschiffe, welche in regelmäßigem Fahrplan die kaiserlich deutsche Post befördern, und für die zum Böden und Läden dieser Dampfschiffe dienenden Fahrzeuge, sowie für das Gepäck der Reisenden und für leicht verderbliche Güter. Außerdem können von einer durch die Zentralbehörde des Bundesstaates zu bestimmenden Behörde in Notfällen Ausnahmen von dieser Vorschrift auf jedesmaligen Antrag gestattet werden.“

Ein Antrag Albrecht (Soz.) und Genossen will statt „innerhalb des Reichsgebietes“ folgen „im Inlande“ und statt „Behörde“ „höhere Verwaltungsbehörde“.

Abg. Stodmann (Sp.) beantragt, das Wort „Schiffbesatzung“ zu ersetzen durch „Schiffsmannschaft“.

Abg. Meyer (Soz.):

Wir wollen durch unsern Antrag die Sonntagsruhe auch für die Kolonien gewahrt wissen. Es muß die Regier. eigentlichlich berühren, wenn sie von den Missionaren hören, „Du sollst den Sonntag heiligen“ und dann sehen, wie die deutschen Seeleute am Sonntag schwer arbeiten. In der ersten Kommission war ein Antrag angenommen, der die Sonntagsarbeit überhaupt verbietet, ich bitte Sie auch jetzt, in dieser Richtung soweit wie möglich zu gehen. (Weilfall bei den Sozialdemokraten.)

Ein Regierungsvertreter wendet sich gegen die Anträge Albrecht.

Unter Ablehnung der Anträge Albrecht und Annahme des Antrages Stodmann wird Abs. 3 des § 35 in der so veränderten Kommissionsfassung angenommen.

Abf. 4 des § 35 bestimmt in der Kommissionsfassung: „Sonn- und Feiertagsarbeit ist als Ueberstundenarbeit zu vergüten, soweit sie nicht zur Verpflegung und Bedienung der an Bord befindlichen Personen oder zum Seemannsamt des Schiffes in dringender Gefahr erforderlich ist.“

Abg. Schwarz-Lübeck (Soz.) begründet einen Antrag Herzfeld, die Worte „zum Seemannsamt des Schiffes“ zu streichen. Dieser Antrag und der so veränderte Absatz 4 des § 35 werden angenommen. Desgleichen der ganze § 35 und § 36 Abs. 1.

§ 36 Abs. 2 besagt in der Kommissionsfassung, daß auch auf See den Mannschaften Zeit zum Besuch des Gottesdienstes gewährt werden muß.

Abg. Cahensly (C.) beantragt folgenden Zusatz: „Auch ist der Schiffsmannschaft auf Wunsch die Teilnahme an gemeinschaftlichen Andachten ihrer Konfessionen zu gestatten.“

Ohne weitere Debatte wird der Antrag Cahensly und der so veränderte § 36 angenommen; ebenso § 36a unberändert.

§ 36b bestimmt in der Fassung der Kommission, daß die Vorschriften, wonach die Arbeit, welche über die festgesetzte Dauer von zehn resp. acht Stunden geleistet wird, als Ueberstundenarbeit zu vergüten ist, sowie daß die Sonn- und Festtagsarbeit, soweit sie nicht zur Sicherung des Schiffes in dringender Gefahr erforderlich ist, ebenfalls als Ueberstundenarbeit besonders zu bezahlen ist, auf Schiffsoffiziere keine Anwendung findet, sofern nicht ein andres vereinbart ist.

Ein Antrag Albrecht (Soz.) will diesen § 36b streichen.

Abg. Schwarz-Lübeck (Soz.): Die Bestimmung, daß Offiziere die Ueberstundenarbeit nicht bezahlte erhalten sollen, entspricht keineswegs dem Interesse der Offiziere, von denen die größte Zahl diese Vergütung bitter notwendig hat. Es ist heute ja Mode geworden, daß man die Schiffskapitäne und Schiffsoffiziere für eine Art Uebermenschen hält, denen man eine Vergütung der Extra-Arbeit nicht anbieten darf. Aber fragen Sie doch die Schiffsoffiziere selbst, ob sie auf diese Vergütung verzichten wollen!

Abg. Meyer (Soz.): Es kommt vor, daß Offiziere der Mannschaft Ueberstunden anemehmen, um selbst an der Bezahlung für diese Arbeit, an der sie teilnehmen, partizipieren zu können. Warum sollen auch die Schiffsoffiziere schlechter gestellt sein als z. B. höhere Beamte, die auch besondere Leistungen extra vergütet erhalten? Ich bitte um Streichung des § 36b.

Reichlicher Bundesratsbevollmächtigter Senator Dr. Pauli: Gerade der § 36b ist einer der wichtigsten des ganzen Gesetzes, und der Reichstag würde, wenn er diese Bestimmung streichen wollte, der heimlichen Schifffahrt die ernstesten Nachteile zufügen. Die Offiziere

des Norddeutschen Lloyd in Bremen z. V. würden es als Schädigung ihrer Stellung empfinden, wenn man sie für diese Arbeiten extra bezahlen wollte.

Kapitän J. S. Schmidt: Die kaiserliche Marine hat an der Frage ein Interesse, weil viele Marine-Offiziere des Reservestandes als Offiziere der privaten Schifffahrt angestellt sind. Auf eine Rundfrage hin haben sich nun die Offiziere der kleineren Offizier-Regimenter, die eigentlich mehr Steuerleute sind, für die Ueberstunden-Bezahlung erklärt, die Offiziere der großen Dampferlinien aber dagegen.

Abg. Dr. Herzfeld (Soz.): Gerade im Interesse einer billigeren Schifffahrt ist die Vergütung dieser Arbeiten auch für die Offiziere erforderlich. Ich sehe auch nicht ein, inwiefern dadurch der Dienst geschädigt werden soll. Wenn wir diesen Paragraphen nicht streichen, werden selbst diejenigen Reedereien, die bisher an ihre Offiziere die Ueberstundenarbeit vergütet haben, hiervon in Zukunft absehen.

Abg. Naab (Ant.): Der Widerwille gegen die Bezahlung der Ueberstunden an Steuerleute usw. hat wohl nur die neue Veranlagung „Offizier“ herbeigeführt. In Wahrheit ist die Arbeit dieser Steuerleute gar nicht so anders geartet, als die Arbeit der Matrosen. Die Schiffsoffiziere selbst werden es freudig begrüßen, wenn ihnen durch Weglassung der Bezahlung der Ueberstunden gewährleistet wird und sie nicht mehr gezwungen sind, um diese Bezahlung mit den Kapitänen zu feilschen.

Der Antrag Albrecht wird hierauf abgelehnt, § 36b in der Kommissionsfassung angenommen; ebenso ohne Debatte die §§ 37 und 39 gemäß den Beschlüssen der Kommission.

§ 40 lautet nach den Beschlüssen der Kommission: „Die Feuer ist vom Tage der Anmusterung, falls diese dem Dienstauftritt vorangeht, sonst vom Tage des Dienstauftritts zu zahlen. Als Dienstzeit gilt auch die zur Erreichung des Meldortes erforderliche Reisezeit.“

Ein Antrag Albrecht (Soz.) will dem ersten Satz hinzufügen: „und bis zur Anmusterung, jedoch wenn diese ohne Verzögerung der Reise unausführbar ist, bis zur Beendigung des Dienstverhältnisses.“

Abg. Dr. Herzfeld (Soz.): Der Seemann darf vor erfolgter Anmusterung keine neue Stellung annehmen. Daher ist es nicht mehr als billig, daß die Feuer bis zum Tage der Anmusterung gezahlt wird. Da es häufig vorkommt, daß einige Tage bis zur Anmusterung vergehen, so haben wir unsern Antrag gestellt, um zu verhindern, daß dem Seemann für diese Zeit die Feuer verloren geht.

Abg. Meurer (Soz.) fährt einen Fall an, in dem ein Seemann sich zwei Tage hintereinander vergebens zur Anmusterung gemeldet habe, da sein Vertreter der Reederei und kein Kapitän zu erreichen war. Wenn Sie ernstlich die soziale Fürsorge für die Seeleute wollen, so nehmen Sie unsern Antrag an.

Der Antrag Albrecht wird hierauf abgelehnt. § 40 unverändert angenommen.

Hierauf verlegt das Haus die Winterberatung auf Sonnabend 1 Uhr.
Schluß 5¹/₄ Uhr.

„Kapitän Wilson“

dessen mysteriöse Persönlichkeit vielfach in den Prozess Sternberg hineinspielte, wurde gestern als Reisender Adolf Kühn's der dritten Strafkammer des Landgerichts I vorgeführt, um sich wegen Verleitung zum Meineid zu verantworten. Den Vorsitz führte Landgerichtsrat Wachtel, die Anklage vertrat Staatsanwalt Braut, die Verteidigung führte Rechtsanwalt Dr. Schwindt. Der Angeklagte, der sich seit dem 25. Juni in Untersuchungshaft befindet, macht einen sehr kränklichen Eindruck. Er ist 42 Jahre alt unbestraft. Als Sachverständiger ist seitens des Verteidigers Gerichtsarzt Dr. Puppe zur Stelle. Er soll über den Krankheitszustand des Angeklagten Auskunft geben und auch begutachten, daß der Angeklagte infolge seines schweren körperlichen Leidens nicht die vollständige Widerstandskraft gegen Einflüsterungen von dritter Seite habe. Als Zeugin ist nur Frau Valerica Hausmann zur Stelle. Die gleichfalls als Zeugin vorgeladene Frau Tedesco geb. Callies ist nicht auffindbar gewesen. Von der Anklage der

Zeugin Hausmann

hängt das Schicksal des Angeklagten im Wesentlichen ab, der Vorliegende ermahnt sie deshalb eindringlich, nichts als die reine Wahrheit zu sagen. Der Angeklagte erklärt sich für nicht schuldig. Er will von der Zusammenkunft des Luppas und des Kriminalkommissars Thiel in der Wohnung der Frau Hausmann, bei welcher die Callies über ihre am 13. Februar 1900 vor dem Kriminalkommissar v. Tressow stattgefundene Vernehmung ausgefragt wurde, nichts gewußt haben. Er habe den Direktor Luppas, den er schon seit vielen Jahren kenne, eines Tages getroffen, dieser habe ihm von der Sternberg-Affäre erzählt, darauf hingewiesen, daß Sternberg unschuldig sei und gefragt, ob er sich beteiligen wolle, die Unschuld aus Licht zu bringen. Luppas habe ihm dann einen Zettel mit Namen von mehreren Mädchen aufgeschrieben, wo er Erkundigungen einziehen sollte. Er sei dann auch zur Frau Teichert gekommen und habe sie bezüglich ihrer Tochter befragt. Es sei richtig, daß er der Frau Teichert, welche in dürftigen Verhältnissen lebe, 10 M. gegeben, dagegen bestreite er, daß auch einmal 500 M. gegeben seien, um die Teichert mundtot zu machen. Dann kam der Tag, an welchem Luppas, der unter dem Verdacht der Begünstigung stand, vor Gericht vernommen werden sollte. Er habe auf Luppas Wunsch diesen nach dem Gerichtsgebäude begleitet; an demselben Tage waren Frau Hausmann und die Callies vernommen worden. Als dieselben aus dem Gerichtszimmer kamen, habe die Callies bitterlich geweint und auch Frau Hausmann habe geweint und darüber geklagt, daß sie so viel Scherereien in dieser Sache habe.

Die beiden hätten ihm leid gethan

und da habe er der Hausmann 20 M. und der Callies 10 M. geschickt unter der Bedingung, daß die erstere die Callies zu sich nehme. Er habe, als die beiden noch immer sehr aufgeregt waren, zu ihnen gesagt: „Wenn Sie etwas falsches ausgesagt haben, können Sie ja noch widerrufen.“ Sie hätten darauf geantwortet: „Das würde jetzt doch zu spät sein!“ Während Luppas vernommen wurde, habe er mit den beiden hier in dem Detentionszimmer getrunken, doch bestreite er, daß — wie behauptet werde, es 15—18 Glas Bier gewesen seien. Als Luppas wieder herauskam, habe dieser zu ihm gar nichts gesprochen, bei der Verabschiedung aber gesagt, daß er ihn zum Abend wieder treffen möchte. Er, der Angeklagte, sei dann mit den beiden in die Weinhandlung von Peter Weder gegangen, obwohl die Callies etwas abgerissen ausseh, sie haben Wein getrunken und Mittagbrot gegessen und an Sternbergs Wohl angestoßen. — Auf Befragen des Vorsitzenden erzählt der Angeklagte die weitere Entwicklung der Dinge wie folgt: Im Gespräch habe die Hausmann ihn gefragt, ob er nicht einen Freier wählte, der ihr 300 M. leihen könnte. Er habe gesagt, er wolle es sich überlegen, sie sei jedoch immer wieder darauf zurückgekommen. Die Frage, warum er sich denn „Kapitän Wilson“ genannt habe, beantwortete der Angeklagte dahin, „daß er nichts mit dem Gericht zu thun haben wolle“. Um sieben Uhr habe er dann ein Rendezvous mit den beiden im Architektenhause verabredet, von dort seien sie nach einer Konditorin am Anhalter Bahnhof gegangen und dort habe er ihr die

300 M. gegen einen Wechsel

und Schuldschein gegeben. Außerdem habe er ihr seine Adresse postlagernd gegeben. Am nächsten Tage habe er von Luppas erfahren, daß die Hausmann dort telephonisch angefragt und mitgeteilt habe, daß ein Kriminalbeamter bei ihr gewesen sei und ihr das Geld abgenommen habe. Sie müsse Geld haben, damit sie verreisen könne. — Er sei abdam mit der Hausmann nicht mehr zusammengekommen. Luppas habe ihm das Geld wiedergegeben und bedauert, daß er hineingefallen sei. — Der Vorsitzende stellt fest, daß es doch höchst verdächtig sei und von sehr

schlechtem Gewissen zeuge, daß der Angeklagte vom März 1900 bis Juli 1901 außerhalb weite, einen falschen Namen sich beilegte und auch in Berlin, als er hierher zurückkehrte, in ein Hotel ging und seine Frau nur auf den Bahnhof bestellt hatte. Höchst gravierend sei es auch, daß, als er verhaftet wurde, man schon eine ganze Verleumdungsschrift bei ihm in der Tasche fand. Der Angeklagte behauptet, daß er dabei keine verdächtigen Beweggründe hatte. Er sei in der ganzen Zeit in Gesellschaft in Schleswig-Holstein, Kopenhagen, Altona, Hamburg, Medienburg in geschäftlichen Dingen gewesen und der falsche Name sollte ihn vor Unannehmlichkeiten schützen. Mit Luppas habe er die Zulegung eines falschen Namens nicht verabredet. — Gerichtsarzt Dr. Puppe, über den Gesundheitszustand des Angeklagten vernommen, befundet, daß dieser bei seiner Einlieferung noch nicht so krank war wie jetzt. Er litt an einer

Chronischen Nierenentzündung,

die sich in der Untersuchungshaft verschlimmert und das Herz in Mitleidenschaft gezogen habe. Er sei bei seiner Einlieferung nicht in einem Zustande verringerteter Widerstandsfähigkeit gewesen, er sei auch jetzt nicht so leidend, daß er hoffnungslos wäre. — Die Bekundungen der Zeugin Frau Valerica Hausmann klingen ganz anders, wie die Darstellung des Angeklagten. Als Luppas aus dem Zimmer des Untersuchungsrichters gekommen, habe er zu ihr gesagt: „Sie haben ja so ungünstig über mich ausgesagt; ich habe Ihnen doch nichts getan.“ Luppas habe sie dann an den Angeklagten verwiesen und ihr gesagt, sie solle doch mit seinem Freunde weiter sprechen. Der Angeklagte habe ihr abdam gesagt, „sie sei doch so vernünftig, warum sie den Sternberg hineinstecken wolle; dieser habe ihm einmal einen großen Dienst erwiesen, den er ihm nicht vergessen könne.“ Kühn habe sich als „Kapitän Wilson“ vorgestellt und gesagt, daß er zwischen Hamburg und London mit einem Schiffe fahre. Er habe ferner darauf hingewiesen, daß Sternberg ein guter Mann sei, der sich sicher erdandieren würde; dessen Frau leide so furchtbar, sie liege tagtäglich auf den Knien und bitte den Himmel, daß die Unschuld ihres Mannes ans Tageslicht komme. Diese Vorkhaltungen habe sie, die Zeugin und die Callies, gerührt und sie hätten auf sein Reden versprochen, daß die Callies ausfragen wolle, sie kenne Sternberg nicht wieder. Außerdem habe der Angeklagte die Versicherung, daß Luppas nach seiner Vernehmung sofort verhaftet werden könnte; sie versprach dem Angeklagten deshalb auf sein Verlangen, daß sie in diesem Falle sofort zum Untersuchungsrichter hinein gehen und ihm sagen solle, daß ihre Aussagen erlogen gewesen seien. Luppas sei aber wider Erwarten nicht verhaftet worden, sondern habe schleunigst das Gerichtsgebäude verlassen. Es sei in dem Gespräch wiederholt davon die Rede gewesen, daß die Callies schon 16 Jahre alt war, der Angeklagte habe auch die Zeugin aufgefordert, doch auch einmal zu

Frida Woyda

hingugehen. Als Luppas vom Untersuchungsrichter kam, habe sich der Angeklagte sehr gefreut und gesagt: „Kinder, Ihr braucht keine Zeugnengebühren! Hier habt Ihr 20 und 10 M.“ Es sei schon vorher von einem gemeinschaftlichen Mittagessen die Rede gewesen, an welchem ursprünglich auch Luppas teilnehmen sollte. Dieser habe aber gesagt, er müsse schleunigst zu seiner Frau nach Hause. Es sei unklar, daß sie über ihre Lage geklagt habe, ihr sei es vielmehr ganz gut gegangen und sie habe das ihr gezahlte Geld sofort als Schweißgeld betrachtet. Die Zeugin behauptet ferner, daß der Angeklagte ihr und der Callies je 1500 M., seidene Kleider u. versprochen habe. Als sie an dem betr. Abend mit dem Angeklagten an Architektenhause sich trafen, habe er sie mit den Worten angesprochen: „Freut Euch Kinder, ich habe schon etwas für Euch losgemacht“ und dann habe er die 300 Mark ihr übergeben. Sie habe dann Bedenken gehabt, daß sie bei einer falschen Aussage das Zuchthaus riskiere, da sie ja doch wohl dieselbe beidwären müsse. Darauf habe er sie beruhigt und gesagt: Es würde ja doch nichts herauskommen, denn der einzige Mann, der etwas wisse, sei doch Luppas und dieser würde doch nichts sagen. Er habe auch hinzugelegt, daß er zum Justizrat Sello fahren wolle, um ihre Anklage so aussehen zu lassen, daß ihr nichts passieren könne. Die Zeugin wiederholt auf Befragen, daß der Angeklagte direkt auf die Callies dahin eingeredet habe, daß sie auszusagen solle,

sie kenne Sternberg nicht.

Der Angeklagte bestreitet die Richtigkeit der belastenden Aussage der Zeugin. Er giebt zu, auf die beiden Personen eingetreten zu haben, doch habe er sich nicht verdingen wollen. Den Justizrat Sello kenne er gar nicht. Auf Befragen bestätigt der Angeklagte schließlich, daß er für seine Thätigkeit einen Monat lang täglich 20 M. Diäten von Luppas bezogen habe.

Das „Straf-Mittelmaß“

Hierauf plaidiert Staatsanwalt Braut auf schuldig im Sinne der Anklage. Er empfehle gegen ihn die Anwendung des Straf-Mittelmaßes, nämlich 3 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust. Er bedauere, daß eine längere Dauer des Ehrverlustes gegenüber einem Manne, der sich in solcher Weise gegen den fundamentalsten Grund der Justizpflege verhalten, nicht möglich sei. — R. v. Dr. Schwindt führte dagegen aus, daß das, was der Angeklagte gethan, nicht die Thatbestandsmerkmale des § 159 erfülle. Außerdem sei der Angeklagte schwer krank und jede längere Freiheitsstrafe würde für ihn den Tod bedeuten. Er beantrage, ihn event. zu der geringsten Strafe von 1 Jahr Zuchthaus zu verurteilen. — Staatsanwalt Braut: Bezüglich des Strafmaßes habe er zu erklären, daß er ja nur das Mittelmaß der Strafe beantragt habe. — Rechtsanwalt Dr. Schwindt: Der Staatsanwalt irre sich offenbar, indem er annehme, daß die Strafe bis 10 Jahre Zuchthaus hinausgehe. Das Höchstmaß sei aber nur 5 Jahre und der Staatsanwalt müßte hiernach also seinen Antrag auf 2½ Jahre Zuchthaus herabsetzen. — Staatsanwalt Braut giebt zu, daß er sich im Irrtum befinden und reduciert seinen Straf Antrag auf drei Jahre Zuchthaus. Außerdem beantragt er Einziehung der in Frage stehenden 300 M. — Der Gerichtshof schenkte dem Zeugin Hausmann völligen Glauben und hielt den Angeklagten hiernach der Verleitung für schuldig. Die Strafe wurde auf

2 Jahre 6 Monate Zuchthaus

unter Anrechnung von 3 Monaten auf die Untersuchungshaft bemessen und Ehrverlust auf 5 Jahre ausgesprochen. Der Antrag auf Einziehung der 300 M. wurde abgelehnt, da nicht feststehe, ob dieselben dem Thäter oder einem Mittäter gehörten. — Der Angeklagte beruhigte sich bei dem Urteil.

Tokales.

Von den Armenfächern,

die in den Wintermonaten an 16 über die ganze Stadt verteilten Stellen warme Suppen unentgeltlich an Bedürftige abgeben, weiß die „Berliner Zeitung“ zu erzählen, sie seien „insolge der wirtschaftlichen Krise seit Wochen derart in Anspruch genommen, wie es seit langen Jahren nicht der Fall war“. Diese Nachricht bedarf zwar des nicht ganz unwichtigen Zusatzes, daß die Armenfächer bisher noch gar nicht geöffnet waren, sondern ihren Betrieb, wie in der Regel, erst im Dezember wieder aufnehmen. Im übrigen aber dürfte der ohnungsvolle Engel, der da so unterhaltend über die Armenfächer zu plaudern versteht, ohne sie gesehen zu haben, mit seiner frei erfundenen Mitteilung über den Einfluß der gegenwärtigen Wirtschaftskrise auf den Zubrang zu den Armenfächern leider recht behaftet. Voraussetzlich werden die Armenfächer in diesem Winter thatsächlich einen so starken Zulauf haben, wie seit Jahren nicht.

Vorläufig wird für die Armenfächer noch, wie alljährlich um diese Zeit, der Klingelbeutel umhergereicht. Um die

Aufbringung der Kosten zu erleichtern, hat die Direktion wiederum die bekannte „allgemeine Hauskollekte“ veranstaltet, die, wie üblich, in dem vom Magistrat unterzeichneten Aufsatze dem stets bewährten Wohlthätigkeitsverein unserer Mitbürger mit Rücksicht auf die über 100-jährige segensreiche Wirksamkeit der Anstalt ganz besonders angelegentlich empfohlen wird. Die Armenfächer sind zwar formell keine Einrichtung der Stadtgemeinde — man findet immer noch wenigstens den Schein zu wahren, daß sie ein Unternehmen bloßer Privatwohlthätigkeit seien —, tatsächlich stehen sie aber seit langem vollständig unter städtischer Leitung und werden auch größtenteils aus Mitteln der Stadtgemeinde erhalten. Man sollte doch endlich mit dem altüberbrachten Verfahren brechen, alle Jahre aufs Neue die „milden Gaben“ der Bevölkerung zur Kostenaufbringung mit heranzuziehen. Für eine Stadt wie Berlin schadet sich das heute nicht mehr.

Bei der Einammlung dieser Armenfächer-Kollekte ergeben sich übrigens zuweilen recht eigentümliche Situationen. Die Listen werden ziemlich wahllos Haus bei Haus abgegeben und wandern dann von einem Mieter zum andern. Auch den Armen und Armenen wird Gelegenheit gegeben, ihr Opfer zu bringen. Nun ist es gewiß ein schöner Gedanke, sich vorzustellen, wie ein altes Mütterchen freudig ihren Groschen für die Armenfächer beiträgt, aus denen sie sich in schlechteren Zeiten selber so oft ihre Suppe geholt hat. Leider ist aber manchmal auch das Umgekehrte der Fall. Die Näherin, die sich heute noch mit einem Nickel in die Kiste einträgt, kann schon morgen arbeitslos sein, und in 6 Wochen geht sie vielleicht selber, sich Suppenmarken holen. Dabei kann sie dann freilich leicht die Erfahrung machen, daß bei der Verteilung der Suppenmarken viel wäckerlicher verfahren wird, als bei dem Umherreichen des Armenfächer-Klingelbeutels, der noch vor ganz kurzem auch von ihr sein Opfer beigetragen hat.

Der Kaiser fährt fort, seine persönlichen Ansichten über Kunst im Verkehr mit der Stadtgemeinde Berlin zur Geltung zu bringen. Der neueste Fall, der sich an die Geschichte vom Märchenbrunnen anschließt, wird von der „Post“ mitgeteilt. Es handelt sich um den Bau der Mantuffelbrücke, welche die Mantuffelstraße mit der Fruchtstraße verbinden soll. Die Zeichnungen zu dieser Brücke wurden seiner Zeit dem Polizeipräsidenten mit dem Antrage überreicht, die landespolizeiliche Genehmigung zum Bau dieser Brücke zu erteilen. Der Polizeipräsident hat diese Genehmigung mittels Schreibens vom 12. Juli d. J. erteilt unter Angabe einzelner üblichen technischen und wasserpolizeilichen Bedingungen. Damit wäre die Sache an sich formell und juristisch erledigt gewesen. Aber das Scheitern sieht fort:

Gleichzeitig verhehle ich nicht mitzuteilen, daß Seine Majestät beim Vortrage der Sache allerhöchst ihrer Befriedigung über den Bauentwurf Ausdruck gegeben, dabei aber den Wunsch geäußert haben, daß in den Zeichnungen der Brücke, an Stelle der projektierten Ornamente, dem Charakter der Brücke mehr entsprechende Renaissance-Ornamente mit den Wappen von Berlin, Brandenburg, Hohenzollern, Preußen und dem Deutschen Reich angebracht würden, und auch für die Ornamente an den Bogenspielfestern eine bessere Lösung zu finden versucht würde. Ich ersuche daher ergebenst, mich baldmöglichst unter Rücksicht auf die abgeänderten Ansichtszeichnungen darüber verständigen zu wollen, inwieweit der diesbezüglichen allerhöchsten Willensäußerung Rechnung getragen ist.“

Auch in diesem Fall würde, falls die Stadt darauf beharren sollte, daß die Architektur bleibt wie sie ist, der Rechtsweg dem Polizeipräsidenten nichts nützen. Denn das Oberverwaltungsgericht entschied 1890 aus Anlaß des Baues der Lutherbrücke dahin, daß sich eine polizeiliche Verfügung mit Rücksicht auf die Ästhetik und Architektur nicht zu befassen habe; eine polizeiliche Verfügung, die sich nicht mehr auf polizeiliche Motive stützt, kann als gerechtfertigt nicht anerkannt werden.

Aber in den verflochtenen elf Jahren ist der Fortschritt in Kaiser-treue und Polizeifrömmigkeit bei uns so groß geworden, daß Magistrat und Stadtverordneten-Mehrheit sich gewiß nicht mit dem lächerlichsten Gedanken an den Rechtsweg befassen und gern freiwillig den Anregungen des Kaisers folgen werden. Auch die „Post“ findet die vom Stadtbaurat Hoffmann bewirkte Architektur abgemildert und rät, bei Ausführung des Baues den Wünschen des Kaisers zu entsprechen.

In der gestrigen Magistratssitzung wurde der Erlaß des Ministers des Innern v. Hammerstein in Sachen der Bürgermeistereiwahl vom Oberbürgermeister Kirschner bekannt gegeben. Nach einer eingehenden Erörterung und nachdem die Stadtsyndici Weise und Dr. Hirtel die Sachlage beleuchtet hatten, wurde beschlossen, die Vorstellung des Magistrats und das Verdict des Ministers der Stadtverordneten-Versammlung in einer Vorlage mitzuteilen. Der Magistrat schloß sich dann den Beschlüssen der Kunst- und Deputationen wegen Verlegung des Drangelbrunnens nach dem fälschlichen Ende der Geimnstraße an. Der Brunnen soll sobald als möglich, die Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung vorausgesetzt, auf dem Kemperplatz beseitigt werden, um dem vom Kaiser gestifteten Molandbrunnen Platz zu machen.

Ein Unfug im Bureau des Centralvereins für Arbeitsnachweis. Das mag nichts neues sein, wird mancher brave Bürger sagen. Wer weiß, was dort für Gefindel zusammenkommt. Gemach. Diesmal handelt es sich um einen von Beamten des Arbeitsnachweises verübten Unfug. Bereits voriges Jahr muhten wir in Nr. 127 berichten, daß ein aufständiger Mann, der dort seine 20 Pf. erlegt und auf Rachweis von Arbeit gerechnet hatte, des Hauses verwiesen wurde, weil er wegen eines Zustehens buntgestickte Hauschuhe trug. Diese vom Portier begangene Eigenmächtigkeit, die jedes vernünftigen Grundes entbehrt, wurde damals auf eine von dem Betroffenen an höherer Stelle vorgebrachte Beschwerde ausdrücklich gutgeheißen.

Der gleiche skandalöse Fall hat sich gestern wieder ereignet. Der verheiratete Arbeiter Franz B., der in der Königsbergerstraße wohnt und Vater von drei Kindern ist, muß ebenfalls wegen anomaler Hähe Hauschuhe tragen. Einfache unauffällige Schuhe, der Obertheil aus schwarzem Fellstoffe hergestellt. Mehrere Tage hindurch konnte B. sich ungehindert unter der Masse im Lokal aufhalten. Erst gestern bei einem Inspektionsgange bemerkte ein Angestellter die der Etikette nicht entsprechenden Schuhe und gebot kategorisch dem Träger dieser Fußbekleidung, sich damit nicht wieder im Arbeitsnachweis sehen zu lassen. Er habe auch „seine Vorschriften“. Der Arbeiter mühte sich entfernen, ohne seine 20 Pf. Einschreibgebühr wieder erhalten zu haben.

Dem Vorstand des Centralvereins gehören an Herr Dr. Freund, der Vorsitzende der Invaliditäts- und Altersversicherung-Anstalt Berlin, sowie vier Arbeitgeber und vier Arbeitnehmer des Gewerbergerichts.

Vielleicht läßt der Vorstand sich gelegentlich darüber aus, aus welchem Grunde eine solche nicht gut anders denn als Unfug zu bezeichnende Handhabung der Hausordnung vorgeschrieben oder gebietet wird. Es sollte uns freuen, wenn dieser eine Fall endlich dahin führte, daß derartige verabschiedete Bestimmungen beseitigt werden.

Eins noch. Auf unsern Anrufen ging der Arbeiter F. zum Vorsitzenden des Centralvereins für Arbeitsnachweis; wir dachten, daß es Herrn Dr. Freund lieb sein werde, aus eigener Anschauung sich über die Angelegenheit zu unterrichten, und daß er dann möglichst bald für Aenderung eines Zustandes sorgen werde, mit dem er unmöglich einverstanden sein kann. Der Arbeiter kam jedoch nur

bis in den Vorräum des Bureau; dort wurde ihm nach seiner Mitteilung die gewiß missverständliche Antwort zu teil, daß Herr Dr. Freund für Arbeitlose nicht zu sprechen sei, man müsse da schriftlich einkommen!

Die böswilligen Alarmierungen der Feuerwehren von Berlin, Charlottenburg und Schöneberg sind zu einer großen Notwendigkeit geworden. Es vergeht keine Nacht, wo die Feuerwehren nicht ein- oder mehreremale böswilligerweise nach recht entfernten Gegenden gerufen werden, wo sie dann längeren Aufenthalt nehmen müssen, um nach der Ursache zu forschen. Während dieser Zeit ist die ausgedehnte Abteilung der Wachbereitschaft entzogen, wodurch natürlich oft die Feuerbereitschaft gefährdet ist. Es liegt deshalb von Interesse der Bürgerchaft, daß diesem Unfug, der Mannschaften, Pferde und Material ausreißt, gesteuert wird. Das Publikum wird deshalb gebeten, auf alle Personen, die sich an den öffentlichen Feuermeldern zu schaffen machen oder diese in Tätigkeit setzen, zu achten und unter Umständen festzunehmen zu lassen. In der letzten Nacht um 4 Uhr wurde die Feuerwehr wieder einmal böswilligerweise nach der äußersten Grenze von Berlin, nach der Elbingerstraße hinter dem Friedrichshain, gerufen. Nach längerem Verweilen, nachdem keinerlei Gefahr zu entdecken war, rückte die Feuerwehr wieder ab. Von dem Täter fehlt jede Spur. Gleichzeitg wurde die Feuerwehr nach der Mariannenstraße 55 gerufen, wo ein Schuhschwarzengeschäft mit Werkstatt im Keller brannte. Die Feuerwehr hatte sichtlich Wasser zu geben, um die Flammen zu löschen. Auch in der Prenzlauerallee 15 mußte ein Kellerbrand gelöscht werden. In der Lützowstraße 15 war heute früh um 6 Uhr ein Pferd in eine tiefe Grube gefallen. Der Feuerwehr gelang es, das Tier gesund herauszuholen.

Die Berliner Studentenschaft und der Fall Spahn. In einer außerordentlichen Generalversammlung beschloß gestern die Berliner Jüdische Studentenschaft eine allgemeine Studentenversammlung einzuberufen, die sich mit der Befreiung der Straßburger Professur nach konfessionellen Gesichtspunkten (Fall Spahn) befassen soll.

In der städtischen Wärmehalle am Alexanderplatz sind augenblicklich die Renovierungsarbeiten in vollem Gange. Die großen Kessel sind bereits gereinigt und alle Vorbereitungen zur Eröffnung der Wärmehalle getroffen, die voraussichtlich am 1. Dezember erfolgen wird. Die ungewöhnlich milde Temperatur des laufenden Monats hat diese Verzögerung möglich gemacht, während in den früheren Jahren die Wärmehallen regelmäßig am 15. November für die Besucher geöffnet zu werden pflegten. Auch in diesem Jahre wird mit der Wärmehalle eine Schneepferd- und Schuhschwarzengeschäft verbunden sein, um den obdachlosen Arbeitern dieser Berufsgegenstände zu geben, durch Inanspruchnahme der Kleidung ihrer Schicksalsgefährten, wofür die Verwaltung eine Vergütung gewährt, einige Groschen zu verdienen.

Die Opfer der Straßenbahn im Monat November. Nach der amtlichen Feststellung sind in dem mit dem heutigen Tage zu Ende gehenden Monat im Straßenbahn-Betrieb 2 Personen getötet und zwar die 70jährige Witwe Foshoda und die 13jährige Schülerin Hedwig Sammel. Schwerverletzt wurden 20 Personen; 6 dieser Unfälle wurden durch Kar- und Abkippen während der Fahrt, 7 durch Zusammenstöße mit anderen Fahrzeugen, 1 durch Herabfallen vom Wagen und 6 beim Ueberschreiten des Fahrdammes vor herkommenden Wagen hervorgerufen. Ferner fanden 14 schwere Zusammenstöße zwischen Straßenbahnwagen und anderen Fahrzeugen statt. Bezüglich der Unfälle ereigneten sich folgenschweren Unfälle in den letzten Tagen, auf welche auch die tödlich verlaufenen Unglücksfälle entfielen, trifft nach amtlicher Feststellung das Straßenbahn-Personal keine Schuld und hat infolge dessen in keinem Falle eine Dienstsuspendierung stattgefunden.

Ein alter Schwindler, der viele Pensionäre des In- und Auslandes geprellt hat, wurde gestern von der hiesigen Kriminalpolizei festgenommen. Ein alter Herr mit weißem Haar, der den Eindruck eines Wiedermannes machte, mietete sich in Pensionaten ein, lebte gut auf Kredit und verschwand, wenn die Rechnung eine beträchtliche Höhe erreicht hatte. Als er vorgestern auch noch einen neuen Kugeln erschwindeln wollte, erlitt er sein Geschick. Er ließ den Schneidemeister mit dem fertigen Kugeln in das Pensionat kommen und versuchte, sich in dem neuen Staat zu drücken. Man merkte aber seine Absicht und versperrte ihm den Weg. Der Kriminalpolizei stellte er sich als die reinste Unschuld vor, und versuchte, durch ein ruhiges und geistreiches Wesen einen möglichst guten Eindruck auf sie zu machen. Da er sich außerdem ein falsches, noch durch keine Kriminalakten belastetes Rationale beilegte, so wäre er vielleicht noch glimpflich weggekommen, wenn nicht der „Erkennungsdienst“ ihn zuerst als einen alten internationalen Gauner Namens Adolf Herz aus Galizien festgestellt hätte. Herz ist in den verschiedensten Orten des In- und Auslandes wegen desselben Schwindels unzähligmale bestraft worden.

Bei der Arbeit verunglückt ist der 26 Jahre alte Fensterputzer Otto Wolke aus der Weberstraße 22, der bei einem Sturzfall in der Schelstraße angefaßt ist. Als er auf dem Grundriß der Behälterstraße 12 im Erdgeschosse die Fenster reinigte, fiel er auf den asphaltierten Hof hinab und brach sich beide Beine. Die Rettungswache in der Kosanien-Allee leistete ihm die erste Hilfe und ließ ihn nach der Charité bringen. Nach einer Darstellung soll der Verunglückte einen Schwindelanschlag bekommen haben, nach einer andern soll er betrunken gewesen sein.

Cylinder-Emil. Der unter diesem Spitznamen in der Verkehrsweit bekannte ehemalige Kellner Emil Müller ist in der vergangenen Nacht bei einer Einbruchsdiebstahl, die er auf dem Wege durch das Fenster einem Gastwirt in der Bergmannstraße abstatuen wollte, dingfest gemacht worden. Als der durch das Geräusch gewachte Wirt den Eindringling festnehmen wollte, griff dieser ihn mit einem Schlagring an und verwundete ihn nicht unerheblich am Kopf und am rechten Arm. Der Verletzte konnte aber doch noch die Verfolgung des fliehenden Verbrechers veranlassen, und so gelang es Polizeibeamten, den gefährlichen Burschen dingfest zu machen. Müller ist geständig, derartige Einbrüche auch in der Vorfig- und Allen-Josobstraße, in Moabit und verschiedenen anderen Stadtteilen verübt zu haben. Bei ihm fand man unter andern eine ebenfalls auch gestohlene Uhr mit roten römischen Ziffern und der Widmung: „Zum Andenken an meine Kollegen am 13. 1. 99.“ — Den Spitznamen hat Cylinder-Emil von dem glänzenden Zylinderhut, den er stets zu seinem hochnoblen Anzug zu tragen pflegte.

„Um seinen Angehörigen das Begräbnis zu erleichtern“, nahm sich gestern der 24 Jahre alte Schriftfeger Oskar R. in der Nähe des Friedhofs der Ramensosen bei Schildborn durch Erschießen das Leben, wie aus einem Briefe hervorgeht, den er an einen Bekannten gerichtet hat. R., der bei seinen Eltern Oranienstraße 188 wohnte, war bis Anfang November in der Reichsdruckerei beschäftigt. Seine Entlassung erfolgte auf seinen eigenen Wunsch. Das eigentliche Motiv der That ist noch nicht bekannt.

Aus den Nachbarorten.

Bei den gestrigen Stadtverordneten-Wahlwahlen in Schöneberg sind unsere Parteigenossen unterlegen. Es siegten im 1. Wahlbezirk Wilschänder Lutz (Hausbesitzer) mit 272 und Wilschänder Gottweiner (Wierter) mit 275 Stimmen über die beiden Gegenkandidaten Karl Wollermann (Wierter) 201 und Restaurateur Ernst Obst (Hausbesitzer), welcher 202 Stimmen erhielt. Im ganzen wurden von 1141 eingeschriebenen Wählern 476 Stimmen abgegeben.

Mühlentel. Der Verein Segel-Panlow, Sonntag, nachmittags 4 Uhr: Vereinsversammlung im Gasthof „Zur Sonne“. Vortrag des Genossen G. Sonntag-Panlow: „Was und wie sollen wir lesen, um uns zu bilden?“

Der Rixdorfer Stadtverordneten-Versammlung wurde in ihrer letzten Sitzung der folgende gegen die eine Stimme der socialdemokratischen Mitglieder von der Wohnungs-Deputation gefaßte Beschluß mitgeteilt: „Nach Lage der gegenwärtigen Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkte ersucht die Wohnungs-Deputation die ihr gestellte Aufgabe für erfüllt und beschließt, sich aufzulösen, indem sie annimmt, daß die Stadtverordneten-Versammlung sich hiermit stillschweigend einverstanden erklärt.“ Hierzu gab Dr. Silberstein namens der socialdemokratischen Fraktion die Erklärung ab, daß seine Freunde und er nicht stillschweigend über den Beschluß der Wohnungs-Deputation hinweggehen könnten, sondern daß sie im Gegenteil das Weiterbestehen der Deputation für notwendig erachteten. Damit, daß sie in der Zeit der höchsten Not ein Asyl für Obdachlose geschaffen habe, seien ihren Aufgaben noch lange nicht erfüllt. Bismarck wäre es ihre Pflicht, auch in einer Zeit, wo nicht die akuteste Wohnungsnot herrsche, Wohnungsfürsorge zu betreiben. — Herr Veltz, erster Bürgermeister Wobbin und Herr Kow, die selber der Deputation angehörten, verteidigten deren Auflösung und ließen hierbei deutlich erkennen, daß für sie die Aufgabe der Wohnungsdeputation lediglich die Schaffung eines Asyls und die Unterbringung der Wohnungslosen als „Arme“ gewesen ist. — Die Stadtw. Conrad (Soc) und Silberstein (Soc) kennzeichneten das Kleinliche dieses Standpunktes und verwiesen darauf, daß in einer ganzen Reihe von Städten, namentlich Süddeutschlands, ständige Ausschüsse oder Kommissionen zur Behandlung der Wohnungsfrage existierten. Auch die Kommissionen, die wegen der Wohnungsnot in Norddeutschland und in unserer nächsten Nähe neugebildet worden seien, dächten noch nicht daran, sich aufzulösen. Die Mehrheit der Verwaltung in Rixdorf schiene aber das Odium auf sich nehmen zu wollen, sich voller Eile von einer unangenehmen Last befreit zu haben. Eine Wohnungsdeputation könnte auch in besserer Zeit genug leisten, z. B. Statistik treiben, eine gründliche Wohnungskontrolle ausüben usw. — Ein Beschluß wurde, da es sich nur um eine geschäftliche Mitteilung gehandelt hätte, nicht gefaßt. — Man erledigte dann eine Anzahl Magistratsvorlagen. Es wurde beschlossen, den Wohnungsgeldzuschuß für die Oberlehrer an der hiesigen höheren Lehranstalt vom 1. April 1902 ab von 600 auf 800 M. zu erhöhen. Weiter wurde das Projekt zum Bau eines 400stüfigen Schulhauses am Herberg-Platz genehmigt. Angenommen wurde auch der Antrag, betreffend die Anlegung von Sparlosgeldbüchern für Waisenkinder, den wir bereits mitgeteilt haben.

Ein Kindesmord ist in Charlottenburg verübt worden. Das Dienstmädchen Gertrud Friedrich, das bei einem Gärtner in der Wrohmansstraße beschäftigt war, erkrankte vor einigen Tagen plötzlich und mußte in eine Anstalt gebracht werden. Die Dienstherrschaft schöpfte Verdacht und machte Anzeige. Die Magd gab nun zunächst nur eine Fehlgaburt zu, räumte aber nach weiteren Ermittlungen ein, einen lebend geborenen und lebensfähigen Knaben mit einem Taschentuch ertränkt zu haben. Die Leiche hatte sie in der Stube in einem Schrank versteckt, um sie bei Gelegenheit zu beseitigen. Dazu war sie aber nicht mehr gekommen. Die Kindesmörderin muß vorläufig noch als Polizeigefangene im Krankenhaus bleiben.

Ein Bau-Unfall ereignete sich gestern nachmittags 1 1/2 Uhr beim Neubau der Kirche in Neu-Weißensee. Die Puffer Julius Stachel und Fritz Stiedemann, welche bereits in den fünfziger Jahren leben und am Orte anständig sind, waren beim Anheben des Woves beschäftigt. Bei der Arbeit lockerte sich ein Niegel der Mauer, so daß diese plötzlich zusammenbrach. Die beiden Puffer stürzten aus einer Höhe von acht Meter auf die Erde herab und erlitten beide Verletzungen. Stachel kam innerlich schwer zu Schaden und mußte nach dem Krankenhaus gebracht werden; Stiedemann dagegen kam mit, wenn auch schmerzhaften, so doch nicht lebensgefährlichen Verletzungen am Kopfe davon. Das Unglück wäre weniger schlimm ausgefallen, wenn sich, wie es in der Ordnung wäre, unter der oberen Mauer eine zweite befunden hätte.

Die Spandauer Kinderentführung-Geschichte hat eine überraschende Wendung genommen. Nach den neuerdings seitens der Behörde erfolgten Feststellungen hat der Schlossermeister Melcher dem Puppenpieler Sanden auf dem Bahnhof in Spandau seine beiden Kinder selbst mit auf die Reise gegeben, damit sie in der „Hauberei“ ausgebildet würden; er hat dann von den Kleinen noch Abschied genommen, und diese sind dem fremden Manne auch gern gefolgt, weil sie vom eigenen Vater schlecht behandelt wurden und bei ihm Rot Litten. Sanden wurde, nachdem dieser Thatbestand ermittelt worden, wieder auf freien Fuß gesetzt; gegen den herglosen Vater wird dagegen ein Strafverfahren eingeleitet, weil er der Behörde wissenschaftlich eine falsche Anzeige erstattet hat.

Eberwalde. Zu kuriosen Verheerungen hat der Kerger aber die überausende Wahl der 4 Genossen Kasper, Koch, Herlich und Fellnow zu Stadtverordneten die freisinnige und konservative Mehrheit des Eberwalder Stadtparlamentes geführt. Von diesen Genossen ist u. a. Kasper als Hausbesitzer gewählter Kasper ist auch eingetragener Besitzer seines stattlichen Hauses. Aber sagt der konservative „preussische Stadt- und Landbote“ und sein freisinniges Gegenstück „Eberwalder Zeitung“: Kaspers Haus ist noch nicht bewohnt, ist noch nicht mit dem polizeilichen Gebrauchsausnahmschein versehen, also ist das Haus — kein Haus. Daß die Eberwalder Stadtverordneten diesen Mißstand beheben möchten, wird kaum anzunehmen. Denn sie es demnach, so werden unsere Genossen Gelegenheit nehmen, die Herren da im Verwaltungskreisverfahren darüber belehren zu lassen, daß ein Haus immer ein Haus ist, selbst wenn Nordhäuserverstand einiger Eberwalder das einzusehen nicht vermag.

Vermischtes.

Ein größeres Eisenbahn-Unlück hat sich Donnerstagsabend bei Buer auf der Strecke Köln-Düren ereignet. Dort entgleiste auf dem mehrere Meter hohen Eisenbahndamm die Maschine, zwei Packwagen und zwei Personenzüge vierter Klasse. Dabei schob sich kein Gepäckwagen über den einen Personenzug und zertrümmerte diesen vollständig. Aus den Trümmern wurden erschollen entsetzliche Hilferufe. Eine Frau hing tot zwischen den Wagentrümmern in der Luft, ihrem Kopfe war die Brust eingedrückt worden, anderen Insassen waren die Beine abgequetscht, die Augen durch Splitter ausgestoßen worden. Goldtrafen von Düren und Köln Hülfszüge mit Werkzeug, Verbandzeug und Arbeitern ein, um hilfreiche Hand zu leisten. Noch in der Nacht wurden zwei Tote, fünf schwer und mehrere leicht Verletzte herbeigeführt. Beide Geleise Köln-Düren sind gesperrt. Höhere Eisenbahnbeamte leiten die Aufräumungsarbeiten. Als Ursache wird vermutet, daß eine auf dem Eisenbahnlörper gelagerte Schiene freventlich auf das Fahrgeleis gelegt ist.

Zur Mordaffaire in Jager, welcher die Gastwirtin Jany zum Opfer fiel, geht der hiesigen Kriminalpolizei von dem Untersuchungsrichter in Neu-Ruppin folgende Mitteilung zu: Unter dem Namen Hermann Luniy aus Rauen und Arbeiter Paul Schöndorff aus Bromberg sind die beiden unten beschriebenen Männer gemeinschaftlich in den Nächten zum 15., 17. und 18. November in Vergedorf und am 21. November früh in Lauenburg gewesen. Hiernach scheinen die Mörder ihre Papiere inzwischen umgetauscht zu haben und falsche Namen zu führen. Auch die hier beschriebenen sind festzunehmen. Angeblich wollten sie nach Bielefeld, Wittenberge, Stendal wandern. 1. Luniy: 25—30 Jahre alt; 1,75 Meter groß, schlank, dunkelblonde Haare, längliches blasses Gesicht, kurzer Hals, hoch und plattdeutsch redend (etwas Berliner Dialekt); Raubfahrtskarte, dunkelblaues Jackett, darunter rotgestreifter Kittel (Schlächterkittel), langer schwarzer Schlips, Schürstiefel, Bambusstod. 2. Schöndorff: 18—20 Jahre alt, 1,60 Meter groß, schmählig, dunkelblonde Haare, ganz kleiner Anflug vom Schnurbart, volles

rundes Gesicht, hochdeutsch und etwas polnisch redend, bräunliches Jackett, graue Hose, gelbliche Stütze, buntes Hemd mit Krage, ohne Schlips, Strampfhose, Strümpfe.

Cyllon. Am 25. d. M. verursachte ein Cyllon eine sechs Fuß hohe Furtwelle, welche dem Laufe des Ganges weit in das Land hinein folgte. Nach Telegrammen aus Setra Gunge hat der Sturm etwa 200 Flußboote zum Sinken gebracht oder schwer beschädigt, die hauptsächlich mit Jute beladen waren. Viele Häuser und Hütten sind zerstört und die Ernte ist vernichtet.

Briefkasten der Redaktion.

H. B. Der Cigarrenmacher Freilich vertrat den 4. Berliner Reichstagswahlkreis von 1877 bis 1881. Ueber die zweite Frage konnten wir nichts schreiben.

O. 100. 1 Die Menschen haben — mitunter — Verstand, die Tiere nicht. Die Menschen haben die Fähigkeit, nach Erkenntnissen des Denkens zweckmäßig, frei, zu handeln, ihr Handeln zu wägen, von den Tieren nimmt man an, daß sie triebhaft den Zwanggebieten ihrer Sinnlichkeit folgen.

H. W. 27. Der Wirt ist im Rechte. Die Ansicht, daß man innerhalb 24 Stunden von einem Vertrag ohne Zustimmung des Kunden zurücktreten könne, ist zwar weit verbreitet, aber trübselig. — 9999. Ja. — P. G. 100. Das ist leider möglich, aber durchaus nicht notwendig, der Betreffende soll es darauf ankommen lassen. — H. B. Sie sind im Recht. — W. A. 50. 1 und 2. Die Invalidenrente — für die Zeit vom 2. Dezember ab zu 3 J. 4. R. — 6. W. A. 11. 1.—3. Falls Ihr Vertrag nichts Abweichendes enthält, sind Sie zur Aufrechnung gegen die Miete verpflichtet. Warten Sie also die Klage ab. Zu einer Klage-Erhebung, die Sie anstellen (falls Ihr Vertrag Aufrechnung ausbleibt), gebrauchen Sie keinen Anwalt. Sie können Ihre Klage zu Protokoll des Gerichtsschreibers (Anmeldebücher, Nummer 1) erklären, können aber auch einen Anwalt mit Führung des Prozesses betrauen. Die unterliegende Partei hat die Kosten zu erhalten. 4. R. — W. A. 19. Reichsbergerstraße. R. — H. R. Ja, eventuell können Sie auf Verletzung zu der ordentlichen Zeit klagen. — P. 100. 1 und 2. Nur dann ist die Hausbesitzer-Gesellschaft erforderlich, wenn der Magistrat dies in seiner Beschlussempfehlung mitgeteilt hat. 3 Wahlprotokolle sind an die Stadtverordneten-Versammlung zu richten. Man kann auch warten, bis die Stadtverordneten-Versammlung über Gültigkeit oder Ungültigkeit einen Beschluß gefaßt hat. Wegen den Beschlüssen der Stadtverordneten-Versammlung findet dann das Verwaltungs-Streitverfahren statt. 4. Das, was zu beachten ist, steht in der Beschlussempfehlung Ihres Magistrats. Erforderlich ist, schriftlich ein Wahlkomitee einzulegen, von Haus zu Haus zu agitieren und am Wahltag für Heranziehung der Wähler Sorge zu tragen. Glück auf! — 100. Nein.

Witterungsüberblick vom 29. November 1901, morgens 8 Uhr. Table with columns: Stations, Barometer, Windrichtung, Witterung, Wetter, Temp. in C. and F. for various locations like Swinemünde, Hamburg, Berlin, Frankfurt, München, Wien, Dapfand, Biedburg, Lort, Herbeben, Paris.

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 30. November 1901. Gewas küher, vorwiegend heiter und trocken bei möglichen nordwestlichen Winden.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Bühnen Joseph Suiet... Einwohnerr. 12 am 27. d. M. plötzlich verstorben ist. Ihre seinem Andenken. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 1. Dezember, nachm. 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Sebastian Kirchhofes aus statt. 247/2 Um zahlreiche Beteiligung bitten Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. Am Montag, den 26. November, verstarb an der Proletarierkrankheit unser Mitglied Heinrich Wienecke. Ihre seinem Andenken! Die Beerdigung findet Sonntag, den 1. Dezember, nachmittags 2 Uhr, vom Städtischen Krankenhaus am Friedrichshain und nach Wilhelmsherg statt. Nege Beteiligung erachtet 122/17 Die Ortsverwaltung.

Ein vollständiges Schachspiel für 20 Pfg. mit Anleitung zum Erlernen. Das interessanteste aller Spiele. Zusammenklappbar in der Tasche zu tragen. Wiederverkäufers Rabatt! Zu beziehen durch die Buchhandlung Vorwärts, Deuthstraße 2.

Dr. med. Schaper h. med. Arzt u. Spez.-Arzt f. Haut- u. Hautleiden, Frauenkrankheiten. Königsgrätzstr. 27. S. 9-1. 4-7.

Honig! Unerföllt, deutschen Bienenhonig, beste Qualität, versch. 9 Pfd. netto zu 6,50 M., 5 Pfd. 4 M. fr. Nachn. Versandt. Köln. 2720/2 E. Reil, Nordloh, Bahnhof Augusteplatz Old.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. Am Dienstag, den 26. November, starb unser Mitglied, der Former Ferdinand Wallis im 28. Lebensjahre verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 1. d. M., nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes der Andreaskirche in Wilhelmsherg aus statt. Wir ersuchen um zahlreiche Beteiligung. 170/17 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. Am Dienstag, den 26. November, starb unser Mitglied, der Former Heinrich Wieke. Ihre seinem Andenken! Die Beerdigung findet Sonntag, den 1. Dezember, nachmittags 3 Uhr, auf dem Heilands-Kirchhof in Pödenberg statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht 122/16 Die Ortsverwaltung.

Adolf Günther. Ihre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Montag, nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle des St. Kreuz-Kirchhofes in Marckenborn aus statt. 274/2 Die Kollegen der Pianofabrik von R. Görs & Kallmann.

Presskohlen. Wille von 6,50 M. an, Bruch pro Centner 80 Pf. ab Platz. Zu haben bei 2810/2 H. Herrmann Kohlenlager, 6. Mühlentstraße 12, 80. Pödenstraße 5. Restaurant und Gelsenkühlsaal, größter Saal in einer Parkstadt der Frau. Schöner, wegen Todesfall zu verkaufen. Preis 88 000, Anzahlung 15 000 M. Näheres unter S. 5 in der Exped. dieser Zeitung. 29466

Theater.

Wolzogenes Dantes Theater. Eröffnungsvorstellung. — Eine Sensation brachte der Abend für das Publikum: den glänzenden Theaterfall in einem unheimlichen Hinterhaus der Köpplerstraße. Der Rahmen des Bildes war überaus schön: Ein Raum, der tausend Personen faßt und doch — wie ein der Ueberdrell-Lösungsworte heißt — intim wirkt. Gelle, schimmernde Wände, mit schlanke und hochaufstrebenden dunklen Krabbecken, an mächtigen Säulenstützen erinnernd; oben entlanglaufend ein schmaler, bronzefarbener Fries mit allerhand secessionistischem Gezier; die Decke hell und schön gewölbt, durch eigenartige zackige Kronen eine flut elektrische Lichter niederstrahlend. Die Hinterwand, deren dunkles Grün sich von den hellen Tönen des übrigen Stimmungs voll abhebt, ist dreieckig durchbrochen und öffnet sich auf den geschmackvoll decorierten ersten Saal und die Logen. Die hellgrünen Sessel im Parkett und der schalldämpfende schwere Teppich auf dem Boden — alles paßt zu einander und wirkt eigenartig, ohne aufdringliche Maniertheit. Die Bühne ist breit und groß, mit reichen Decorationsmitteln ausgestattet. Ein heller prunkvoller Flügel, vor dem Vorhang stehend und, wenn nicht gebraucht, in einer Vertiefung verschwindend, hat das einfache schwarze Klavier von früher ersetzt. Dazu ein kleines halb

verdecktes Orchester. Das war der neue Rahmen, aber damit war die Sensation auch so ziemlich erschöpft. Von der „höheren Kunst“, die der Erfinder des Ueberdrell in einer kurzen, mit scharfen Seitenhieben auf die lieben Nachahmer und Kollegen gezielten Ansprache verhielt, war leider in dem Folgenden nur wenig zu hören. Am kräftigsten wirkte noch Eisa Semann, die sehr originell, mit einem reizenden Gemisch von Schwermut und Schalkhaftigkeit einige volkstümliche Stücke mit leiser Gitarrenbegleitung vortrug. Olga Wohlbrück, die einzige Kraft, die von dem ersten, dem Seceffions-Ueberdrell, her Wolzogen treu geblieben ist, recitierte, lustig und fein manierend, einige satirische Kleinigkeiten, deren Witz aber nicht über das sonst übliche Ueberdrell-Niveau hinausging. An Stelle Koppels ist Paul Stampa getreten. Eine kräftige, schöne Stimme! Aber er sang die mutwilligen Verse aus des „Ueberdrellers Goethe“ kopfsteinem Liede: „Kinder der Klugheit, oh habet die Narren Ehen zu Narren, wie sich's gebührt“, die Wolzogen als Motto und Weispruch seinem Unternehmen voranschicken wollte, im Stile eines tiefstimmig feierlichen Paeterlindmysteriums. Olga d'Estree sang einige muntere und pikante Schälchen, und zum Schluß Wedelunds merkwürdiges, halb christliches halb sentimentales Gedicht von der jungen Jise. Vollständig wirkungslos blieb leider infolge des schlechten Spiels und mangel-

hafter Musik! Thoma's (des bekannten Simpliciismushumoristen) jenseit allerliebste bayrische Bauernkomödie: „Die Medaille“. Das meiste ging bei dem überlauten Geschrei auf der Bühne unverständlich vorüber. Nur Herr Kessler, der übrigens im Schlußteil noch eine kleine Thoma'sche Skizze mit brillantem Humor vortrug, zeigte sich seiner Rolle im Stille gewachsen. Recht drollig inszeniert war dagegen die Darstellung eines burlesken Steno-Tragikomödien-Spaßes Gumpenbergs, wo ein pechschwarz gekleideter Nachbar in das friedliche Heim einer eleganten Verbrecherfamilie einbrechend, in einem einzigen atemlosen Satz von mehreren Pferdelaugen die Luthaten all der schweigend Dastigenden und dann mit prompter Selbstentleerung reagierenden Familienmitglieder erhitzt. Rascher hat die poetische Gerechtigkeit niemals gearbeitet. Am Schluß des schicksalsschweren Tages schaut man auf ein Leichenfeld von gut gerechnet sechs Personen. Das Programm ist ganz so harmlos als sonst auf den andern nachgeborenen größeren Ueberdrellen, nur daß hier mit prächtigen Kostümen und glanzvoller Ausstattung gearbeitet wird. Wenn nicht den Geist, will man die Wigen zwingen. Sehr charakteristisch ist die einzige größere Neuerung im Wolzogen-Theater, die Einführung von opernhaftern Regentzen und Gefängen. Vielleicht, daß so die Konkurrenz geschlagen wird! Vom Weg, den man dem Ueberdrell hätte wünschen mögen, führt das vollends herab. — dt.

Achtung! 6. Kreis (Moabit). Achtung!

Montag, den 2. Dezember, abends 8 Uhr: **Volksversammlung** in Peters Gesellschaftshaus, Alt-Moabit 80-81. Tages-Ordnung: 1. Der Kampf gegen den Brotwucher und die Reaktion. Referent: Reichstags-Abgeordneter Georg Ledebour. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. J. Pfarr, Vertrauensmann des 6. Wahlkreises (Moabit).

Deutsch. Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353. Sonnabend, den 30. November 1901, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 8: **Versammlung der Drahtarbeiter** (Schlosser, Radler, Geflechtspinner u. Hilfsarbeiter). Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Pawlowitsch. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten und Auswahl der Agitationskommission. 122/15. Zahlreichen Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

Sonntag, den 1. Dezember, nachmittags 3 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15: **Öffentliche Versammlung für Männer und Frauen.** 1. Vortrag des Herrn Lehrer Koss aus Hamburg: Was geben wir unsern Kindern zu lesen? 2. Freie Aussprache. Eröffnung des Saales 2 1/2 Uhr. Beginn des Vortrages pünktlich 3 Uhr. — Eintritt frei. Der Einberufer: Joh. Sassenbach.

Verband der Möbelpolierer. Montag, den 2. Dezember, abends 8 1/2 Uhr: **Versammlung** Hermannstraße Nr. 197. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Kaliski über: Krisen und Arbeitslosigkeit. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Ausgabe der Urteilsabstimmungen zum 26. Dezember. Die Kollegen von Altdorf werden ersucht, pünktlich zu erscheinen und ihre Frauen mitzubringen, speziell der Kollege Oskar Schmolz ist hiermit eingeladen. 148/7. Mittwoch, den 4. Dezember: **Sitzung der Vertrauensmänner** für den Norden: Brunnenstr. 96, abends 8 1/2 Uhr. Osten: Friedrichsbergerstr. 11, abends 7 Uhr. Südosten: Zalkstr. 59, abends 7 Uhr. Tages-Ordnung: Bericht der Wertpapierkontrollkommission. Jede Werkstatt muß vertreten sein. Die Kollegen müssen ihr Buch und Karte mitbringen. Der Vorstand.

Verband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsangehörigen Deutschlands. Verwaltungsstelle Berlin und Umgebung. Sonntag, den 1. Dezember, nachmittags 3 Uhr, in Cohns Betsälen, Deutschstraße 19-20: **Versammlung.** Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Alwin Körsten über: Das neue Unfallversicherungsgesetz. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Aufnahme neuer Mitglieder. 139/3. Keinen Besuch erwartet. Die Verwaltung. J. H.: Holz.

Pelzwaren-Lager von **Carl Renz** Berlin SO., 3. Oranien-Strasse 3. Hüte. Reelle Bedienung. Schirme.

Orts-Krankenkasse Boxhagen-Rummelsburg. Nachstehende Statutenänderung tritt mit dem 2. Dezember cr. in Kraft: **5. Nachtrag** zum Statut der Orts-Krankenkasse für den Gemeindefeldort Boxhagen-Rummelsburg vom 31. Dezbr. 1892 (beschlossen in der Generalversammlung vom 23. Juli 1901). I. § 13 Abs. 1 Ziffer 3 und dritter Nachtrag zum Statut erhält folgenden Wortlaut: Im Fall der Erwerbs-unfähigkeit vom dritten Tage nach dem Tage der Erkrankung ab für jeden Krankenbetrag mit Einschluß der Sonntage drei Fünftel des durchschnittlichen Tageslohns (§ 12) als Krankengeld. II. § 66 Ziffer 1 kommt in Wegfall. Alle die Kasse betreffenden Bekanntmachungen werden bis zur andern weiten Beschlußnahme der Generalversammlung erlassen: 1. im „Vorwärts“ zu Berlin, 2. im „Rummelsburger Anzeiger“. Vorstehende Statutenänderung tritt mit dem ersten Montag nach dem Tage der Genehmigung in Kraft. Rummelsburg, den 25. Juli 1901. 276/10 Der Vorstand. G. Budde. W. Reimann. O. Kayser. C. Kleper. H. A. Rohr. O. Gläser. Genehmigt: Potsdam, den 8. November 1901. L. S. Namens des Bezirksausschusses. Der Vorsitzende. In Vertretung: Joachimi.

Damen-Paletots enorm billig. Jetzt nach beendeter Engros-Saison verkaufe die Damen- u. Kinder-Mäntel, Habrit 22349. **Heinrich Rackwitz**, Niederwallstrasse 28-29; I. Etage, gl. a. Spittelmarkt, 4. Haus rechts. Heute Sonnabend bis abends 10 Uhr, Sonntag von 8-10, 12-2 Montag, Dienstag und Mittwoch von permittags 8 bis abends 9 Uhr folgende Konfektion zu spottbilligen Preisen. von Mart Eleg. Winter-Jackets, 5.99 bis 6.75 Chiko Paletots in schwarz u. farbig 6.50 Mod. Volant-Paletots m. Futter 2.50 Kinder-Jackets u. Palet. in a. Gr. 4.75 Golf-Capes, kolossale Auswahl 5.85 Eleg. Golf-Capes in weich. Stoff 12.75 Eleg. Eskimo-Capes, Tailor made 22.50 Watferte Röder und Capes 6.50 **A. Stippekohls Restaurant** Köpenick, Schönriederstr. 5. Arbeiter-Verkehrsfokal. Für gute Speisen u. Getränke ist bestens geforgt.

Carl Stier Fabrik für Herren- und Knaben-Garderobe Berlin SO., Oranienstrasse 166, Potsdam, Nauenerstr. 23. Nachdem ich mein Lager fertiger Herren- und Knaben-Garderobe auf das reichhaltigste habe anpflanzen lassen, empfehle in reichhaltigster Auswahl: **Anzüge.** Jackett-Anzüge von Cheviot, schwarz, blau oder braun, elegant und haltbar, 17,50, 20, 22,50, 25, 30, 35, 40 und 45 M. Jackett-Anzüge von Baumwolle, schwarz oder blau, sehr fein, solide, 20, 22,50, 25, 30, 35 bis 50 M. Jackett-Anzüge von Baumwolle, grau oder marengo meliert, sehr elegant und dauerhaft, 22,50, 30, 35, 40, 45 und 50 M. Jackett-Anzüge von Cheviot, meliert oder kariert, sehr moderne Farben, 15, 17,50, 20, 22,50, 25, 30, 35 bis 40 M. Jackett-Anzüge von Baumwollstoff, melierte solide Muster, dauerhaft zum Scrapieren, 15, 20, 25 und 35 M. Rock-Anzüge in Baumwolle, Tuch, Baumwolle oder Cheviot, schwarz oder blau, elegant figend, 27, 33, 38, 43, 48 M. Rock-Anzüge, grau oder marengo meliert, 33, 38, 48 M. Gehrock-Anzüge, schwarz, Baumwolle, Tuch, Baumwolle, Boule usw., teilweise auch auf Seide verarbeitet, 36, 42, 48, 54 und 60 M. Gehrock-Anzüge, grau oder marengo meliert, sehr modern und chic, 36, 42, 48 M. **Paletots.** Paletot von Cheviot mit warmem Futter, dunkelgrau meliert, 15 M. Paletot von Double, schwarz oder blau, kräftiger Stoff, 18 M. Paletot von Eskimo, schwarz oder blau, solider dicker Stoff, 20 M. Paletot von marengo Cheviot 22,50 M. Paletot von Eskimo, dunkle Farben, 25 M. Paletot von Diagonal, Cheviot, dunkel meliert, mit höchstemodernem Futter, 25 M. Paletot von Melton-Cheviot, grau oder marengo, halbarer eleganter Stoff, 30 M. Paletot von Eskimo, schwarz, blau oder marengo, elegant und dauerhaft, 30 M. Paletot von Melton-Cheviot, marengo, mit seidenerm Steppfutter, 30 M. Paletot von Diagonal-Cheviot, sehr schwer und solide, 35 M. Paletot von Eskimo, mit seidenerm Steppfutter, sehr elegant, 35 M. Paletot von Eskimo, schwarz, blau oder marengo, 35 M. Paletot von Eskimo, mit bestem Futter, 55, 50, 45 und 40 M. Paletot von Melton-Cheviot, sehr elegant, 50 und 45 M. Paletot von Eskimo oder Cheviot mit seidenerm Steppfutter, hochsein etc., 55, 50, 45 und 40 M. Raglan von Diagonal-Cheviot 30 M. Raglan von Melton-Cheviot 35 M. **Mäntel.** Pelzermäntel, schwerer Winterboden, 20, 25, 35 und 40 M. Sobenzollern-Mäntel in hell- oder dunkelgrau, blau oder schwarz, 25, 35, 45, 55 und 65 M. Kaiser-Mäntel ohne Pelzermäntel 20 und 30 M. Davelots in leichten Boden 8,50, 10, 12, 15, 18, 20, 25, 30 und 35 M. Die festen Preise sind auf dem Etikett jedes Gegenstandes deutlich vermerkt. Ein willkürliches Fordern findet also nicht statt. Hunderte von unbedingten Anerkennungen sind ein Beweis für die gute Ausführung, tadellosten Sitz sowie prompte Bedienung. 30000

Bilderrahmenmacher. Montag, den 2. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in Schuhmachers Betsälen, Salkstr. Nr. 120: **Öffentliche Versammlung.** Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vertrauensmannes. 2. Vortrag: Wie gestalten wir unsere Organisation? 3. Diskussion und Beschlußfassung. Wegen der wichtigen Tages-Ordnung ist das Erscheinen aller Kollegen erforderlich. **Der Vertrauensmann.** **Billig! Staunend Billig!** Mehrere Winterpaletots, Jackettanzüge, Rockanzüge, Boden-joppen, Beinkleider, sowie Monatsanzüge, Paletots, fast neu; auch für teure Figuren passend. **J. Wand, Prinzenstr. 17, an der Wasserthorstrasse.** **Herm. Arnhold** Alexandrienastrasse 110, Messpalast, 1. Etage im 2. Hof. Besten direkt aus dem Fabrikunterlager Private auch Teilzahlung.

Salonkrone	von 21,00 M. an
Spezial-Krone	36,00
Büro	2,00
Petroleumhänge	4,00

 bis zu den elegantesten Genres. Gaslöcher, Gasöfen, Gasplatten, Petroleum- u. alle Bronzeflexen werden in Zahl. gen. u. a. Wunsch auch aufbronn.

Grösste Leistung * Schuhwaren-Angebot * Noch nie dagewesen.

Herren-Zugstiefel, genagelt	4,00	Herren-Stiefel, Chevreaux	8,50	Damenknopf-Schnürstiefel, Chevreaux	6,95
Herren-Schnürstiefel, eckig	4,90	Damenknopf-Schnürstiefel	4,50	Damen-Halbschuh, jedes Façon	3,25
Herren-Stiefel, Kalbleder	6,00	Damenknopf-Schnürstiefel, Kalbleder	5,95	Damen-Hausschuh in Leder, warm Futter	2,70

Heinrich's Schuhladen, Köpenickerstr. 56.

H. Esders & Dyckhoff

Leipzigerstrasse 50a, Ecke Jerusalemstrasse, am Dönhofsplatz.

Herren- und Knaben-Bekleidung, fertig und nach Maass.
Herren- und Knaben-Sport- und Mode-Artikel.

Zur Herbst- und Winter-Saison empfehlen in reichhaltiger Auswahl:

- Herren-Sacco-Anzüge 12,50, 15, 18, 22, 27 bis 72 Mk.
- Herren-Rock-Anzüge 27, 32, 38 bis 75 Mk.
- Herren-Gehrock-Anzüge 32, 39, 45 bis 85 Mk.
- Herren-Lodenjoppen, ganz gefüttert, 6,50, 7,90, 9,00, 12,50, 15, 19, 25, 32 Mk.
- Herren-Fantasiewesten 2,00, 3,00, 4,00, 5,00 bis 12,50 Mk.
- Herren-Hosen in jeder Länge und Weite vorrätig, 2,00, 3,00, 4,00, 5,00, 7,00, 9,00, 12,50, 15, 17, 19 Mk.

- Herren-Winter-Paletot 12,50, 16, 21, 27, 33 bis 90 Mk.
- Herren-Havelock 12,50, 15, 18, 22, 27, 35 Mk.
- Herren-Raglan 27, 35, 42, 48 bis 78 Mk.
- Herren-Ulster (Kaisermantel) 15, 18, 23, 29, 33 bis 60 Mk.
- Herren-Pelerinen-Mantel . . 18, 25, 32, 39 bis 65 Mk.
- Herren-Hohenzollern-Mantel 35, 45, 55 Mk.
- Herren-Sport-Paletot 27, 35, 42 bis 70 Mk.

Jünglings- u. Knaben-Anzüge, Paletot, Pelerinenmäntel, Lodenjoppen etc. in enormer Auswahl zu billigsten Preisen.

Anfertigung nach Maass in 12 Stunden unter Garantie prompter Lieferung, tadelloser Ausführung und eleganten Sitzes.

Grosse Auswahl in prima deutschen, englischen und französischen Tuchen und BUCKSKINS.

Herren- u. Knaben-Hüte u. Mützen, Wäsche, Oberhemden, Normalhemden, Strickwesten, Unterzeuge, Stöcke, Schirme, Handschuhe, Hosenträger, Reisekoffer, Reisedecken etc.

Herren- und Damen-Schuhe und Stiefel
deutschen, österreichischen und amerikanischen Fabrikats.

Sonntags geöffnet von 8-10 und von 12-2 Uhr.

„Eine edle Himmelsgabe ist das Licht des Auges!“

Die Wahrheit dieses Spruches werden besonders diejenigen erkennen, deren Augen durch angestrengtes Sehen oder durch ein unpassendes Glas geschwächt sind. Darum empfiehlt es sich für Jeden, der das zur Unterstützung seiner Augen nötige Glas gewissenhaft angeprobt erhalten will, das altbekannte optische Special-Geschäft von

Ernst Riek, vorm. H. Richter,
Weinbergsweg 15b,
zweites Geschäft vom Rosenthaler Thor, aufzusuchen.
Bitte genau auf Firma zu achten, da sich in der Nähe noch andere dergleichen Geschäfte befinden.

Specialität:
Theater- u. Reisperspectiven,
rein achromatisch, klein Mk. 6,- mittel Mk. 8,-, gross Mk. 10,-
Theatergläser mit Perimeterkörper von Mk. 8,- an.

Dampfmaschinen und Eisenbahnzüge in vollendetester Ausführung.
Laternen magica und dazu passende Bilder in allen Grössen.
Genau zeigende Barometer und Thermometer in allen Holzarten.

Als Weihnachts-Geschenke empfehle ich in grösster Auswahl und zu soliden Preisen:
Photographische Apparate u. elektrische Lehrmittel.

Kufekes
BESTE NAHRUNG FÜR gesunde & darmkranke Kinder
Kindermehl

Hüte Pelz-Waaren
nur eigenes Fabrikat.
Schirme grösstes Lager.
Otto Gerholdt, Dresdenstr. 2,
Ecke Skalitzerstrasse.

Das Neueste u. Schönste
enthält ohne Zweifel ein von mir offer. Köstlich
Glas-Christbaumschmuck
mit 300 St. nur grössten fein verfertigten und bemalten
Kugeln: als Kette, Perlen, Kugelschnur, Brillen, Kugeln,
Glocken, Trompeten, Vögel, Fischchen, Kugeln,
Kugeln, Naturfrüchte, Gold- u. Silberfrüchte, Christ-
baumspitze u. s. w. Zur Weiler-Empfehlung liegt einem
niederländischen Schmiedmeister Engel, ferner einen von mir
selbst in Berlin patentirt. Lichtreflector mit beweg-
licher Leuchtorgel bei. Sehr gerühmte Kunst 1901.
als Selbstfabrikant bin ich in der Lage die prächtigste
Sortimente zu den billigsten Preisen von 5,00 Mk. zu liefern.
Bei vortheilhafter Einlieferung 5 Mk.

Weschenfelder-Tafel, Christbaumschmuck-Fabrikant,
Lauscha, Sachs.-Meiningen.

Jähne 2 H. 10 Jahre Garantie. Vollkommen (Chromlos) Jah-
nischen 1 Mk. Plaudern 1,50 Mk. Teilzahl wöchentl.
1 Mk. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Spr. 9-7.

Jeder Arbeiter Jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die Lederhose Herkules tragen. Klein-Verlauf. Sehr harte Ware in praktischen grauen u. braunen Streifen. Hinten u. vorn am Bund aus einem Stück gearbeitet. Reithöhle u. Pappnähte. Beste Leder-Pilot-Taschen, Große Hüllen umfaßt. Die Hose bei Einnahme von 4 Mk. 50

Gut blaues Monteur-Jackett 1 Mk. 90
Gut blaues Monteur-Jackett 1 Mk. 50
Gut blaues Monteur-Jackett
Prima Röper-Gewebe . . 2 Mk. 50
Gut blaues Monteur-Jackett
Prima Röper-Gewebe . . 2 Mk. 10
Prima Wäsche-Jose 9,-, 5,50, 4,25
Gefütterter Wandfest-Jackett 14,- 9,-
Operations-Mantel f. Verze
4,35, 3,60, 3 Mk. 40
Mechaniker-Rittel (braun) 8,-, 2 Mk. 40
Weisses Leder-Jackett, dreifach gefüttert 7 Mk. 50
Weisse Lederhose, Prima Ware 3 Mk. 75

Baer Sohn
En gros. Export. En detail.
Chausseest. 24a/25. Brückenstr. 11.
Gr. Frankfurterstr. 20.
Die 18. Preisliste der Saison 1901/1902 über gefante Herren- und Knaben-Bekleidung (Ausgabe 1 Million) wird kostenlos und portofrei zugesandt. Versand von 20 Mk. an franco. — Bei Bestellung genügt Angabe der Brust- u. Bundweite u. Schnittlänge. Obige Preise gelten für normale Größen. 24002*

Nachdruck verboten!

Kohlen sind billiger.
100 Stck 8 Zoll lang nur 65 Pfa.
100 " 7 " " " 75 " "
100 " 6 " " " 90 " "
1 Schffel besser Steinkohlen 90 " "
ab Plag Ritze Brandenburgerstr. 14,
12 Handwagen lorge umfaßt! *
Joh. Fischer, Amt VII, 2012.

Werthe mit aus-
wechselbaren Noten-
scheiben, geringe Teil-
zahlung.
26582* **J. Kurberg,**
Landsbergerstr. 13, part.

Geld! Wer Darlehen oder Hypothek sucht, ver-
lange Prospekt von
H. Pittner u. Co.,
Hannover B.

Möbel kauft man am Fabriklager des Tischlermeisters Julius Kiwy, Chausseest. 51.

Jedes 5 Pfennig. Wort: Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt. Kleine Anzeigen.

Verkäufe.

Verkaufe mein geräumiges schön
Polst. 2 Zimmers, Kachelofen,
schöne Wohnung sofort billig. Näheres
Pötzner, Schützenstr. 18/19. 23155*

Stellmacherei vor sofort zu ver-
kaufen. Hof viel Zubehör. Nord-
hafen 5. 33115

Erstens, gut! Seit 36 Jahren
bestehende Klempner- u. Schmei-
del-Fabrikation bei Berlin, ist
billig zu verkaufen. 7117*

Wardinhäuser-Große-Frankfurter-
str. 9, part. 737*

Winterpaletts wegen vorge-
schickter Saison bedeutend unter Preis
einzeln zu verkaufen. Kolditz, B.
Berlin, Bernauerstr. 8. 22976

Vorjährige elegante Herren-Winter-
paletts und Anzüge aus feinsten
Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Son-
abend und Sonntag. Versandhaus
Germania, Unter den Eichen 21, II.

Stoffe, Herren-Garderobe, wegen
Kaufgabe billig zu verkaufen. Reander-
str. 25. 16749*

Vorjährige elegante Anzüge und
Paletts aus feinsten Stoffen
verkauft Sonnabend und Sonntag
B. Neufowitz, Alexanderstr. 22,
Alexanderhof. 9072*

Schöne elegante Anzüge und Paletts
nach Maß von 25,00 an. B. Neufowitz,
Schneidemeister, Alexander-
str. 22, Alexanderhof. 9088*

Einzelne Damenmägen 15 Pfennig,
bessere Sachen namend billig verlauf!
das Fabrikcaupolex früher Barnim-
str. jetzt Kottbuserstr. 25a, I. Ecke
Alexanderstr. 9232*

Sportbillig! Teppiche, Betten,
Steppdecken, Gardinen, Uhren, Winter-
paletts verkauft Verlags- u. Reander-
str. 6.

Teppiche! (schlechte) in allen
Größen für die Hälfte des Wertes im
Leipziger Baum Hofstr. 4, Markt 4,
Bahnhof 33. 11914*

Kanarienvogel, Vorsänger, Anorr-
Sohl- u. Ringelkrocker. Köppler-
str. 154a, IV. 152*

Nähmaschinen, preiswerteste Be-
glaubte, ohne Anzahlung, Boche 1,00,
Lieferung nach allen Stadtteilen so-
fort, Landwehrstr. 82, Köppler-
str. 80/81. 22606*

Wettstellen, reichhaltig, Messing,
Patentmaschinen, hochlegant, 40,-,
Köppel, Pötznerstr. 17, Duer-
gebäude II. 23055

Teppiche mit Gardinen, in
Fabrikverlage Große Frankfurter-
str. 9, part. 737*

Nähmaschinen und Feuer-Ver-
sicherung vermittelt Rudolf Schmidt,
Solmsstr. 48, Hof Keller. 8576

Gasheizöfen! Sparheime! 6,00,
Kesselöfen 8,00, Schnellkocher
3,00, Waschb. Apparate billig!
Köppel, Wasserwerkstr. 119, post-
undbreit. 21748*

Walgstrahler, blühend, für
Wärme, Brustkränke, Schindeln,
Gewichtsmaschine, bessere Gewichte
farbe, Abstrich, 14 Pfennig
1/2 Tonne 350 kräftig.
Kolditz, Berlinerstr. 119, 1342*

Steppdecken billig! Fabrik Große
Frankfurterstr. 9, part. 737*

Schankgeschäft mit aufstehender
Wohnung preiswert zu verkaufen.
In erfragen Friedrichsgracht I. *

Obst- und Gemüsegeschäft mit
Heuerung, Rolle, Putzstr. 25.

Sofort! Ein gut gehendes
Gitarrengeschäft nebst Schreibwaren
ist umständlicher zum Inventur-
preis zu verkaufen. G. Kozmarzki,
Ober-Schöneweide, Siemensstr. 6.

Kanarienvogel, 5 Mark an, auf-
sprechende Papageien, Kaffeeschalen,
Brot, Stiefel, Käse. Köppler-
str. 148, I. Hof, Vorderhaus. 4138*

Taschenfoto, elegant, wie neu,
50,00, Ringelkrocker 10,00, Schül-
tertasche 25,00, Schöne, Wetstellen,
ganze Wirtschaft sportlich, Winter-
überzieher, schmale Mittelstr. 7,00,
umständlicher verkauft. Garten-
str. 148, I. Hof, Vorderhaus. 4138*

Besteck, Pfund von 45 Pf.
an, echt sächsische Wandarmen,
Pfund 1,00, Fabrikverlage Landwehr-
str. 37, I. 941K*

Heizapparate für Stuben 4,50,
für Küche 1,75, Sebastianstr. 4. 7*

Restoration sofort billig zu ver-
kaufen, da ich ein Grundstück über-
nehme. 2 Zimmers, 1000 Mark
Werte. Nur für Käufer zu erfragen
Waldemarstr. 10a (im Kohlenkeller).

Restaurant verkauft Deim-
str. 1. 23386

Schankgeschäft veräußert, Wel-
cher best. Pilsener, Schöner, Brauerei-
direktor, Landwehrstr. 38. 23318

Vermischte Anzeigen.

Die gegen Herrn Schreiber, Ei-
dingerstr. 74, angelegte Be-
leidigung nehme mit Bedauern zurück
und erkläre denselben für einen Ehren-
mann. Friedrich Köhler, Eibinger-
str. 85. 10894*

Strassachen, Unfallachen, Ehe-
scheidungs-, Alimentenklagen, Ein-
gabenehmer, Materietzung, Eulow,
Köllnerstr. 141. Sprechstunden:
Abends, Sonntag. 22738

Rechtsbureau „West“, Pots-
damerstr. 26b. Materietzung,
Schriftsätze durch tüchtigen An-
walt, gerichtl. außer Diensten. Bureau-
konferenz 1 Mark. 21983*

Rechtsbureau, Julius, Glatzer-
str. 55. 19618

Rechtsbureau, Weststr. 26b, Materietzung,
Schriftsätze durch tüchtigen An-
walt, gerichtl. außer Diensten. Bureau-
konferenz 1 Mark. 21983*

Unfallachen, Klagen, Eingaben,
Reklamationen, Puffer, Straß-
str. 65. 17406*

Patentanwalt Dammann, Ri-
chardstr. 57, Kundst. bis abends
neun. 7672*

Sunshopyeriet von Frau Kofsky,
Steinwegstr. 48, Duergebäude hoch-
part. 22738

Kolturneriet von 6,00 an fertige
nach Maß, jede Art Damenkleider
elegant, billig Schneider, Kaiser
Friedrichstr. 15, Laden. 16735*

Kolturneriet von 6,00 an fertige
nach Maß, jede Art Damen-
kleider elegant, billig, Reander-
str. 25, part. links. 16725*

Der Stoff hat? Fertige Herren-
anzüge und Winterpaletts mit Futter-
sachen 15 Mark. Wagner, Schneider-
meister, Frankfurterstr. 59. III. *

Der Stoff hat? Fertige elegante
Anzüge und Paletts nach Maß von
15,00 Mk. B. Neufowitz, Alexander-
str. 22, Alexanderhof. 9088*

Schneiderin in und außer dem
Hause empfiehlt sich. Agnes Wilke,
Dobstr. 58. 7105*

Bücherant zu höchsten Preisen.
Ephraim, Markgrafenstr. 101.

Dividenden! Wer sich über die
rückständige Dividenden seiner Zeit
unterrichtet will, verlange die Prospekt
über die Rückstände gegen Divi-
denden, welche unentgeltlich versendet
werden vom Tierkuppereien Berlin,
Königsrüderstr. 108. Prospekt können
auch Referenten für Beiträge in
Arbeitervereinen über Dividenden be-
stelt werden. Um gütigen Rückd
wird gebeten. 1611*

Bauhandwerker! Mein Wasser-
werk-Geschäft befindet sich jetzt: Neue
Kottbuserstr. 8, Julius Köppler. 11851b*

Augustabad, Köpplerstr. 60
Weder jeder Art für sämtliche Kranken-
tellen. 7368*

Restaurant und Heilmittel von
Julius Bernoulli, Schönerstr. 24. 24
Für Herbstsaison halte mein Lokal
auf das beste empfohlen. Theater-
Vorstellungen, Langstuhlarbeiten,
Sitzleistungen aller Art. Speisen
à la carte. Gut gepflegte Biere. *

Achtung! Empfehle meine Restau-
ration zur freundlichen Benutzung.
Vereinigung mit Pianino noch
einige Tage in der Woche frei. Paul
Kubitz, Andreasstr. 33. 9192*

Saal und Vereinszimmer empfiehlt
Jannoch, Inselstr. 10. 8722*

2 Vereinszimmer mit Pianino zu
vergeben, passend für Hochzeiten.
Bündel Juran, Raumstr. 66. *

Jederzeit werden Möbel und
andere Sachen billig gekauft. Weim-
str. 20, Eberhard. 747

50 Pfennig! Stellungsringe,
Blitzschiffen! Unentgeltlich! Nicht-
sachen, Beschreibungen, Inventuren,
Unfallachen! Besichtigungen! Mat-
erietlungen! Sonntag, Nachmittags.
Linienstr. 35. 23386

Damenfrisur empfiehlt sich
Hilber, Kaiser Friedrichstr. 244, am
Kottbuser Damm, Fr. Wolff.
Damenfrisur mit Trockenapparat.

Gesangsverein sucht Saal, eventuell
mit Bühne, 80-100 Personen, Januar
oder Februar, Sonnabend Singsun-
fest. Adressen an D. Verlichte, Gräner-
weg 19. 23405

Vermietungen.

Restoration, worin seit Jahren
Gemeinschafts-Wirtshaus betrieben
wurde, umständlicher sofort zu ver-
mieten. Näheres Gränerstr. 7, bei
Hilde. 9328*

Zimmer.

Möbliertes Zimmer bessere
Schlafstelle Stallstr. 1, Schön.
13316

Möbliertes Zimmer vermietet
Thom, Blumenstr. 50a, vorn I,
1-2 Herren oder Damen, mit auch
ohne Kost. 23285

Schlafstellen.

Schlafstelle für Herrn, separat, bei
einzelnen Leuten. Simon, Lange-
str. 107, Hof 1 Treppe. 23189*

Möblierte Schlafstelle für 2 an-
ständige Herren. Gränerstr. 35 bei
Fr. Ding. 13316

Saubere Schlafstelle, separat,
Herrn. Köpplerstr. 18, IV, Berge-
mann. 1447*

Schlafstelle für 2 junge Mädchen
oder Herren. Schweinländerstr. 40,
2. Hof II bei Schreiber. 23185

Schlafstelle. Wilmersstr. 62,
vorn IV. Hof. 23275

Freundliche Schlafstelle jungen
Mann. Wilmersstr. 62,
vorn IV. Hof. 23275

Kleines Stübchen, Schlafstelle, zu
vermieten Brandenburgerstr. 30, vier
Treppen links. 23345

Werter möblierte Schlafstelle billig
zu vermieten Friedrichstr. 31 beim
Partier. 23365

Möblierte Schlafstelle (Bord-
zimmer), monatlich 10 Mark, Grünauer-
str. 6, vorn part. links, beim
Wirtshaus Babnhof. 2323b

Möblierte Schlafstelle für Herrn,
allein, Nähe Spittelmarkt, 10 bis
12 Mark. Offerten B. B. Gewer-
schaftshaus, Engel-Ufer 15. 23205

Freundliche Schlafstelle, alle
Lebenserfordernisse, 21, vorn III, Schul-
str. Engel-Ufer 4a, 2. Hof Ein-
gang 1 part. 23435

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Wunder Stuhlrechter bietet um
Arbeit. Stelle werden zu den
billigsten Preisen gesucht, werden
abgeholt und unentgeltlich zurück-
geliefert. Adresse: Mulackstr. 27,
H. Wäfer.

Stellenangebote.

Verfäbberer und Ausfäbberer für
Goldleinen. G. Jores, Goldleinen-
fabrik, Stallstr. 28. 710

Stepperin verlangt. Lige,
Waldemarstr. 8. 23445

Manneß mit besserer Jacketts im
Haufe, auch zum Reinen, verlangt
J. Wymowski, Wilmersstr. 2. *

Achtung!
Klavier-Arbeiter!
Der Jung von Klavierarbeiten
aller Branchen ist wegen Lohn-
erhöhung bei der Firma G. Neu-
gedauer Nachf., W. u. Comp.,
Andreasstr. 32, Gräner Weg 79
(Andreasstr.) streng ferngehalten.
* Die Ordverwaltungen.